

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

SECHZEHNTER WELTKONGRESS

DER WELTMARKT:  
DIE GRÖSSTE HERAUS-  
FORDERUNG FÜR DIE  
GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	5
--------------	---

## KAPITEL 1: EINE WELT DER WACHSENDEN GEGENSÄTZE

Afrika: Ein reicher Kontinent lebt in Armut .....	8
Lateinamerika: Das Erbe der Schuldenkrise .....	11
Die Kehrseite des asiatischen Wunders .....	15
Mittel- und Osteuropa - Nach der Revolution .....	18
Chronische Arbeitslosigkeit und wachsende Ungleichheit in Industrieländern .....	22
Die weltweite Arbeitsteilung: Die Veränderungen - die Folgen .....	25
Die sich wandelnde Arbeitswelt .....	31

## KAPITEL 2: SOLIDARITÄT AUFBAUEN, ARMUT BEKÄMPFEN, ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Soziale Entwicklung und Marktliberalisierung .....	35
Das Programm der Konzerne für weltweiten Handel und Investitionen .....	39
Internationale Arbeitsnormen und der Weltmarkt .....	42
Grundlegende internationale Arbeitsnormen .....	43
Die Weltöffentlichkeit von der Sozialklausel überzeugen .....	44
Universelle Arbeitsnormen und die kulturelle Vielfalt .....	47
Die Rolle der Handelspolitik bei der Ausmerzung der Kinderarbeit .....	48
Entwicklungsländer wären Hauptnutznießer der Sozialklausel .....	49
Reform des internationalen Finanzsystems .....	50
Die Integration der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken .....	53

## KAPITEL 3: DER STIMME ERWERBSTÄTIGER MÄNNER UND FRAUEN DURCH INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSSOLIDARITÄT NACHDRUCK VERLEIHEN

Der anhaltende Kampf um die Arbeitnehmerrechte .....	55
Die Vision der Gewerkschaften .....	57
Stärkung der gewerkschaftlichen Einflussnahme auf internationaler Ebene .....	59
Organisierungsstrategien - Priorität Nr. 1 .....	60
Die Organisation der Basis mit Schwerpunkt Frauen und Jugendliche .....	61
Organisation im informellen Sektor .....	65
Stärkung der internationalen Arbeitsnormen .....	68
Aufbau von starken Gewerkschaften in Entwicklungs- und Übergangsländern .....	69
Die Gewerkschaften und die Transnationalen .....	70
Den Wandel bewerkstelligen .....	71
Organisieren und verhandeln auf einem Weltmarkt .....	71
Herausforderung der Globalisierung: Stärkung des IBFG .....	72

## Kastenartikel

Der Überlebenskampf im Dschungel der brasilianischen Städte .....	12
Maquiladoras: Die neuen Konzentrationslager Mittelamerikas .....	14
Kinderarbeit: Rettungsaktion .....	18
Armut im Land des Überflusses .....	24
Die Lehren aus der Tragödie von Bhopal .....	29
Die Verpflichtungen des Weltgipfels der Vereinten Nationen für Soziale Entwicklung .....	34
Der bittere Preis für das Niederreißen des eisernen Vorhangs .....	36
Internationale Gewerkschaftspartnerschaft unterstützt lokale Organisation .....	38
Die Zerschlagung von Gewerkschaften in Pakistan .....	41
Konzernverhaltenskodexe: Die Glaubwürdigkeitslücke schliessen .....	46
Die Gewerkschaften und die Zukunft der asiatisch-pazifischen Zusammenarbeit .....	47
Beseitigung von Kinderarbeit in Pakistans Provinz North-West Frontier .....	50
Bahnbrechende Vereinbarung mit Multi über Gleichstellung und Arbeitnehmerrechte .....	54
Gewerkschaftsführer in Swasiland sollte sterben - er lebt jedoch und kämpft weiter .....	58
Gewerkschaften setzen Rechte für erwerbstätige Eltern in Europa durch .....	62
Wenn in Norwegen die Schule aus ist, beginnt die Gewerkschaft zu organisieren .....	64
Frauen leiten Organisierungskampagnen in Burkina Faso .....	66
Aktion Basisdemokratie in Tansania .....	69
Gewerkschaften machen zur Rettung der Umwelt und von Arbeitsplätzen mobil .....	73
Europäische Betriebsräte: Beginn einer neuen Entwicklung?.....	77

## Schaubilder

Der informelle Sektor in Afrika .....	10
Wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit in den Übergangsländern .....	20
Die Erwerbsbevölkerung in den Ländern mit niedrigen bzw. mit hohen Einkommen .....	26
Löhne in aller Welt .....	28
Fortbestehende Disparitäten zwischen den Regionen der Welt .....	56
Hohe Konzentration von Arbeitnehmerinnen im informellen Sektor .....	65

## Anhang

Liste der Abkürzungen .....	80
-----------------------------	----

## VORWORT

Über 100 Jahre Einsatz  
und Erfolge der  
Gewerkschaften im  
Kreuzfeuer

1. Die Gewerkschaften sind eine der wichtigsten sozialen Bewegungen, die die Demokratie untermauern. Das Recht der Beschäftigten auf Vereinigungsfreiheit, und damit verbunden auf kollektives Handeln, liegt im Kern aller Menschenrechte, da es die Möglichkeit bietet, alle anderen Rechte zu festigen und zu verteidigen. Über eineinhalb Jahrhunderte hinweg haben die Gewerkschaften um das Recht auf ein angemessenes Entgelt und angemessene Bedingungen für Männer und Frauen an ihren Arbeitsplätzen sowie um eine bessere soziale Absicherung, zum Beispiel durch Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Sicherheit, gestritten. Generationen fochten um grundlegende demokratische Rechte am Arbeitsplatz und schufen mit dem IBFG eine freie Gewerkschaftsbewegung, in der heute 127 Millionen Männer und Frauen aus 136 Ländern aller fünf Kontinente vereint sind. Wir sind die grösste internationale Einzelbewegung, die für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenwürde eintritt. Unsere Bewegung wird nun jedoch in einem in der Geschichte bisher nie dagewesenen Ausmass und mit einer bisher nicht gekannten Intensität angegriffen.

Neuorientierung der  
Rolle des IBFG  
angesichts der  
Herausforderung der  
Globalisierung

2. Die Gewerkschaften erleben auf nationaler Ebene, dass viele ihrer Errungenschaften von den weltweit getroffenen Finanz- und Industrieentscheidungen untergraben werden. Es besteht mehr denn je die Notwendigkeit, eine wirksame nationale, regionale und internationale Antwort der Gewerkschaften zu geben. Der Kongress des IBFG im Jahr 1996 ist daher von historischer Bedeutung für das Gewerkschaftswesen, da die Mitgliedsorganisationen des Bundes festlegen, welche Politik und Strategie erforderlich ist, um dieser globalen Herausforderung entgegenzutreten. Die internationale Solidarität wird im 21. Jahrhundert mehr als ein hehrer Gedanke sein müssen. Die Kommunikationshindernisse, die die internationale Arbeit der Gewerkschaften in der Vergangenheit zu einer Spezialaufgabe werden liessen, müssen hinweggefegt werden. Wir müssen neue Methoden der Organisation entwickeln, um der internationalen Solidarität eine neue Dimension zu geben. Und es ist ganz wesentlich, dass der IBFG seine eigenen Strukturen überprüft, wozu auch die Rolle seiner Regionalorganisationen und seine Interaktion mit den Internationalen Berufssekretariaten (IBS, dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC), dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB, dem Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) und anderen internationalen Gewerkschaftsgremien gehören. Wir müssen uns ändern und uns rüsten, um die Erscheinungsformen der entstehenden internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung umzugestalten.

Stärkerer Wettbewerb  
und wachsende  
Ungleichheit

3. Die Welt, in der wir und unsere Mitglieder arbeiten, verändert sich in dramatischer Art und Weise. Der Wettbewerb ist weltweit und nimmt zu; er erzeugt ein neues Mass an Unsicherheit in Industrieländern und eine wachsende Armut in sehr vielen Entwicklungsländern. Über ein Fünftel der Weltbevölkerung überlebt unter Bedingungen der bittersten Armut, und über 700 Millionen erwerbstätige Männer und Frauen haben keine produktive Beschäftigung. Die sozialen Ungleichheiten in und zwischen den Ländern nehmen zu und sind ursächlich für zahlreiche Konflikte verantwortlich, die drohen, die wiederhergestellten oder neuetablierten demokratischen Rechte und die zerbrechlichen Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit gegen Arbeitslosigkeit und Armut hinwegzufegen. Und wir dürfen nie vergessen, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Welt noch immer von Diktaturen und autoritären Regimen unterdrückt werden, die häufig unter Einsatz von Gewalt die Vereinigungsfreiheit und andere grundlegende Menschen- und Gewerkschaftsrechte verwehren.

Veränderungen analysieren,...	4. Dieser Bericht analysiert die Arbeits- und Lebensbedingungen in aller Welt und die Auswirkungen der "Globalisierung" auf das Leben der erwerbstätigen Menschen und ihrer Familien. Er beschreibt ausserdem einige wesentliche Elemente der weltweiten Marktwirtschaft, deren Macht selbst die Fähigkeit der stärksten Länder dieser Welt, die eigene Entwicklung zu lenken und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, herausfordert.
... um neue Ziele zu setzen	5. Der Bericht zielt darauf ab, eine objektive Beurteilung dessen abzugeben, was in der gegenwärtigen Situation erforderlich ist, um den Mitgliedsorganisationen einen effizienteren Dienst zu bieten; und die Wege und Möglichkeiten zu identifizieren, mit denen internationale Massnahmen dazu beitragen können, die Kraft unserer Bewegung auf die Menschen und jene Themen auszurichten, die den Globalisierungsprozess vorantreiben.
IBFG-Kongress entwirft Strategie	6. Der Bericht befasst sich zunächst mit den Hauptthemen, denen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften gegenübersehen. Anschliessend bemüht er sich darum, die zugrundeliegenden Ursachen der Ungleichheit und Unsicherheit in der Arbeitswelt aufzuzeigen und identifiziert die wichtigsten Ansatzpunkte zur Ausübung von Druck, derer sich die Gewerkschaften bedienen können, um Fortschritte zu erzielen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Arena. Im Schlussteil arbeitet der Bericht die Konsequenzen für den IBFG und die internationale Gewerkschaftsbewegung aus diesen Ergebnissen heraus und richtet Empfehlungen an den Kongress.
Erneuerung des Kampfes	7. Er signalisiert die Entschlossenheit der Gewerkschaften, erneut zu kämpfen, um die Grundsätze zu verteidigen, die so vieles für die erwerbstätigen Menschen erreicht haben. Diese Grundsätze sind in der heutigen Welt des weltweiten Wettbewerbs ebenso relevant, wie sie es zu jedem anderen Zeitpunkt der Geschichte waren. Unsere Bewegung wurde gegründet, um die Ungerechtigkeit zu bekämpfen und die grundlegenden Menschen- und Wirtschaftsrechte erwerbstätiger Männer und Frauen und ihrer Familien sicherzustellen. Der Bericht versucht, die weit verbreitete Enttäuschung einzufangen, die die Gewerkschaften zunehmend angesichts der Globalisierung - die doch das Potential birgt, Wohlstand zu verbreiten - verspüren, da sie von den Vertreterinnen und Vertretern der reichen und privilegierten Schichten für sich vereinnahmt worden ist, damit diese ihre eigenen enggesteckten Interessen verfolgen können.
Gewerkschaften auf der Weltbühne	B. Obwohl der Bericht sich an Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter richtet, glauben wir doch, dass er auch in vielen anderen Gruppen Anstoss zur Reflexion sein wird. Der Weltsozialgipfel, der im März 1995 in Kopenhagen stattfand, bestätigte, dass es eine weltweite soziale Krise gibt, die durch neue Massnahmen in und zwischen den Ländern auf einer breiten Ebene von Politikfeldern angegangen werden muss. Ohne eine starke freie Gewerkschaftsbewegung, die die Wünsche der erwerbstätigen Menschen zum Ausdruck bringen und mit Arbeitgeber(inne)n und Regierungen über Lösungsmöglichkeiten verhandeln kann, werden sich die sozialen Spannungen verschärfen und verheerende Auswirkungen für die Welt haben.

  
 Generalsekretär

# KAPITEL 1: EINE WELT DER WACHSENDEN GEGENSÄTZE

Breitere Kluft zwischen  
Reich und Arm

1.1 Die Kluft zwischen Reich und Arm verbreitert sich in aller Welt. 1960 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der am wenigsten entwickelten Länder knapp 10% dessen der Industrieländer. 1990 betrug es nur noch knapp über 5%. Die Weltbank berichtet, dass die Einkommen in Afrika südlich der Sahara in den letzten 20 Jahren um 0,7% pro Jahr zurückgegangen sind, während das durchschnittliche Einkommen in den Industrieländern um 2% pro Jahr stieg. In den vergangenen zehn Jahren haben die Hochbezahlten in den Industrieländern erlebt, dass ihre Einkünfte überdurchschnittlich stiegen, während eine wachsende Unterschicht von Familien, die von unsicheren Niedriglohtätigkeiten oder Sozialleistungen abhängen, die Verlierer waren.

Frauen in der Armut  
gefangen

1.2 Die Gesamtzahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, ist erheblich gestiegen, wobei sich unter den Armen ein beträchtlich höherer Anteil von Frauen als von Männern befindet. Die "Feminisierung der Armut" ist eng mit einer deutlichen Zunahme von Haushalten, deren Vorstand eine Frau ist, der Feminisierung der Niedriglohnarbeit sowie mit dem geringeren Bildungsstand in manchen Regionen und der Ungleichbehandlung der Geschlechter bei der Bereitstellung von Produktionsmitteln verbunden.

Polarisierung  
und Unsicherheit

1.3 Unsere Gesellschaften polarisieren sich immer stärker in jene, die den Wohlstand oder die Fertigkeit besitzen, Gewinn aus der globalen Integration zu schlagen, und jene, die in der Armut ohne produktive Beschäftigung gefangen sind. Die Ideologen des freien Marktes sind der Ansicht, dass sich die grosse Zahl von Niedriglohnarbeitsplätzen durch Investitionen und Produktivität schrittweise zu besser entlohnten Arbeitsplätzen wandelt. Das Gegenteil ist allerdings der Fall. Rationalisierung und Umstrukturierung führen zu einem Wegfall von sicheren und angemessen entlohnten Arbeitsplätzen, und die weltweite Arbeitslosigkeit steigt. Nach wie vor existiert in vielen Ländern eine tief verwurzelte Diskriminierung gegen Frauen, und die Kinderarbeit nimmt zu. Und bedeutungsschwer hängen die Weltwachstumsraten auf einer Höhe fest, die den ärmsten Ländern nur einen geringen oder keinen Spielraum für die Expansion aus der Armut heraus lässt. Auch das Wachstum in den Industrie- und Übergangsländern wird nicht in mehr Arbeitsplätze übertragen. Das grundlegende Problem ist darin zu sehen, dass das übergeordnete Ziel der Organisation der Produktion zur Deckung des menschlichen Grundbedarfs nicht erreicht wird, weil die Regierungen von den marktorientierten Politiken verblendet sind.

Regierungen müssen  
neue Partnerschaften  
für Entwicklung  
initiiieren

1.4 Um diese verheerende Entwicklung umzukehren, müssen die Regierungen aktiv Politiken betreiben, mit denen das Gesundheits-, Sozialversicherungs-, Bildungs- und Ausbildungsniveau in ihren Ländern angehoben wird. Ein partnerschaftlicher Ansatz ist erforderlich, bei dem Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften lokale, nationale, regionale und internationale Strategien vereinbaren, um den erforderlichen Wandel zu bewerkstelligen und dem Wettbewerbsdruck, der über den Weltmarkt entsteht, entgegenzutreten. Eine Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaften Verantwortung in einer Partnerschaft übernehmen, ist, dass Regierungen und Arbeitgeber die Rechte der Beschäftigten auf Vertretung durch ihre eigenen, frei gewählten Gewerkschaften anerkennen.

Wo Diktaturen oder gewerkschaftsfeindliche Regierungen und Arbeitgeber den Beitrag ablehnen, den Gewerkschaften bereit sind, zur Konsolidierung einer Zivilgesellschaft zu leisten, ist eine Partnerschaft unmöglich.

#### AFRIKA:

#### EIN REICHER KONTINENT LEBT IN ARMUT

##### Eine kontinentale Armutsfalle

1.5 Afrika ist der vernachlässigte Kontinent der Erde. Von einer Gesamtbevölkerung von 660 Millionen überleben 300 Millionen Menschen mit Einkommen, die kaum über der absoluten Armutsgrenze liegen. Und dennoch flossen von den 80 Milliarden US-Dollar privater ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in Entwicklungsländer 1994 lediglich 4,5 Milliarden US-Dollar nach Afrika. Trotz über eines Jahrzehnts der Struktur-anpassungsprogramme liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mit 520 US-Dollar noch immer unter dem Wert von 1975. Sieben von zehn Afrikanerinnen und Afrikanern leben in ländlichen Gebieten und sind abhängig von kleinen Landwirtschaftsbetrieben und der lokalen Zuliefererindustrie, wenn es um Arbeitsplätze geht. Sechs von zehn Afrikanerinnen sind Analphabetinnen, und das Grundschulsystem erreicht noch immer weniger als zwei Drittel der afrikanischen Mädchen. 30 Prozent der afrikanischen Kinder im Alter unter fünf Jahren wiegen weniger als sie für ihre künftige gesundheitliche Entwicklung wiegen sollten.

Frauen arbeiten  
am härtesten und  
verdienen am  
wenigsten

1.6 Frauen sind eine besonders schwache Gruppe auf dem Arbeitsmarkt in Afrika. Sie sind von der Verschlechterung der Wirtschaftslage und den Folgen der Strukturanpassungsprogramme sowie den Abwertungen hart getroffen worden. Die Mehrheit der Frauen arbeitet noch immer in der Überlebenslandwirtschaft, häufig unentlohnt, mit einem langen Arbeitstag und nur wenig Verbesserungen bei der Produktivität oder der Technologie. Die kleine Minderheit von Frauen, die im modernen Sektor beschäftigt ist, häufig im öffentlichen Dienst, ist besonders durch die Entlassungen infolge von Umstrukturierungen oder Privatisierungen betroffen gewesen. Die Verbindung von ländlicher und städtischer Armut und der Mangel an Möglichkeiten haben zu einer Intensivierung der bereits bestehenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern geführt und dazu, dass eine grosse Zahl von Frauen gezwungen ist, zur Sicherung des Überlebens im informellen Sektor tätig zu werden.

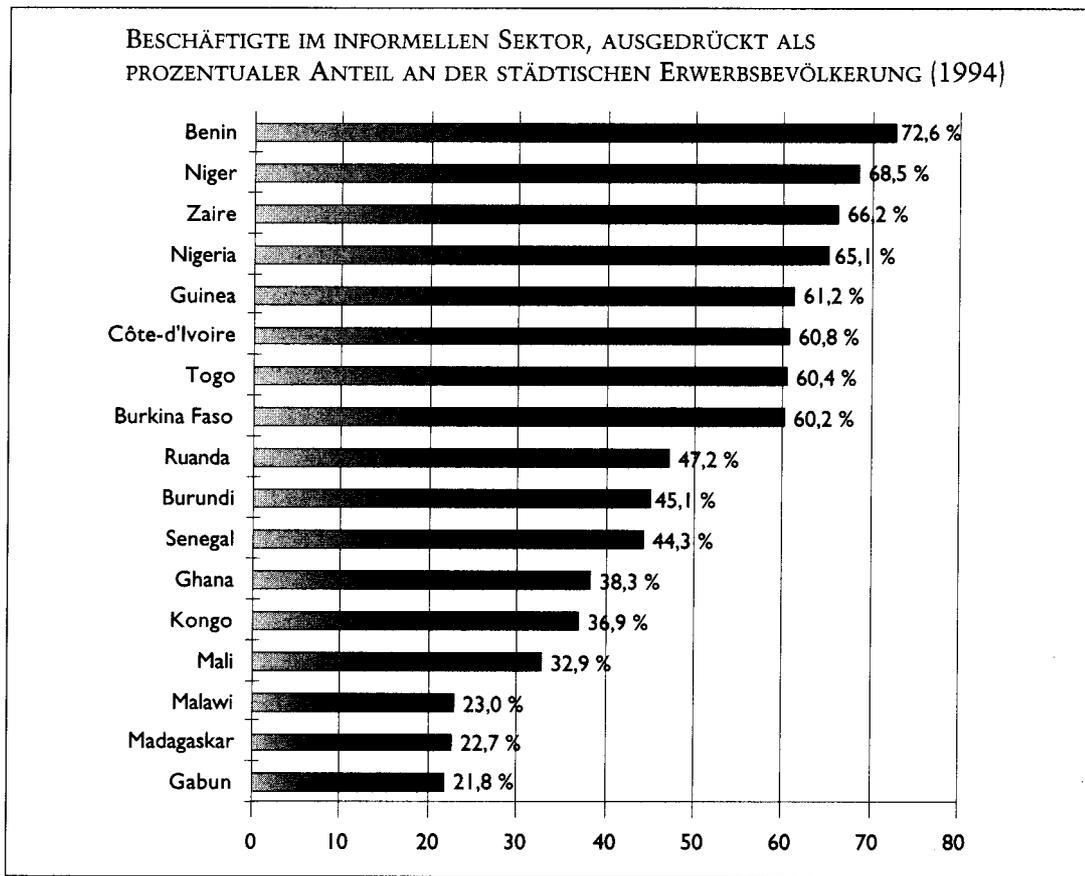
Ländliche Armut und  
übervölkerte Städte

1.7 Die afrikanischen Städte dehnen sich um 6% pro Jahr aus. Dies ist die rascheste städtische Wachstumsrate in der Welt. Arme Landarbeiter, die mit ihren Familien über 80% der Gesamtbevölkerung ausmachen, die in absoluter Armut lebt, ziehen noch immer zuhause in die wie Pilze aus dem Boden schießenden Elendsviertel an der Peripherie der meisten Städte. Viele emigrieren sogar in andere Länder. Die Arbeit, die sie bekommen, ist aufgrund des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst und in den wenigen, häufig staatlichen, kommerziellen Betrieben fast ausschliesslich im informellen Sektor zu finden. Zwei Drittel aller städtischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im informellen Sektor anzutreffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den Städten seit den siebziger Jahren verdoppelt und liegt mittlerweile bei 15% bis 20%. Die Realeinkommen sind in der verarbeitenden Industrie in den achtziger Jahren stark gefallen, und zwar jährlich um durchschnittlich 12% in den fünfzehn Ländern, für die die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) über zuverlässige Daten verfügt. Die heutigen Strukturanpassungspolitiken decken den Grundbedarf der Menschen nicht und erleichtern auch nicht die Schuldenlast; daher haben sie Afrika nicht auf den Weg eines dauerhaften Wirtschaftswachstums gebracht.

Aufschwung zu  
zögerlich, um  
zunehmende soziale  
Spannungen  
aufzuhalten

1.8 Vor diesem düsteren wirtschaftlichen Hintergrund stehen die neueta-blierten Demokratien vor enormen Problemen, die Spannungen so weit zu dämpfen, dass der Fortbestand der Demokratie nicht gefährdet ist. Die optimistischsten Vorhersagen für den Aufschwung der afrikanischen Konjunktur gehen davon aus, dass die Gesamtzahl der in Armut lebenden Menschen auch für geraume Zeit im nächsten Jahrhundert noch nicht abnehmen wird. In diesem Zeitraum werden 60 Millionen junge Afrikanerinnen und Afrikaner die frustrierende Suche nach Möglichkeiten, den eigenen Unterhalt zu sichern, aufgenommen haben. 20 Millionen Menschen werden mit Aids infiziert sein, und mindestens viermal so viele Menschen werden an vermeidbaren Krankheiten gestorben sein. Hinzu kommt die Nahrungsmittelknappheit auf diesem Kontinent, die sich bis zum Jahr 2000 voraussichtlich verdreifacht haben wird. Es besteht eindeutig die Gefahr, dass weitere Fortschritte beim Aufbau demokratischer Institutionen durch ein Abgleiten in eine ausufernde soziale Entwurzelung und eine Rückkehr zu Korruption und zu repressiver Herrschaft, die die Entwicklung so lange aufgehalten haben, vereitelt werden könnten.

## Der informelle Sektor in Afrika



QUELLE: IAO

Gewerkschaften zwingen Diktatoren zur Aufgabe und stehen sogleich vor neuen Bedrohungen...

1.9 Die Gewerkschaften, die sich über einen Grossteil der Zeit seit der Unabhängigkeit einer beträchtlichen Einmischung von seiten der Regierungen und in einigen Fällen sogar der direkten Kontrolle ausgeliefert sahen, spielten in vielen Ländern auf dem Weg zur Demokratisierung eine Schlüsselrolle. Jetzt stehen sie vor einer neuen Krise, da ihre früheren Hochburgen in solchen Sektoren wie Bildung und Erziehung, Transport und öffentlicher Dienst durch die Privatisierung und die Kürzungen im öffentlichen Dienst ausgehöhlt worden sind. Mit der Hilfe des IBFG verteidigen sie sich und stellen sich auch der immensen Herausforderung der Anwerbung von Mitgliedern in bisher nicht gewerkschaftlich organisierten Wirtschaftsbereichen. Obwohl einige Regierungen neuerliche Bemühungen unternehmen, die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Land zu sichern, bleiben die Gewerkschaften die organisiertesten und demokratischsten Organe in Afrika. In vielen Fällen haben sie Vorschläge für nationale Massnahmen entwickelt, um die Tendenz des wirtschaftlichen Niedergangs umzukehren. Eine jegliche Untersuchung der Volkswirtschaft einzelner Länder dieses geplagten Kontinents würde zu dem Schluss kommen, dass die Beteiligung der Gewerkschaften und die Achtung ihrer Rechte wesentlich für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind. Afrika hat uns in der Tat ein Beispiel eines Gewerkschaftswesens geliefert, das herausragt: die Rolle der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen die Apartheid. Es waren die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, die mit Unterstützung des IBFG und der IAO eine Schlüsselrolle bei der Absetzung des Regimes spielten. Die südafrikanischen Gewerkschaften verfolgten eine Strategie der friedlichen Abschaffung der Apartheid, wodurch die

Wiederaussöhnung und die Einführung der Demokratie möglich wurde. Sie zeigen die gleiche Einsatzbereitschaft im Kampf um den Aufbau eines neuen Südafrika und sind in der Lage, dies zu tun, weil die demokratisch legitimierte Regierung ihre Arbeitsgesetzreformen auf IAO-Übereinkommen stützt.

...ihrer Rolle beim  
Aufbau der Demokratie

1.10 Die Verwirklichung des Potentials Afrikas erfordert eine Stärkung der Demokratie, um alle Hindernisse zu beseitigen, die es den Männern und Frauen Afrikas verwehren, durch Arbeit den Weg aus der Armut zu finden. Die internationale Unterstützung sollte sich auf Politiken konzentrieren, die darauf ausgerichtet sind, die Beschäftigung und die Löhne und Gehälter anzuheben, den Bildungsstand und den Gesundheitszustand zu verbessern und die Schuldenlast zu beseitigen, die den heutigen Generationen von korrupten Militär- und Einparteiendiktaturen auferlegt wurde. Die afrikanische Gewerkschaftsbewegung muss eine Schlüsselrolle bei der Planung und der Durchführung von Politiken spielen, die sich auf die breite Unterstützung verlassen können, derer es bedarf, um sich von den Entwicklungsmustern der Vergangenheit völlig zu lösen. Ein eng gefasster Ansatz der Deregulierung und Privatisierung klammert die fundamentale Aufgabe der Bildung von Vertrauen in die Rolle von staatlichen Behörden aus, die viel zu lange das Handwerkszeug sich selbst erhöhender Eliten waren, die nationale Konflikte, Stammeskriege und den internationalen kalten Krieg zur Sicherung des Überlebens ausnutzten. Die Achtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte steht im Zentrum einer erfolgreichen Strategie der Reform und des Aufschwungs in Afrika.

## LATEINAMERIKA: DAS ERBE DER SCHULDENKRISE

Das Erbe der  
Schuldenkrise

1.11 Lateinamerika hat darum gekämpft, aus der Schuldenkrise der frühen achtziger Jahre herauszukommen, bleibt jedoch eine Region, in der extreme Armut und extremer Reichtum anzutreffen sind. Brasilien ist der Welt zweitgrösster Markt für Privatflugzeuge, während jedoch 47% der Bevölkerung in extremer Armut leben. Über 1,25 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt, und über 3 Millionen Kinder im Grundschulalter gehen nicht in die Schule. Eine grosse Zahl von ihnen ist dem Leben auf der Strasse überlassen und fällt Mörderbanden zum Opfer. Andererseits sind die Steuersätze auf die höchsten Einkommen laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Interamerikanischer Entwicklungsbank (IaDB) die niedrigsten der Welt.

Niedrige Löhne und  
hohe Arbeitslosigkeit  
unterminieren Streben  
nach Stabilität

1.12 Die Reallöhne sind in Lateinamerika kürzlich etwas gestiegen, nachdem sie um 5% bis 20% zurückgegangen waren. Sie liegen jedoch immer noch unter dem Niveau von 1980. Der Mindestlohn beträgt jetzt lediglich drei Viertel seines früheren Wertes. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist in mehreren Ländern dieser Region auf 10% und mehr angestiegen, während die Beschäftigung im informellen Sektor der Städte auf über 18% mit einem vergleichbaren Rückgang bei den regulären Beschäftigungsverhältnissen geklettert ist. Wie die verheerende mexikanische Wirtschaftskrise von 1995 zeigte, sind die Beschäftigten in dieser Region immer noch äusserst ungeschützt vor dem Auf und Ab der kurzfristigen Spekulationen. Trotz der dringenden Notwendigkeit, die Kaufkraft der Einkommensschwachen zu verbessern und soziale Investitionen in die

Bildung und den Wohnungsbau vorzunehmen, bestrafen die Devisenmärkte jedes Verfehlen der strengen Haushaltseinsparungsziele, die von den Regierungen und dem IWF gesteckt werden. Das bedeutet, dass die dringend erforderlichen Massnahmen zur Stärkung der sozialen Stabilität von der Politik eingeengt werden, die darauf abzielt, die finanzielle Instabilität zu verringern. Wenn die internationalen Finanzinstitutionen diesem Kontinent wirklich helfen wollen, eine solide Grundlage für den Aufschwung zu schaffen, sollten sie daran arbeiten, die schwere Schuldenlast, die immer noch die Bemühungen um ein nachhaltiges Wachstum behindert, abzubauen und die Verbesserung des Steuersystems stärker in den Vordergrund rücken, anstatt die grundlegenden Sozialausgaben zu drücken.

### *DER ÜBERLEBENSKAMPF IM DSCHUNDEL DER BRASILIANISCHEN STÄDTE*

Brasilien weist die grösste Einkommenskluft der Welt zwischen Reich und Arm auf, eine schwindelerregend hohe Arbeitslosigkeit (allein in Sao Paulo leben 1,14 Millionen Arbeitslose), und ein System der sozialen Sicherheit gibt es überhaupt nicht. Im Laufe der achtziger Jahre ist der Mindestlohn um 50% gesunken und beläuft sich heute auf 64 US-Dollar im Monat. Damit liegt er, unfassbar, 33% unter dem Mindestlohn vor 50 Jahren. Die Kindersterblichkeit liegt bei 58 je 1000 Kindern und damit zehnmal höher als in den Industrieländern. Für viele Kinder, die die ersten riskanten Lebensjahre überleben, ergibt sich anschliessend lediglich die Perspektive des ständigen Überlebenskampfes auf den Strassen, wo jede Nacht organisierte Killergangs versuchen, sie einzufangen.

Für einige Menschen sind die Strassen Brasiliens jedoch mit Gold gepflastert. Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung ergab, dass die informelle Wirtschaft, einschliesslich der Prostitution, des Drogenhandels und der illegalen Spiele ein Volumen von etwa US\$ 490 Milliarden pro Jahr erreicht - mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt des Landes. Ein Phänomen, das landesweit zu finden ist, ist die Schattenwirtschaft, die am augenfälligsten in Rio de Janeiro ist, wo etwa 200.000 Verkaufsstände (auch als "Cameleos" bekannt) aufgebaut worden sind, und in Sao Paulo, wo schätzungsweise 160.000 solcher Cameleos existieren - fünfmal mehr als Geschäfte gibt. Cameleos sind aber nur ein Bruchteil der informellen Wirtschaft. Fast 40% der Erwerbsbevölkerung von Rio geht "nicht geregelten Beschäftigungen" nach, sei dies nun im Transport, in Werkstätten oder im Betreiben von illegalen Lotterien.

Während einige Menschen ein Vermögen im informellen Sektor erwirtschaften, wurden die Lebensumstände der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten im Bericht des IAA-Generaldirektors treffend zusammengefasst: "Produzenten und Arbeitskräfte des informellen Sektors sind im allgemeinen nicht organisiert (obgleich möglicherweise lokale Verbände von Erwerbstätigen in bestimmten Gewerbebranchen bestehen) und entziehen sich in den meisten Fällen dem Aktionsbereich der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Da sie nicht organisiert sind, ausserhalb des Schutzes der Gesetze stehen und auf sehr niedrigem Produktivitäts- und Einkommensniveau arbeiten, leben und arbeiten sie im allgemeinen in erschreckenden, vielfach gefährlichen und ungesunden Verhältnissen, sogar ohne grundlegende sanitäre Einrichtungen, in den Slumgebieten der Städte."

Der IBFG ist der Meinung, dass die Regierungen die Verantwortung für die Durchführung von Politiken zur Verbesserung der Bedingungen im informellen Sektor übernehmen müssen. Zu diesem Zweck sollten sie Bildungsmöglichkeiten, Kleinkredite und eine Infrastruktur (Elektrizität und Wasser) sowie Gebäude anbieten und gleichzeitig die Anwendung von Arbeitsnormen und die soziale Absicherung vorsehen. Auf diese Art und Weise können sie das langfristige Ziel erreichen, diesen Sektor in die formelle Wirtschaft einzubeziehen - mit anderen Worten, den informellen Sektor zu "formalisieren".

QUELLE: ORTT UND IAO

Frauen am unteren  
Ende der Leiter

1.13 Obwohl viele Frauen über einen höheren Bildungsstand verfügen als Männer, sind sie immer noch am häufigsten in den gering entlohnten Tätigkeiten anzutreffen. Frauen sind von der Umstrukturierung und von den Kürzungen im öffentlichen Dienst stärker betroffen gewesen als Männer, und ein Grossteil von ihnen übernimmt die unsicheren Arbeitsplätze im informellen Sektor. Auch die Teilzeitarbeit für Frauen nimmt zu. Frauen bilden die Mehrheit (zum Beispiel 77 Prozent in Mexiko) der Beschäftigten im "Maquiladora"-Sektor (Exportveredelungsbetriebe), wo die Gewerkschaftsrechte eingeschränkt und die Arbeitsbedingungen nicht geregelt sind.

Migrant(inn)en werden  
diskriminiert  
und ausgebeutet

1.14 Die Kapitalflucht ist ein fortwährendes Problem in der Region und veranlasste die Regierungen dazu, Politiken zu verfolgen, mit denen die Dollars der reichen Elite in die Region zurückgebracht bzw. dort gehalten werden sollten. Die Flucht der Arbeitskräfte nach Nordamerika, Europa und in die "Maquiladoras" ist ein ebenso gefährliches Phänomen, das keineswegs eine ähnliche prioritäre Behandlung gefunden hat. Ganze Familien hängen von den Überweisungen von Einkünften junger Frauen und Männer ab, die gering entlohnte, schmutzige und gefährliche Tätigkeiten weit von ihrer Heimat übernehmen. Es gilt, das zweifache Ziel des Schutzes der Wanderarbeitnehmer/innen vor Diskriminierung und Ausbeutung und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einer sicheren Umwelt in ihren Herkunftsländern zu verfolgen.

Die sich wandelnde  
Rolle der  
Gewerkschaften

1.15 Die Gewerkschaftsbewegung bleibt in Lateinamerika stark und überwindet stetig das Erbe der politischen Spaltung. Allerdings wird ihre Rolle in der Gesellschaft immer noch in Frage gestellt, obschon man in vielen Ländern zur demokratischen Regierungsform zurückgekehrt ist. Traditionell waren die Regierungen, grösstenteils als Folge der langjährigen Geschichte der staatlichen Beteiligung an der Wirtschaft, darum bemüht, die Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen durch umfassende rechtsverbindliche Kodizes zu zentralisieren, die die Arbeitgeber theoretisch verpflichteten, angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen anzubieten. Obwohl die Kodizes oft ignoriert oder nach Gutdünken der Regierung durchgeführt wurden, waren sie eigentlich eine Form von zentral ausgehandelten Beschäftigungsverträgen für das Gros der Beschäftigten im formellen Sektor. Durch einen progressiven Abbau der staatlichen Beteiligung an der Wirtschaft im Zuge der Privatisierung und Deregulierung wächst nun der Druck, den Inhalt und den Deckungsbereich des Arbeitsgesetzes zu schwächen. Die Gewerkschaften sind hierüber sehr beunruhigt, da diejenigen, die sich für eine Reform einsetzen, meistens den Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen.

Einige soziale Pakte,  
aber Gewerkschaftsaktivist(inn)en werden  
weiterhin umgebracht

1.16 Einige Regierungen haben die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in verschiedenen Formen sozialer Pakte gesucht, und zwar mit dem Ziel, die Inflation zu stabilisieren und die Zahlungsbilanzdefizite abzubauen. Die Arbeitgeber sind jedoch in vielen Ländern bereit, Berufskiller zu beauftragen, mutige örtliche Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Richter und Anwälte zu entführen und zu töten, die versuchen, die Grundrechte von Beschäftigten und Kleinbauern zu verteidigen.

## *MAQUILADORAS: DIE NEUEN KONZENTRATIONSLAGER MITTELAMERIKAS*

Die "neuen Konzentrationslager" nennt eine Gewerkschafterin die mittelamerikanischen "Maquiladoras" (Exportveredelungsbetriebe in Freien Exportzonen - FEZ), wo mehr als 200.000 überwiegend weibliche Arbeitskräfte in der Herstellung von Kleidungsstücken und anderen Verbrauchsgütern für die Märkte der Vereinigten Staaten und Europas beschäftigt sind.

In Guatemala beträgt der Lohn von Maquiladora-Arbeiterinnen zwischen einem und zwei US-Dollar pro neun- bis zehnstündigem Arbeitstag. Manchmal werden sie gezwungen, bis zu 18 Stunden zu arbeiten. In der Lucasan-Fabrik in Guatemala werden die Arbeitskräfte von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr sechs Tage pro Woche eingeschlossen. In anderen Fabriken, wo die Arbeiter bis Mitternacht arbeiten mussten, blieben sie in der Fabrik eingeschlossen, bis sie früh morgens wieder anfangen mussten zu arbeiten. Wenn Grossaufträge kommen, werden den Arbeiter(inne)n Aufputzmittel verabreicht, damit sie 60 Stunden ununterbrochen durcharbeiten können. Drohungen und grobe Beleidigungen sind an der Tagesordnung, und die Betriebsaufseherinnen schlagen die Arbeiterinnen schon für einfachste Fehler, für Verspätungen oder sogar dafür, dass sie mit Kolleginnen sprechen. Der sexuelle Missbrauch durch ihre Vorgesetzten ist einer der Preise, den viele Frauen zahlen, um ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Die Fabriken weisen nur wenige Fenster oder Ventilatoren auf und überhaupt keinen Schutz vor chemischen Stoffen oder Staub. Die Ausgänge sind gewöhnlich verriegelt

Die Fabriken werden häufig aus Wellblech zusammengebaut, was leicht wieder abzubauen und wegzutransportieren ist. Sie können problemlos von einer Freihandelszone in die nächste oder von einem Land in ein anderes umgesiedelt werden. Genau das geschieht auch, wenn die Besitzer ihren Verpflichtungen gegenüber Gläubigern, gegenüber der Regierung oder ihren Arbeiter(inne)n nicht nachkommen. Die Änderung eines eingetragenen Namens einer Gesellschaft wird ebenfalls häufig aus diesen Gründen vorgenommen.

Schon der Gedanke an eine Gewerkschaft kann eine Arbeiterin oder einen Arbeiter den Arbeitsplatz kosten. Gar Schritte zur Gründung einer Gewerkschaft einzuleiten, kann viel ernstere Folgen haben. Für den Versuch des Aufbaus einer Gewerkschaft werden Beschäftigte verfolgt, versetzt, entlassen, schikaniert, geschlagen, und ihnen wird selbst mit dem Tod gedroht. Gelegentlich verschwinden sie einfach - ermordet, weil sie eine Gewerkschaft wollten. Folgende Fälle wurden dem IBFG im Laufe von einigen wenigen Monaten im letzten Jahr gemeldet:

28. Februar 1995 Déborah Guzmán, Gewerkschaftsführerin in einer Maquiladora-Fabrik, wurde entführt, ihr wurden die Augen verbunden, sie wurde gefesselt, mit Drogen vollgepumpt und geschlagen. Sie blieb bis zum 5. März gefangen. Während ihrer Gefangenschaft wurde sie gezwungen, ihren Ehemann und andere Gewerkschaftsführer anzurufen und sie zu warnen, dass sie selbst nicht heimkehren würde, wenn die anderen nicht aus der Gewerkschaft austreten würden.

19. März 1995 Der Leichnam des Maquiladora-Gewerkschaftsführers Víctor Alexander Gómez Virula wurde an einer Böschung gefunden, nachdem er drei Tage zuvor von seiner Gewerkschaft als vermisst gemeldet worden war. Die Behörden unternahmen nichts. Nachdem der Leichnam gefunden worden war, wurden andere Funktionäre derselben Gewerkschaft, darunter auch deren Generalsekretär, von Fahrzeugen mit verdunkelten Scheiben und ohne Nummernschilder verfolgt

29. März 1995 Adela Agustín, Mitglied der Exekutive einer anderen Maquiladora-Gewerkschaft, wurde überfallen, zusammengeschlagen und dann einfach liegengelassen. Zuvor hatte sie Morddrohungen vom Management des Betriebes, in dem sie arbeitete, erhalten.

17. Mai 1995 Flor de María Salguero de Kaparra, eine Gewerkschaftsorganisatorin einer Lebensmittelarbeitergewerkschaft in Guatemala, die vor dem US-Kongress zur Frage der Verletzungen von Arbeitnehmerrechten in den guatemaltekischen Maquiladoras ausgesagt hatte, wurde verschleppt, mit Drogen vollgepumpt, vergewaltigt und geschlagen. Seither hat sie wiederholt anonyme Anrufe von jemandem erhalten, der sie fragte, ob ihr "das kleine Geschenk" gefallen habe.

QUELLE: ORIT

Verletzung von Arbeitnehmerrechten in FEZ und korrupte Eliten, die an der Macht festhalten

1.17 Die Region leidet unter der Seuche der Freien Exportzonen bzw. der "Maquiladoras", wo die Arbeitnehmerrechte täglich von unbekümmerten Unternehmen verletzt werden, die den nordamerikanischen Markt beliefern. Dieser "brandschatzende" Stil des Kapitalismus zerstört eine gleichmässige wirtschaftliche und soziale Entwicklung und nimmt viele Gemeinwesen und ganze Länder in einem Kreislauf der Ausbeutung gefangen. Selbst nach der Wiederherstellung der Demokratie wird die Regierung in vielen Ländern von den Interessen der reichen Familien und der transnationalen Gesellschaften beherrscht. Die Korruption ist im privaten Sektor ausufernd, obwohl die Öffentlichkeit von Mediengesellschaften, die ein grösseres Interesse an dem haben, was sie verschleiern können, als an dem, was sie aufdecken können, gewöhnlich nur auf den Missbrauch im öffentlichen Sektor aufmerksam gemacht wird.

1.18 Um diese Entwicklungen umzukehren, bedarf es einer Neuorientierung der Rolle der Regierung, so dass öffentliche Dienste und politische Parteien sehr viel unabhängiger von enggesteckten Wirtschaftsinteressen werden.

Regierungen brauchen Partnerschaften mit Gewerkschaften und Arbeitgeber eine neue Rolle

1.19 Die Regierungen müssen Druck auf die Arbeitgeber ausüben, damit diese eine konstruktive Rolle in einer zur Sicherung des nachhaltigen Wachstums erforderlichen sozialen Partnerschaft übernehmen. Zentrale Verhandlungen können gewährleisten, dass die Zunahme der Löhne und Gehälter mit der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Einklang steht, die darauf abzielt, den Aufschwung sicherzustellen und Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig würde eine schrittweise Verlagerung zu Verhandlungen auf lokaler Ebene sowohl den Gewerkschaften als auch den Arbeitgebern helfen, Veränderungen am Arbeitsplatz zu vereinbaren, die die Arbeitsbedingungen und die Produktivität verbessern würden. Weder das eine noch das andere ist machbar, solange nicht Organisator(inn)en von Gewerkschaften vor Gewalt und Schikanie geschützt werden. Sowohl die Regierungen als auch die Arbeitgeber müssen die wesentliche Rolle der Gewerkschaften anerkennen, wenn es darum geht, den tieferliegenden Ursachen der sozialen Auseinandersetzungen Herr zu werden, die den zerbrechlichen Aufschwung in der Region gefährden.

## DIE KEHRSEITE DES ASIATISCHEN WUNDERS

Rasches Wirtschaftswachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen benötigt,...

1.20 Die Region Asien hat in zehn aufeinanderfolgenden Jahren beständig ein rascheres Wachstum erzielt als irgendein anderer Teil der Welt - und dennoch leben dort mehr Menschen, die als absolut arm eingestuft werden können, als in einem anderen Teil der Welt. Über 1,5 Milliarden Menschen des indischen Subkontinentes, Chinas und Indonesiens überleben von weniger als einem Dollar pro Tag. Allein Indien müsste pro Jahr sieben Millionen Arbeitsplätze schaffen, um den zu erwartenden Zuwachs an Arbeitskräften zu absorbieren und braucht ein Wirtschaftswachstum von über 5 % pro Jahr, um die Zahl von Menschen, die in absoluter Armut leben, zu senken.

...vor allem der Rückstand bei sozialen und Infrastrukturinvestitionen ist aufzuholen

1.21 Die Löhne sind nach Angaben der IAO in den achtziger Jahren in einer Reihe von ost- und südostasiatischen Ländern um durchschnittlich 5 % pro Jahr gestiegen, da die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft abnimmt und die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor zunimmt. Allerdings hat die rasche Verlagerung vom ländlichen Raum in die Städte auch enorme Probleme erzeugt, darunter einen erheblichen Rückstand bei den Investitionen in die Infrastruktur, die dringend erforderlich wäre, um eine moderne, urbane und industriell geprägte Wirtschaft zu unterhalten. Das sogenannte asiatische Wunder ist grösstenteils auf das rasche Wachstum in der Leicht-/Montageindustrie, die für den Export produziert, und eine stetige Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die meisten der sich in der Region ausbreitenden Freien Exportzonen sind eigens eingerichtet worden, um die gewerkschaftliche Organisation auszuschalten und so einen Anreiz für Investoren zu bieten.

Unmenschliche Arbeitsbedingungen ruinieren das Leben junger Frauen

1.22 Junge weibliche Arbeitskräfte sind der Eckpfeiler der exportorientierten Industrialisierung gewesen. Auslandsinvestoren waren in der Lage, den geringen Lohn und die manuelle Geschicklichkeit dieser Arbeitnehmerinnen auszunutzen. Der Anteil von Frauen an Arbeitsplätzen in der Produktion übersteigt in manchen Ländern 80%, insbesondere in den Ländern mit dem schnellsten Wirtschaftswachstum. Diese Industrien haben nie dagewesene Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen eröffnet und bieten einen Fluchtweg aus der ländlichen Armut. Die Arbeitsbedingungen bedeuten jedoch häufig, dass lange, hart und gefährlich gearbeitet wird. Wenige Frauen behalten ihre Arbeitsplätze, wenn sie älter als 20 bis 30 Jahre sind, da die Arbeitgeber jene entlassen, die heiraten und Kinder bekommen. Viele werden durch das Tempo der Produktion, die Exposition gegenüber Gefahrstoffen und die Verletzungen, die aus der repetitiven Tätigkeit an ihrem Arbeitsplatz entstehen, auch physisch verschlissen. Dieser "leidvolle Weg zur Entwicklung" ist gepflastert mit vielen Opfern und unterminiert die langfristige Entwicklung.

1.23 In den südasiatischen Ländern hängt die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen noch immer von der Beschäftigung in der Landwirtschaft ab, wobei die unentlohnte Arbeit auf dem Land der Familie sich abwechselt mit saisonaler Tagelöhnerarbeit.

1.24 Wie auch in anderen Regionen sind die Frauen in Asien sehr viel schlimmer als die Männer von der Privatisierung und der Verschlankung des öffentlichen Dienstes betroffen gewesen. Ausserdem hat die häusliche Produktion und die Annahme von Auftragsarbeiten zugenommen.

Gewerkschaften noch immer streng kontrolliert

1.25 Die Gewerkschaften mussten in den meisten Ländern dieser Region in einem gesetzlichen Rahmen agieren, der sehr streng von der Regierung kontrolliert wird. Die Gewerkschaften, die qualifizierte Arbeitnehmerinnen vertreten, konnten einen gewissen Grad der Beschäftigungssicherheit und Reallohnsteigerungen für ihre Mitglieder durchsetzen. Allerdings ist die Organisation von ungelerten Arbeitskräften aktiv durch die Einschüchterung von seiten der Arbeitgeber vereitelt worden, die von den Gesetzen geschützt werden, wobei das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit nicht geschützt ist.

Asiatische  
Unternehmen vor dem  
Generationswechsel

1.26 Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländerregionen zeichnet sich die ost- und südostasiatische Geschäftswelt durch eine Generation starker, patriarchalischer Unternehmer aus, die nicht einfach die Gewinne in den sicheren Hafen ausländischer Banken geschleust haben, sondern in die Expansion reinvestierten. Die traditionelle Kultur der Unterwürfigkeit und der Pflichterfüllung, die die Beschäftigungsbeziehungen in Asien charakterisiert und ein unabhängiges Gewerkschaftswesen nicht begünstigt, erlebt jetzt erste Einbrüche. Eine neue Generation von professionell geschulten Managern übernimmt jetzt die Führung. Die Unternehmen beginnen, in den Wettbewerb um international mobiles Investitionskapital auf den neu entstehenden Aktienmärkten in der Region einzusteigen. Die neue Generation der asiatischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht auch zusehends auf ihren Grundrechten der unabhängigen Vertretung und einer nichtdiskriminierenden Behandlung durch die Geschäftsleitungen. Die Regierungen sehen sich jetzt mit der Realität konfrontiert, dass eine offenere, auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gestützte Gesellschaft massgeblich für die Entwicklung ist.

China: räuberischer  
Kapitalismus in einem  
Polizeistaat

1.27 Die grosse Ausnahme in diesem Bild ist China, wo ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt. Partei und Armee wissen, dass eine Demokratisierung ihre autoritäre Herrschaft in den wesentlichen Machtbereichen beenden würde. Um jedoch soziale Spannungen einzudämmen, ist ein rasches Wirtschaftswachstum erforderlich, und in ihren Augen auch die Förderung des privaten Sektors. Die sich daraus ergebende instabile Verbindung des Polizeistaates mit einem räuberischen Kapitalismus ist nicht nur ein sozial und politisch explosiver Cocktail, sondern bedeutet auch einen destruktiven Wettstreit für die Nachbarstaaten, die versuchen, einen demokratischen Weg zur Entwicklung zu verfolgen. Zunehmende Berichte über Arbeitskämpfe geben Aufschluss darüber, dass das neue Modell der chinesischen Regierung, die sogenannte "sozialistische Marktwirtschaft", von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in China, ebenso wie von internationalen Gruppen wie dem IBFG, die angesichts der Verletzung der Menschenrechte besorgt sind, in Frage gestellt wird.

## KINDERARBEIT: RETTUNGSAKTION

"Die Leute wollen nicht reden. Irgend jemand kommt uns zuvor. Wenn wir vor einem Betrieb ankommen, scheinen alle gewarnt worden zu sein, und die Kinder, wenn dort welche waren, sind verschwunden", klagt Mercedes, eine Journalistin bei einem privaten Fernsehsender in Manila, die eine Reportage über Kinderarbeit macht. Zwischen drei und fünf Millionen Kinderarbeiter gibt es in den Philippinen, schätzt Alejandro Apit, Direktor des Kamalajan Development Centre (KDC). Das 1992 mit Unterstützung der UNICEF und der Internationalen Arbeitsorganisation ins Leben gerufene KDC sollte sich ursprünglich um Recherchen im Bereich der Kinderarbeit kümmern und die Öffentlichkeit in bezug auf dieses Thema "sensibilisieren" (Kamalajan in der Landessprache der Philippinen, Tagalog). Sehr schnell wurde die Organisation allerdings zu einer Aktionsgruppe, die sogar vom Arbeitsministerium und von der Kriminalpolizei des Landes, NBI, unterstützt wird.

Ausgelöst wurde dies durch die Entdeckung von zehn Kindern, die in der grössten Sardinenfabrik des Landes, Highlands Sardines, wie Leibeigene gehalten wurden. "Wir hatten von der Anwesenheit der Kinder in der Fabrik gehört. Wir wussten, dass sie von den anderen isoliert wurden und das Werk nicht verlassen durften", berichtet Alejandro Apit. Das KDC beschloss zunächst, drei junge Männer dorthin zu schicken, die sich einstellen liessen. Nach einer Woche knüpften sie Kontakt zu den Kindern. "Sie waren jünger als 13 Jahre, und wir konnten kaum glauben, was sie erzählten", erinnert sich der Direktor des KDC. Die Geschichte der Kinder bei Highlands Sardines scheint in der Tat direkt den düstersten Kapiteln der Romane von Charles Dickens entnommen zu sein. Vom Süden des Landes, von Mindanao, werden die Kinder nach Manila oder Quezon City gebracht. Die Schlepper kassieren eine Kommission, die eine Schuld der Kinderarbeiter bei ihrem künftigen Arbeitgeber darstellt. Eine Schuld, die immer grösser werden wird und die sie wahrscheinlich auf ihre Kinder übertragen werden.

"Man hatte ihnen 23 Pesos pro Tag (knapp einen Dollar) versprochen, aber 25 Pesos wurden für das Essen abgezogen. Sie haben also tatsächlich nie auch nur einen einzigen Peso für ihre Arbeit bei Highlands erhalten", empört sich Alejandro Apit. "Ihre Haut war gelb verfärbt, und sie mussten auf Pappplatten zu siebten in einem winzig kleinen Zimmer schlafen, das von einem engen Flur aus zu erreichen war. Wäre ein Feuer ausgebrochen, wären sie verbrannt", fährt er fort. Ihre Aufgabe bestand darin, die Sardinen zu zerlegen und sie in Konservenbüchsen zu verpacken. Nach einem Arbeitstag waren ihre Hände blutig. Apit nahm Kontakt zum Arbeitsministerium auf und setzte die erste Rettungsaktion in Gang. Dank des Dienstausweises eines NBI-Beamten öffnete der zögernde Pförtner die Tore von Highlands, und in einer halben Stunde hatten alle Kinder die Fabrik verlassen. "Selbst die erwachsenen Beschäftigten flehten uns an, sie mitzunehmen", berichtet Alejandro.

Seither hat das KDC etwa ein Dutzend solcher Rettungsaktionen durchgeführt und Hunderte Kinder befreit. Nach einem Aufenthalt in einem Rehabilitationszentrum werden sie mit etwas Geld und dem Versprechen, wieder die Schule zu besuchen, nach Hause zurückgeschickt. Zunächst wird ihnen das KDC jedoch dabei helfen, Schadenersatz von ihren Ausbeutern zu erhalten, indem es ihren Fall vor Gericht bringt. "Später wollen wir diese Kinder dabei helfen, andere zu retten", berichtet Alejandro. Dank einer vom IBFG und seiner philippinischen Mitgliedsorganisation TUCP in Manila organisierten Konferenz können die Journalistin Mercedes und der Organisator Alejandro nun auf Hilfe für die Kinder zählen und weiter daran arbeiten, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen.

QUELLE: FREIE Gewerkschaftswelt

## MITTEL- UND OSTEUROPA - NACH DER REVOLUTION

**Armut und  
Arbeitslosigkeit  
grassiert unter  
Erwerbstätigen, ...**

1.28 Fünf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist allgemein erkannt worden, dass der Übergang vom kommunistischen System und der Reform- und Anpassungsprozess, den die mittel- und osteuropäischen Länder benötigen, um voll in die Weltwirtschaft integriert zu werden, sehr viel länger dauern und sehr viel schwieriger sein wird, als erwartet. Die meisten Übergangsländer sind durch die Auflagen der IWF- und Welt-

bankprogramme gezwungen, sich vor allem auf Stabilisierungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Privatisierung, einschliesslich grundlegender öffentlicher Dienste, zu konzentrieren. Oftmals wurden selbst die grundlegendsten Elemente des Handelsrechtes und der Reform der sozialen Sicherheit bis zur zweiten Phase zurückgestellt. Für die Beschäftigten waren der bittere Preis für die Entmachtung des alten Regimes viel zu häufig Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit sowie Versuche, die Gewerkschaften zu marginalisieren. Den offiziellen Statistiken zufolge liegt die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern bei über 10%, und die Hälfte der Arbeitslosen ist seit über einem Jahr ohne Arbeit; ältere Beschäftigte und Frauen fallen aus dem Arbeitsmarkt heraus, und eine nicht feststellbar grosse Zahl von Menschen übernimmt ungemeldete Tätigkeiten. Gleichzeitig hat es einen deutlichen Anstieg bei den Kosten für Wohnraum, Energie, Transport und andere Grundbedarfsgüter gegeben. Hinzu kommt, dass der Zusammenbruch von vielen alten Betrieben, die zuvor grosse lokale Netze sozialer Einrichtungen anboten, die soziale Stabilität von Familien gefährdete. Die Armut hat dramatisch zugenommen.

...aber die alten Eliten  
sicherten sich rasch die  
Chefposten

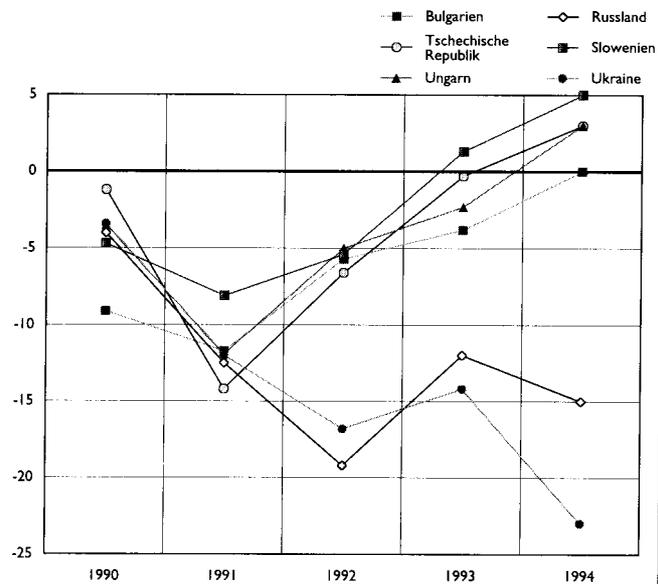
1.29 Neben dieser Armut gibt es jene, die den Übergang zu ihrem Vorteil genutzt haben. Der Mangel eines adäquaten gesetzlichen Rahmens für die Privatisierung begünstigte das Entstehen einer neuen Klasse, die sich bereichern konnte und hierzu häufig die Vetternwirtschaft und finanziellen Vorteile der alten Nomenklatura nutzte. Sie wurden die Mehrheitsaktionäre der gewinnträchtigsten Banken, der Privatisierungs- und Investmentfonds und Gesellschaften, hielten sich jedoch aus offiziellen nationalen Verhandlungsmechanismen heraus. Die multinationalen Gesellschaften in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sind zu einer starken Lobby geworden und haben sich generell darum bemüht, es zu vermeiden, Gewerkschaften anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Der auffällige Konsum dieser "neuen Elite" hat das vorherrschende Gefühl der sozialen Entwurzelung und des Misstrauens weiter genährt. Die Gewerkschaften haben beständig vor den Lücken in der Gesetzgebung, der Schwäche der Repräsentativität der Arbeitgeberorganisationen und der Desillusionierung der Wählerschaft und wachsenden Instabilität gewarnt. Erst jetzt werden sich einige Regierungen und die wichtigsten internationalen Institutionen und Organisationen der sozialen Dimension des Übergangs bewusst.

Frauen und Kinder  
sind am schlechtesten  
gefährdet

1.30 Frauen in Mittel- und Osteuropa betrachten Vollzeitarbeitsplätze immer noch als den Normalfall. Allerdings sind die Frauen von der Arbeitslosigkeit sehr viel stärker betroffen worden als Männer. Frauen sind tendenziell häufiger in der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor anzutreffen, was ihre Beschäftigungsaussichten günstig beeinflusste, obwohl sie sich häufig in den gering entlohnten Sektoren und Arbeitsplätzen finden. In manchen neuen Dienstleistungsbereichen und -tätigkeiten, wie bei den Banken und in der Tourismusbranche, ist die männliche Beschäftigung rascher gestiegen als die weibliche. Eine andere Entwicklung, die die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt beeinträchtigt, war die Schliessung von Kinderbetreuungseinrichtungen infolge der Auflösung von staatlichen Unternehmen.

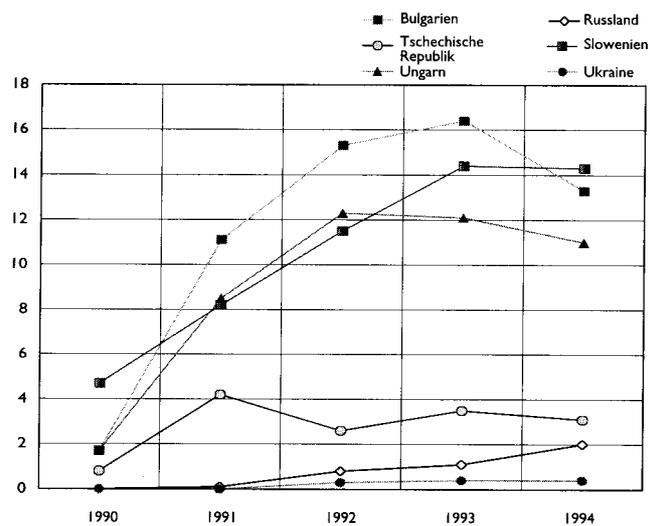
## Wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit in den Übergangsländern

### RÜCKGANG DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION IN MEHREREN ÜBERGANGSLÄNDERN, 1990 - 1994



QUELLE: IAO, EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG (EBWE)

### ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN VERSCHIEDENEN ÜBERGANGSLÄNDERN, 1990 - 1994



QUELLE: IAO

Die Angaben für Russland und die Ukraine verschleiern das hohe Ausmass der "versteckten Arbeitslosigkeit" in den Betrieben, in denen viele Beschäftigte keinen oder nur einen geringen Lohn erhalten. Aufgrund dessen ist die wirkliche Arbeitslosenquote viel höher; sie wird auf über 10% für Russland und auf 18% - 25% für die Ukraine geschätzt

Die Gewerkschaften  
ringen mit der  
Geschichte und den  
Folgen unausgewogener  
Reformen

1.31 Die Gewerkschaften in der Region haben im allgemeinen die Notwendigkeit der umfassenden Reform, einschliesslich der Privatisierung, akzeptiert. Im Gegensatz hierzu haben die in- und ausländischen Privatinvestoren eine generell feindselige Haltung gegenüber der freien gewerkschaftlichen Organisation gezeigt. Die Gewerkschaften sind jedoch allzuoft von einer Mitsprache über Tempo oder Ausmass des Wandels und der Durchführung der begleitenden Sozialprogramme, die den am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Menschen helfen sollen, ausgeschlossen worden. Dies hat zu zahlreichen Zusammenstössen mit den Regierungen geführt, insbesondere wegen der Folgen der Sparhaushalte, der Erosion von Wohlfahrts- und sozialen Dienstleistungen, schlecht durchdachten Privatisierungsplänen und des Versagens beim Aufbau solider Beziehungen der sozialen Partnerschaft und des Dialogs. Die Gelegenheit für die Regierungen, eine breit angelegte Unterstützung in der Öffentlichkeit für die Reform aufzubauen, wurde in den meisten Fällen vertan, wodurch der Aufschwung verzögert und das Vertrauen in die neu eingeführten demokratischen Verfassungen geschwächt sowie die Hoffnungen und Erwartungen der demokratischen Revolution enorm untergraben wurden. All dies, in noch düsteren Farben ausgemalt, beschreibt auch die Situation in den neuen Staaten, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion hervorgingen.

## CHRONISCHE ARBEITSLOSIGKEIT UND WACHSENDE UNGLEICHHEIT IN INDUSTRIELÄNDERN

Hohe Arbeitslosigkeit,  
Lohnkürzungen und  
Sparmassnahmen in  
Industrieländern,...

1.32 Die umfassende soziale Krise hat jetzt die am weitesten entwickelten Volkswirtschaften der Welt erreicht. Der hohe Grad der Arbeitslosigkeit aus der Rezession der frühen achtziger Jahre ist in einem quälend langsamen Tempo zurückgegangen. Insbesondere in Westeuropa liegt sie noch immer bei über 10% und steigt in den USA und in Japan. Die durchschnittlichen Löhne in der grössten Volkswirtschaft überhaupt, den USA, stagnieren seit einem Jahrzehnt und sinken für die am geringsten entlohnten und qualifizierten Menschen sogar. Aufgrund der wachsenden Zahl von Empfängern von Sozialhilfe und Leistungen der Wohlfahrtsdienste haben viele Regierungen die Höhe und den Umfang solcher Zahlungen an die ärmsten Menschen in der Bevölkerung beschnitten. Die staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit sind in vielen Ländern ebenfalls gekürzt worden.

...die Wohlhabenden  
werden jedoch  
immer reicher,...

1.33 Demgegenüber haben Steuererleichterungen für die Wohlhabenden und kräftige Gehaltserhöhungen für Führungskräfte die Kluft zwischen Reich und Arm erstmals seit einem halben Jahrhundert verbreitert. Die Dividenden des Wachstums haben das untere Drittel der Gesellschaft nicht erreicht. All dieser Druck hat die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geschürt, und rechtskonservative Extremisten, die den Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften äusserst feindlich gegenüberstehen, können beträchtliche Stimmen in den kommunalen und sogar den Landeswahlen auf sich vereinen.

...während allgemeine  
Unsicherheit  
zunimmt,...

1.34 Für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, hat die Unsicherheit zugenommen und weitere Kreise gezogen. Es ist heute sogar für einige hochqualifizierte Beschäftigte, einschliesslich Manager/innen gang und

gäbe, dass sie entlassen werden und kaum ein neuer Arbeitsplatz in Aussicht steht. In der gesamten verarbeitenden Industrie und bei den Dienstleistungen nehmen befristete, Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse zu. All dies hat besonders die Frauen in Mitleidenschaft gezogen, deren Löhne und Gehälter ein immer wichtiger werdender Teil des Einkommens der meisten Familien sind. Die Massenentlassungen betreffen vor allem die grösseren herstellenden und andere Industriebetriebe, in denen die Gewerkschaften gute Tarife und Arbeitsbedingungen ausgehandelt haben, während die meisten neuen Arbeitsplätze in den relativ kleinen Gesellschaften im Dienstleistungssektor geschaffen werden, der für die Gewerkschaften sehr viel schwerer zu organisieren und für seine unzureichenden Lohn- und Gehalts- sowie Arbeitsbedingungen berüchtigt ist. Die Tage, in denen ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst Sicherheit bot, gehören ebenfalls der Vergangenheit an. Heute privatisieren Regierungen in den Industrieländern öffentliche Dienstleistungen oder vergeben sie an Subunternehmer und wenden eine rigorose Lohn- und Gehaltsdisziplin für ihre Bediensteten an.

...besonders für Frauen

1.35 Während die Veränderungen in der Industriestruktur und auf dem Arbeitsmarkt die Zunahme der Beschäftigung von Frauen in Dienstleistungsberufen begünstigt haben, ist das Gros der neuen Arbeitsplätze tendenziell "atypisch"; es handelt sich häufig um prekäre Arbeitsformen, wie Teilzeit-, Gelegenheits- und Heimarbeit. Männer und Frauen beteiligen sich immer noch in unterschiedlicher Form am Arbeitsmarkt, und es gibt eine Kluft zwischen den Geschlechtern in allen Ländern, was die Berufe, die Fertigkeiten und das Entgelt betrifft. So sind die Teilzeitarbeitsplätze zum Beispiel extrem segregiert, und zwischen 60 und 80 Prozent dieser Arbeitsplätze werden von Frauen eingenommen. Den Arbeitsplätzen von Männern und Frauen werden nach wie vor verschiedene Werte beigemessen. Die meisten von Frauen beherrschten Tätigkeiten weisen als Merkmale einen geringen Status, ein niedriges Entgelt und ein beschränktes Potential für den Erwerb von Fertigkeiten, für die Beförderung oder die Schulung aus.

Wachsende  
Feindseligkeit  
gegenüber  
Gewerkschaften

1.36 Viele rechtskonservative Regierungen haben sich darauf verlegt, Arbeitsgesetze anzugreifen, die die Mindestbedingungen für Beschäftigungsverträge festlegen. Mindestlöhne, Abfindungen und Kündigungsfristen sind die spezifischen Ziele gewesen. In einigen Ländern, vor allem im Vereinigten Königreich und in Neuseeland, haben die Regierungen tiefgreifende Veränderungen an den Gesetzen über die Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen vorgenommen, um die Gewerkschaften und die Tarifverhandlungen zu schwächen. Politiker des freien Marktes argumentieren, dass diese Massnahmen grundsätzlich erforderlich sind, wenn Industrieländer die Arbeitslosen preislich reintegrierbar in den Arbeitsmarkt machen oder die Flexibilisierung der Arbeit erreichen wollen, die der weltweite Wettbewerb heute verlangt. Nach einem Jahrzehnt, in dem die Löhne und Gehälter langsamer stiegen als die Produktivität und die Gewinnmargen sich wieder erholt haben, gibt es allerdings keine Anzeichen für eine nachhaltige Zunahme bei den Arbeitsplätzen und eine gestiegene Wettbewerbsfähigkeit in jenen Ländern, in denen die antigewerkschaftliche, dem freien Markt verschriebene Politik vorherrscht.

## ARMUT IM LAND DES ÜBERFLUSSES

Die Schere zwischen Reich und Arm klappt in den Vereinigten Staaten enorm weit auf - jüngste Untersuchungen belegen, dass sie hier schneller als irgendwo anders immer weiter aufgeht. Drei Viertel der Einkommensgewinne entfielen in den achtziger Jahren auf die obersten 20 Prozent der Haushalte, die mittlerweile über 55 Prozent des gesamten Reichtums auf sich vereinen. Die übrigen 80 Prozent aller amerikanischen Haushalte muss sich den Rest teilen. Das reichste eine Prozent von Haushalten in den USA kontrolliert heute etwa 40 Prozent des Reichtums des Landes - diese Zahl ist doppelt so hoch wie die im Vereinigten Königreich, dem Land mit der grössten Ungleichheit in Westeuropa. In Deutschland liegt das Einkommen der Besserverdiener etwa 2,5mal höher als das der gering bezahlten Arbeitskräfte. In den USA ist die Differenz viermal so gross und steigt.

Der Lebensstandard eines durchschnittlichen amerikanischen Beschäftigten sinkt stetig. Die Reallöhne amerikanischer Industriearbeiter sind in den letzten 20 Jahren um 20 Prozent gesunken, und Millionen von guten und auch gutbezahlten Arbeitsplätzen wurden vernichtet. Von 1947 bis 1973 verdoppelte sich die durchschnittliche "Lohntüte" der amerikanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und die untersten 20 Prozent konnten die höchsten Zugewinne verbuchen. Seit 1973 jedoch sind die durchschnittlichen Einkommen um etwa 15 Prozent gefallen, und die untersten 20 Prozent der Lohnempfänger haben dabei am meisten eingebüsst. Über 40 Prozent aller Einkommensgewinne gingen an das reichste eine Prozent.

Im Vereinigten Königreich haben fast 17 Jahre konservativer Regierung eine Gesellschaft hervorgebracht, in der Armut und Ungleichheit steigen und der Bildungs- und Gesundheitsversorgungsstandard zunehmend schlechter wird. Der Anteil am Reichtum, der auf die obersten 10 Prozent der Bevölkerung entfällt, wuchs von 1976 bis 1989 von 50 Prozent auf 53 Prozent. Damit wurde der vorangegangene 50jährige Trend zur gleichmässigen Verteilung des Wohlstandes umgekehrt. Das führende eine Prozent der Bevölkerung (etwa 600.000 Menschen) verdiente 1989 pro Kopf über £250.000 (\$450.000). Die Einkommen, die die obersten 10 Prozent der Bevölkerung verdienten, stiegen von 1971 bis 1992 um 62 Prozent, während die Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung um 17 Prozent sanken.

Ein internationaler Vergleich der Verbrauchsanteile der führenden 20 Prozent und der untersten 20 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern ergibt, dass die Reichen in Indien 4,5mal soviel konsumieren wie die Armen, verglichen mit 4,9mal soviel in Indonesien, 7,3mal soviel in Jordanien, 13,6mal soviel in Mexiko, 15,6mal soviel in Simbabwe, 26,1 mal soviel in Tansania und unglaublichen 32,1 mal soviel in Brasilien.

QUELLE: AMERICAN FEDERATION OF LABOR AND CONGRESS OF INDUSTRIAL ORGANIZATIONS (AFL-CIO), UNDP, NEW YORK TIMES, INDEPENDENT

Viele Länder wählen Sozialpakete als Mittel zum Fortschritt

1.37 Im Gegensatz hierzu greifen viele andere OECD-Länder auf die Stärke zurück, die die Sozialpartnerschaft für die schwierige Aufgabe der Erreichung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik bieten kann. In mehr als zwei Dritteln der 25 Mitgliedsstaaten der OECD haben die Regierungen sich mit der Bitte um Unterstützung für die Aufstellung eines allgemein abgestimmten Rahmens für die Lohnsteigerungen als Schlüsselement von Politiken zur Stabilisierung von Inflation, Wechselkursen und dem Haushalt an die Gewerkschaften gewandt. Eine Reihe von "Sozialpaketen" enthalten daneben flankierende Massnahmen zur Ankurbelung des Beschäftigungswachstums durch Schulungsmassnahmen und andere aktive Arbeitsmarktpolitiken.

## DIE WELTWEITE ARBEITSTEILUNG: DIE VERÄNDERUNGEN - DIE FOLGEN

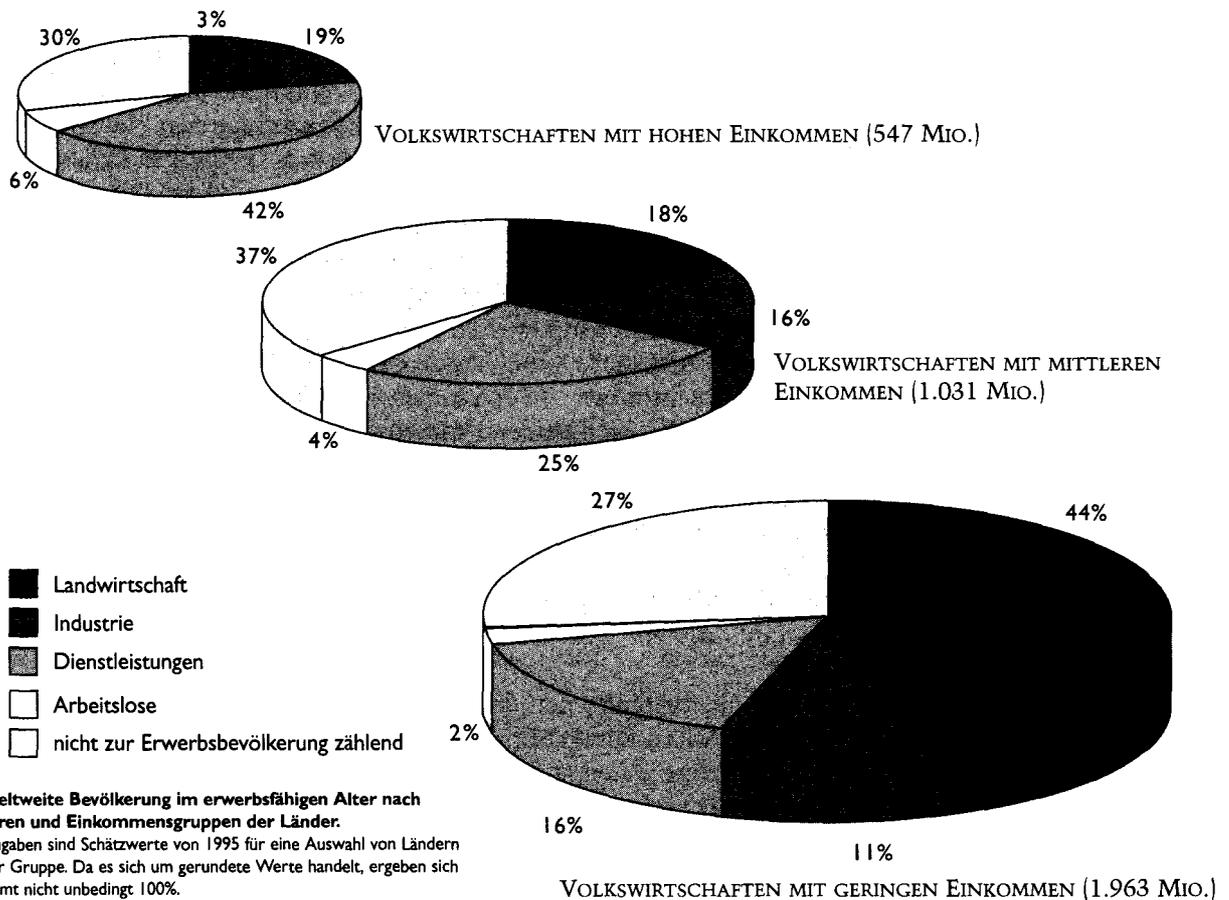
Durch Veränderungen  
auf dem weltweiten  
Arbeitsmarkt haben  
700 Millionen  
Menschen keine  
geregelt Arbeit

1.38 Von den 2,5 Milliarden erwerbstätigen Männern und Frauen in aller Welt leben 1,4 Milliarden in Entwicklungsländern, in denen jede Person ein durchschnittliches Jahreseinkommen von unter 695 US-Dollar hat. Drei von fünf Beschäftigten in den am wenigsten entwickelten Ländern arbeiten auf dem Lande, überwiegend auf ihren eigenen kleinen Farmen. Weitere 22% arbeiten im informellen Sektor. Lediglich 15%, überwiegend Beschäftigte in den städtischen Fabriken und im Dienstleistungssektor, besitzen Arbeitsverträge. In der mittleren Gruppe der Entwicklungsländer nimmt fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung formelle entlohnte Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungssektor ein. Weniger als ein Drittel ist hier noch in der Landwirtschaft beschäftigt, und etwa jede fünfte Arbeitskraft ist im ländlichen und städtischen informellen Sektor tätig. In den Industrieländern arbeiten lediglich 4% der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft, 27% in der verarbeitenden Industrie und 60% im Dienstleistungssektor. Das Gros der Beschäftigten verfügt über Arbeitsverträge, obwohl in einigen Ländern die Selbständigkeit auch zunimmt. Weltweit beträgt die Zahl der Arbeitslosen 120 Millionen; Schätzungen zufolge haben jedoch weitere 600 Millionen Menschen für den Grossteil des Jahres keine reguläre Arbeit oder ein reguläres Einkommen.

Die Landflucht  
hält an, und  
Dienstleistungsjobs  
nehmen rascher zu als  
Arbeitsplätze in der  
verarbeitenden  
Industrie

1.39 In den vergangenen drei Jahrzehnten hat der immer noch vorherrschende Anteil der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung einen stetigen Rückgang erlebt, und proportional hierzu stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Die Beschäftigung in der Industrie ist weltweit geringfügig von 19% auf 17% aller Arbeitsplätze zurückgegangen. In den Industrieländern ist die Beschäftigung in der Industrie im genannten Zeitraum deutlich von 37% auf etwa 26% der Gesamtbeschäftigung zurückgefallen, in den Entwicklungsländern ist sie von 11% auf 14% geklettert. Ein Grossteil der Expansion fand in Ost- und Südostasien statt, wo die Industrie jetzt 18% der Gesamtarbeitsplätze bietet, wobei es im Vergleich hierzu im Jahre 1965 9% waren. Heute gibt es in den Entwicklungsländern mehr Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie als in den Industrieländern; viele dieser Arbeitskräfte arbeiten in den Freien Exportzonen.

*Die Erwerbsbevölkerung in den Ländern mit niedrigen bzw. mit hohen Einkommen:  
Die Verteilung der Welterwerbsbevölkerung nach Sektoren*



**Die weltweite Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Sektoren und Einkommensgruppen der Länder.**  
Die Angaben sind Schätzwerte von 1995 für eine Auswahl von Ländern in jeder Gruppe. Da es sich um gerundete Werte handelt, ergeben sich insgesamt nicht unbedingt 100%.  
Quelle: Weltbankschätzungen, basierend auf: EBVE 1994; IAO 1986 mit aktualisierten IAO-Daten; IAO, verschiedene Jahre und Länderquellen.

QUELLE: WELTBANK, WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995

**Weltweiter Plan für Arbeitsplätze erforderlich**

1.40 Es wird damit gerechnet, dass die Erwerbsbevölkerung in den nächsten 30 Jahren um weitere 1,2 Milliarden Menschen anwächst. Wenn die Armut abgebaut werden soll, muss der Steigerung der Produktivität und der Einkommen der armen Bauern der Entwicklungsländer Priorität eingeräumt werden. Die Liberalisierung des Agrarhandels sollte zu diesem Prozess beitragen, was jedoch nur möglich ist, wenn damit ein stärkeres Bemühen um die Bewältigung solcher Probleme wie der Landreform, des Transports und der Diskriminierung von Frauen, die das Gros der Landarbeit in den Entwicklungsländern leisten, einhergeht. Allein das Ausmass des Problems der Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern bedeutet, dass Abermillionen von Arbeitsplätzen geschaffen werden müssten, um eine soziale Katastrophe zu verhindern. Um dies in einer Welt zu erreichen, in der die Industrieländer bereits etwa die Hälfte der Weltproduktion beherrschen, sind mehr positive internationale Massnahmen erforderlich als zur Zeit existieren, damit ein ausgewogenes und nachhaltiges Weltwirtschaftswachstum gewährleistet werden kann.

**Niedrigwachstum und "Verschlankung" der Industrie macht Millionen arbeitslos**

1.41 Die Industrieländer werden sich Problemen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gegenübersehen. Zur Zeit lenken sie ihre Aufmerksamkeit auf den Handel mit den schneller wachsenden Volkswirtschaften asiatischer Schwellenländer, insbesondere um die Nachfrage nach Inve-

stitutionsgütern wie beispielsweise Werkzeugmaschinen zu befriedigen. Noch für einige Zeit wird jedoch auf den Handel zwischen den Industrieländern das Gros ihrer Exportproduktion entfallen. Im Zuge der Durchführung der Massnahmen zur Handelsliberalisierung der Uruguay-Runde, verbunden mit der Abschaffung der Kontrollen des Kapitalverkehrs, wird sich allerdings der bereits intensive Wettbewerb um die Märkte vermutlich weiter zuspitzen. In den Industrieländern steigt die Arbeitslosigkeit unter den gering qualifizierten und relativ gering entlohnten männlichen Arbeitskräften, die traditionell in der verarbeitenden Industrie Arbeit fanden, die dem wachsenden Wettbewerb am meisten ausgeliefert ist. Diese Länder stehen vor der grossen Herausforderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Ausstattung der Beschäftigten mit neuen Fertigkeiten, die sie benötigen werden. Wenn das Wachstum in den Industrieländern nachlässt oder sich nicht über die ost- und südostasiatische Region hinaus auf andere Entwicklungsländer ausbreitet, könnte sich die Arbeitsplatzkrise in den Industrieländern selbst verschärfen.

Versagen des freien  
Marktes

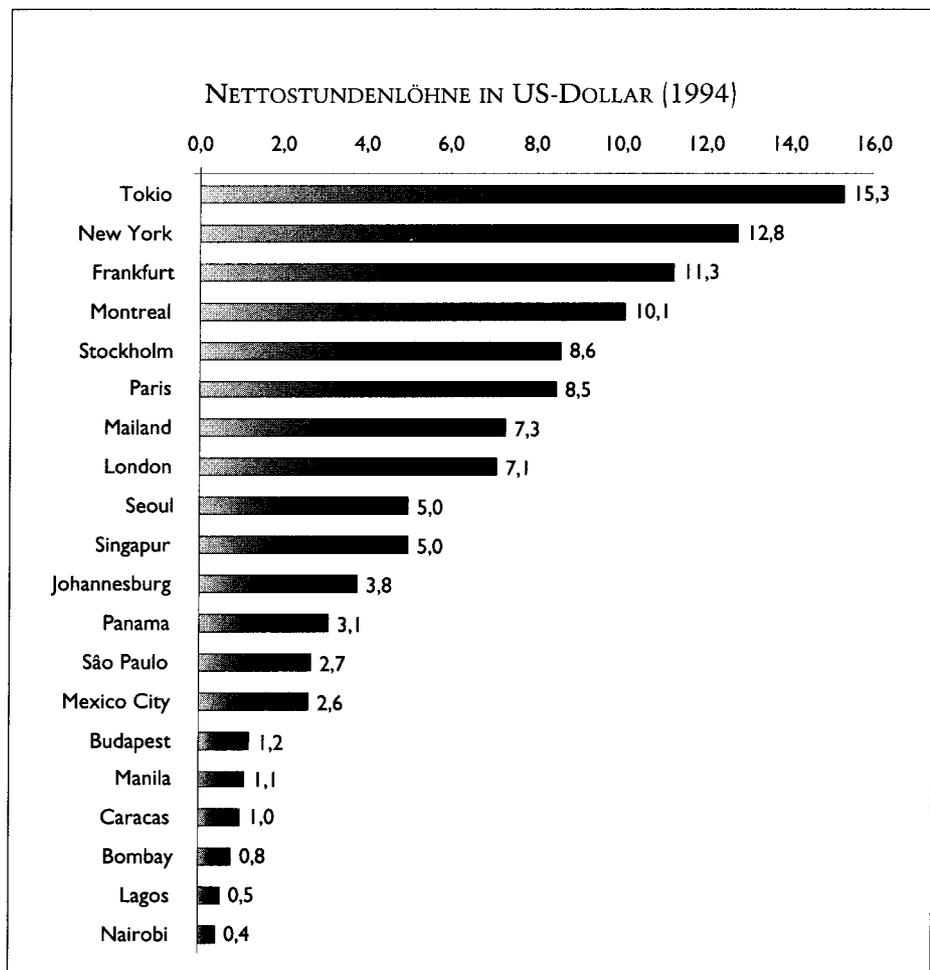
1.42 Die Regierungen in jenen Ländern, die Massnahmen des freien Marktes durchgeführt haben, wie zum Beispiel Kürzungen bei den Löhnen und Gehältern und den Sozialleistungen, behaupten, dass infolge ihrer Politiken Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Das bisherige Ergebnis ist, dass es eine Zunahme bei Arbeitsplätzen gibt, die unsicher sind, eine Teilzeit- oder befristete Beschäftigung anbieten und gering entlohnt werden sowie schlechte Arbeitsbedingungen aufweisen.

Politische  
Konsequenzen der  
Sozialkrise

1.43 In den USA und im Vereinigten Königreich gibt es darüber hinaus beunruhigende Anzeichen für die Verbreiterung der Entgeltgräben zwischen den Ungelernten und den höheren Einkommensgruppen. Dieses Versagen der freien Marktlösung war das Hauptthema des Beschäftigungsgipfels von Detroit 1994. Die Industrieländer standen vor dem "diabolischen Dilemma" der Massenlangzeitarbeitslosigkeit oder der Schaffung

einer neuen grossen Unterklasse erwerbstätiger, armer Menschen. Beide Alternativen sind sozial und politisch gefährlich; beide führen zu einer massiven Vergeudung von Humanressourcen und schaffen einen fruchtbaren Boden für antidemokratische, extremistische Politiker/innen und das organisierte Verbrechen. Ebenso besorgniserregend ist die Tendenz mancher rechtskonservativer Politiker/innen in der Regierung, die versuchen, die Aufmerksamkeit von den katastrophalen Folgen ihrer Freimarktpolitiken abzulenken, indem sie Ausländer/innen und die Institutionen der internationalen Zusammenarbeit zum Sündenbock erklären.

### Löhne in aller Welt



QUELLE: SCHWEIZERISCHER BANKVEREIN, PRICES AND EARNINGS AROUND THE GLOBE

### Umweltschutz durch Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze

1.44 Eine gemeinsame Weltpolitik für Wirtschaftswachstum ist vonnöten für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und besseren Beschäftigungsaussichten für die jetzige und die nächste Generation von Lohnabhängigen. Das Wirtschaftswachstum, das wir jedoch kennen, verursacht Probleme im Bereich der Umwelt. Der wachsende Einsatz von Rohstoffen und die zunehmende Verschmutzung von Land, Gewässern und der Atmosphäre wird nicht nur Probleme für diese Generation schaffen, sondern auch Folgen für die Aussichten und die Möglichkeiten der kommenden Generationen haben. Die Regierungen sind daher verpflichtet, Regeln und Massnahmen in eine Weltpolitik für Wirtschaftswachstum aufzunehmen, die eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Entwicklung

sicherstellen werden. Diese Regelungen und Massnahmen sollten garantieren, dass die Lohnempfänger/innen an ihrem Arbeitsplatz keinen Gefahrstoffen und gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt werden. Die gleiche Garantie sollte für die Umwelt als Ganzes gewährleistet werden. Gewerkschaften können und werden nicht akzeptieren, dass Beschäftigte in aller Welt aufgrund des Wettbewerbs unzureichenden Umweltnormen ausgeliefert sind.

### *DIE LEHREN AUS DER TRAGÖDIE VON BHOPAL*

Wie viele Menschen starben durch die Gasexplosion in Bhopal? Wie viele wurden verletzt? Welche langfristigen gesundheitlichen Konsequenzen hatte diese schlimmste Industriekatastrophe in der Geschichte?

Welche Lehren kann die Gewerkschaftsbewegung bei der Planung von Massnahmen zum Umweltschutz in der Post-Rio-Ära ziehen? Diese Fragen sind den Gewerkschaften sehr ernste Anliegen. Am 3. Dezember 1984 entwich eine Methylisocyanat-Wolke (MIC) aus der Pestizid-Fabrik von Union Carbide in Bhopal (Indien) und tötete mindestens 2.500 Menschen. 200.000 Menschen wurden verletzt. Jetzt kommen Berichte aus Bhopal, wonach seither aufgrund dieser Giftgaswolke 25.000 Menschen gestorben sind. Das massive Auftreten von Erkrankungen, verursacht durch das entwichene Gas, dauert fort. Für viele arme Slumbewohner, die die Nacht überlebten, als 40 Tonnen MIC und anderer Giftgase aus einem Vorratstank entwichen, ist das Leben zur Hölle geworden - völlig geschwächt und entstellt von den gesundheitsschädlichen Langzeitfolgen des Giftgases.

Bhopal ist ein Synonym für den Mangel an Sorge um das Wohlergehen und die Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Menschen in der Nachbarschaft. Es unterstreicht auch die Tätigkeit von multinationalen Gesellschaften, die, frei von allen Auflagen, gleichgültig angesichts des unzureichenden Schutzes sind, den sie den schwächsten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern bieten, oder besser vorenthalten. Vom Brand in der Spielzeugfabrik Kader in Thailand bis hin zu den vielen Industrieunfällen in China waren es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Preis der Globalisierung mit ihrem Leben bezahlen mussten. Die grossen multinationalen Gesellschaften (MNG) mit einem gemeinsamen Umsatz von über US\$ 5 Billionen müssen, wie alle Arbeitgeber, ihre Verantwortung anerkennen, angemessene Arbeitsschutzsysteme für den Schutz ihrer Beschäftigten anzubieten.

Der IBFG und die ICEF untersuchten seinerzeit die Katastrophe von Bhopal und gaben darüber einen Bericht heraus. Der IBFG hat auch einen Bericht unter dem Titel "Gibt es ein Bhopal in ihrer Nähe" herausgegeben, in dem 14 gewerkschaftliche Grundsätze für die Vermeidung von Chemiekatastrophen weltweit genannt wurden. Eines der wichtigsten und am weitestreichenden akzeptierten Prinzipien hat die bedeutungsvolle Beteiligung von Beschäftigten und ihren Vertreter(inne)n als eine Grundvoraussetzung für ein angemessenes Management von Arbeitsschutz und Umwelt zum Inhalt. Dies könnte neben der Beteiligung der Gemeinschaft - einer Politik der "offenen Tür" - die Tragödie von Bhopal verhindert haben.

Anschliessend wurden im Zuge der IAO-Arbeit ein Übereinkommen und eine Empfehlung über die Sicherheit bei der Verwendung chemischer Stoffe bei der Arbeit (Übereinkommen 170) 1990 verabschiedet. Im Juni 1993 verabschiedete die IAO eine weitere wichtige Urkunde, das Übereinkommen 174 über die Verhütung von industriellen Störfällen. Darüber hinaus haben die OECD-Länder eine Einigung über neue internationale Richtlinien für die Verhinderung von chemischen Unfällen, das Vorbereitetsein und die Reaktion erzielt. Sie wurden unter Einbeziehung der Gewerkschaften entwickelt.

In Indien selbst veranlasste der Druck seitens INTUC, HMS und anderen Gewerkschaften die Regierung dazu, die Gesetze über die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Umwelt zu überarbeiten. Alle nationalen paritätischen Ausschüsse von Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Stahl-, Kohle-, Chemie- und Erdölindustrie sowie dem Kohlebergbau fassen mittlerweile verbindliche Beschlüsse zu Arbeitsschutz- und Umweltfragen, und alle nationalen Tarifverträge weisen dieses Thema als einen wichtigen Bestandteil auf.

QUELLE: IBFG

Zunehmende  
Auftragsvergabe an  
Subunternehmer  
unterminiert  
Arbeitsplatzsicherheit  
und  
Wohlfahrtsprogramme

1.45 Die Internationalisierung der Wirtschaft und die technologische Revolution haben dazu beigetragen, ein Netzwerk kleiner und mittlerer Subunternehmer und externer Hersteller aufzubauen (wobei ein wachsender Anteil der Produktion in Heimarbeit erfolgt, und zwar in Bereichen, die sich vom Druckerei- und Verlagswesen über Bekleidung und Schuhe bis hin zu Kfz-Teilen und Mikrochips erstrecken. Die Telearbeit und die überseeische Datenverarbeitung haben ebenfalls zugenommen (z.B. der Transfer der Swissair-Reservierungen nach Indien). Dies bedeutet, dass immer mehr Beschäftigte nicht unter die normale Arbeitsgesetzgebung fallen und keinen Anspruch auf soziale Garantien von seiten des Staates oder formelle Beschäftigungsleistungen, wie zum Beispiel Mindestarbeitsbedingungen und sozialer Sicherungsschutz, haben. Ein grosser Teil der Beschäftigten, die Auftragsarbeit leisten, weiss nicht, wer der eigentliche Arbeitgeber ist - häufig eine transnationale Gesellschaft. Diese Beschäftigten bleiben auch unsichtbar. Sie werden weder in den Arbeitsstatistiken berücksichtigt, noch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anerkannt. Es ist ausserdem sehr schwierig für die Gewerkschaften, sie zu identifizieren und zu organisieren. Das prekäre Wesen dieser Tätigkeiten wird durch die ständige Suche von Investoren und Herstellern nach immer geringeren Produktionskosten noch betont. Wenn Länder die Löhne oder die Arbeitsbedingungen anheben, vergeben die Hersteller die Produktionsaufträge an Länder, in denen die Arbeitskräfte billiger sind und die Arbeitsgesetzgebung weniger streng ist.

Höchste Zeit, sozialen  
Prioritäten wirklich  
Vorrang einzuräumen

1.46 Eine Abkehr von solchen gefährlichen Tendenzen in den Industrieländern und den Entwicklungsländern setzt voraus, dass die Politikerinnen und Politiker einsehen, dass Veränderungen bei der weltweiten Arbeitsteilung nicht der Willkür der Marktkräfte überlassen werden können. Um sicherzustellen, dass die Kaufkraft der Beschäftigten im Einklang mit der Ausweitung der Produktivität, insbesondere in den Entwicklungsländern, ansteigt, müssen die Gewerkschaften über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen verfügen. Darüber hinaus muss es eine weltweite Kampagne geben, um die Botschaft zu vermitteln, dass Investitionen in Bildung, Gesundheit, Transport und andere lebensnotwendige Elemente des Wachstums angehoben werden müssen, indem die Haushaltsmittel von Industrieländern von den Militärausgaben weg- und zu mehr und besser zielgerichteten Hilfspolitiken hingeleitet werden. Die internationale Unterstützung, die sowohl den Entwicklungs- als auch den Übergangsländern gewährt wird, muss Raum schaffen für einen dauerhafteren Aufschwung, der weniger von den Exporten und den internationalen Finanzmärkten abhängt, als vielmehr mit langfristigen Investitionen und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die armen Bevölkerungsschichten verbunden ist. Eine solche Unterstützung sollte auch auf die Länder gerichtet sein, die die grundlegenden Arbeitnehmerrechte achten und Systeme der demokratischen Rechenschaftspflicht entwickeln, die verhindern, dass die Reichen und Mächtigen die knappen Steuermittel in korrupter Weise wegschleusen können, die dazu gedacht sind, die Armut zu dämpfen.

Stärkere und bessere  
internationale  
Koordinierung für  
Wachstum  
unerlässlich...

1.47 Die Industrieländer müssen zusammenarbeiten für die Anhebung und Aufrechterhaltung von Wachstumsraten und zur Vermeidung der Gefahr, dass unkoordinierte Politiken, die sich im wesentlichen auf die Vermeidung jeglicher Zunahme der Inflation stützen, die Welt in einer Phase des langjährigen Niedrigwachstums gefangenhalten, wodurch das Gros der nächsten Generation zur Armut verurteilt wird. Sie werden auch mehr Mittel bereitstellen müssen, um den Arbeitskräften zu hel-

fen, die durch den technologischen Wandel und die Veränderungen im Handel freigesetzt werden, so dass sie neue Fertigkeiten erwerben und neue Arbeitsplätze finden können.

## DIE SICH WANDELNDE ARBEITSWELT

...ebenso wie verstärkte  
Zusammenarbeit auf  
dem Arbeitsmarkt

1.48 Die Herausforderung, vor der die Gewerkschaften in der Ära der Globalisierung des Handels stehen, besteht darin, sicherzustellen, dass der Notwendigkeit, enorme und rasche Veränderungen in der Art der Arbeit und auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen, Rechnung getragen wird, ohne die Ziele der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit zu opfern. Wir müssen die Regierungen davon überzeugen, dass es entscheidend ist, umgehend zu handeln, um das Weltwirtschaftswachstum anzukurbeln und gleichmässiger zu verteilen. Die völlige Deregulierung der Arbeitsmärkte verschärft die Probleme der Länder bei der Anpassung an den Wandel. Die Probleme werden gelöst, wo Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber kollektiv danach streben, die Arbeitsinstitutionen zu stärken, damit den Einzelpersonen und Gemeinwesen durch Schulungs- und arbeitsplatzschaffende Programme Unterstützung geboten wird.

Technologie verändert  
die Arbeit in aller Welt

1.49 Der rasche Wandel in der Technologie und im Handel hat dramatische Konsequenzen für die Märkte in aller Welt. Die alten Systeme der Massenherstellung von Standardprodukten werden ersetzt durch Methoden, die kürzere Produktionszeiten und differenziertere Produkte ermöglichen. Die Gesellschaften konzentrieren sich darauf, wie sie die Lagerbestände, die sie sowohl von Bauteilen als auch von Fertigprodukten unterhalten, durch eine sorgfältige Planung von fertigungssynchronen ("Just-in-time") Lieferungssystemen reduzieren können. Analog hierzu zielen sie auch darauf ab, die Kosten zu senken, indem sie die Zahl der Mängel an den Endprodukten reduzieren und häufig die Verantwortung für die Qualitätskontrolle über solche Techniken wie "Qualitätszirkel" vom Aufsichtspersonal auf die Produktionsarbeiter/innen verlagern. Sonderdienste werden bei aussenstehenden Zulieferern in Auftrag gegeben. Diese Revolution in der Produktionstechnik und bei den Managementpraktiken betrifft sowohl die verarbeitende Industrie als auch den Dienstleistungssektor und die öffentlichen Dienste. Wenngleich sie in den Industrieländern weiter vorangeschritten ist, verbreitet sie sich ebenfalls rasch, besonders in den schneller wachsenden Entwicklungsländern.

Erfolgreiche  
Unternehmen  
brauchen starke  
Gewerkschaften

1.50 Es wird jedoch am Arbeitsplatz sein, wo die Gewerkschaften beweisen müssen, dass die Verwirklichung der Hoffnungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Erfolg der Unternehmen untrennbar miteinander verbunden sind, und es wird am Arbeitsplatz sein, wo die Gewerkschaften zeigen können, wie wertvoll die Partnerschaft beim Herangehen an die Herausforderung des Wandels auf Betriebsebene ist. Eines der grossen Ziele besteht für den IBFG in den kommenden Jahren darin, sicherzustellen, dass das grundlegende Menschenrecht, einer Gewerkschaft beizutreten und kollektiv mit dem Arbeitgeber zu verhandeln, universell als ein Eckpfeiler der Politik eines Landes zugunsten eines positiven wirtschaftlichen Wandels anerkannt wird.

Neue Gewerkschafts-  
strategien für eine  
neue Arbeitswelt

1.51 Diese Veränderungen am Arbeitsplatz haben enorme Auswirkungen auf die Beschäftigten, die die Erwartung an ihre Gewerkschaften richten, neue Methoden des Verhandeln zu entwickeln, um mit den neuen Problemen und Chancen, die diese wiederum schaffen, selbst zu Rande zu kommen. Einerseits bietet der Schritt weg von den standardisierten einfachen Arbeitsaufgaben hin zu Prozessen, die die Beschäftigten in den Stand versetzen, mehr Verantwortung für die Produkte oder die Dienstleistungen, die das Unternehmen verkauft, zu übernehmen, auch neue Möglichkeiten für interessantere und lohnendere Tätigkeiten. Andererseits sind solche Arbeitsplätze normalerweise relativ rar, und viele Beschäftigte werden zur Annahme von kurzfristigen, in höchstem Masse unsicheren Verträgen mit kleinen Anbietern von Dienstleistungen gedrängt. In dem Masse, in dem die Regierungshaushalte unter Druck geraten, sehen sich die Beschäftigten im öffentlichen Sektor sehr ähnlichen Problemen gegenüber, wie nämlich die Arbeit so neu gestaltet werden kann, dass ein qualitativ besserer Dienst geboten wird und gleichzeitig die Unsicherheit angegangen wird, die durch die Auftragsvergabe nach aussen und die Privatisierung entsteht.

Einige  
Gewerkschaftserfolge,  
aber Mitgliederstand  
nach wie vor rückläufig

1.52 Einige Gewerkschaften waren imstande, Tarifverträge ganz neuer Art auszuhandeln, geeignet für eine Managementphilosophie der Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an einer Vielzahl von Themen, unter die zum Beispiel die Gestaltung von Arbeitssystemen und selbst Kundenbeziehungen fallen können. Allerdings tendieren solche Verträge dazu, eine stets geringere Zahl von "Kernbeschäftigten" in einigen wenigen führenden Gesellschaften abzudecken, und so bleibt den Gewerkschaften die schwierige Aufgabe zu versuchen, eine grosse Zahl von Beschäftigten, die in kleinen Dienstleistungsbetrieben verstreut sind, zu organisieren und ihnen einen immer individuelleren Dienst anzubieten. Darüber hinaus hat die sogenannte "Entschichtung" des Managements zu umwälzenden Veränderungen bei der Art der Beschlussfassung in Gesellschaften geführt, und es wurde für die Gewerkschaften schwieriger herauszufinden, wo die zuständigen Manager sich befinden, mit denen sie zu verhandeln hätten, weil ein ganzes Netz von miteinander in Beziehung stehenden Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen sich häufig über die ganze Welt erstreckt.

<p>Tarifverhandlungen ändern sich mit der Globalisierung</p>	<p>1.53 Für die Beschäftigten verändert das Phänomen der Internationalisierung die gesamte Struktur ihrer vertraglichen Beziehungen zu ihren Arbeitgebern, und zwar auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Auch die Rolle des Staates und damit der dreigliedrigen Beziehungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften verändert sich dadurch. Infolgedessen sehen sich die Gewerkschaften vor die Herausforderung gestellt, neue Wege zu finden, um das neue internationale Klima zu beeinflussen und mitzugestalten, das die Arbeitsmärkte bestimmt, und neue Wege der Verhandlungen mit Arbeitgebern zu finden, die weniger Interesse an standardisierten Tarifverträgen haben, die in standardisierte Produktionssysteme passen würden.</p>
<p>Ohne Gewerkschaften, Arbeitnehmer-Arbeit- geberbeziehungen weiterhin unfair und unproduktiv</p>	<p>1.54 Allerdings ist eines der wesentlichen Merkmale der neuen weltweiten Arbeitsteilung geblieben. Die/der einzelne Arbeitnehmer/in hat immer noch einen beträchtlichen Nachteil in ihren oder seinen Beziehungen zum Arbeitgeber, wenn sie/er sich nicht auf die kollektive Unterstützung von anderen Beschäftigten über eine Gewerkschaft verlassen kann. Viele Gesellschaften erkennen, dass dieses Machtungleichgewicht die Beziehung des Vertrauens und der Zusammenarbeit unterminiert, die für die neuen Systeme der Arbeitsorganisation und des strategischen Planens entscheidend ist, derer es wiederum bedarf, um auf einem von Wettbewerb geprägtem Weltmarkt erfolgreich zu sein. Andere fürchten eine Verwässerung der Managementkontrolle oder sind einfach nicht bereit, langfristige Investitionen in Veränderungen der Managementpraktiken zu tätigen, die für einen echten "Teamwork"-Ansatz erforderlich wären.</p>
<p>Neue Partnerschaften für eine konstruktive Zusammenarbeit</p>	<p>1.55 Tarifverhandlungen schliessen Elemente des Konfliktes und der Kooperation ein. Die Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten sind unterschiedlich, und während die Gewerkschaften es vorziehen, Konflikte zu vermeiden, müssen sie dennoch stets zum Kampf bereit sein. Gewerkschaften und viele Unternehmen wissen auch, dass die wirksamsten Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Management jene sind, die zwischen einer starken Gewerkschaft und einem innovativen Management entwickelt werden, denen es um den langfristigen Erfolg der Geschäftstätigkeit geht. Das grundlegende Menschenrecht, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen und über die Gewerkschaft über einen angemessenen Gegenwert für die eigene Arbeitskraft zu verhandeln, ist somit ein Grundstein für den konstruktiven Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Eine der grössten neuen Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung besteht darin, die Rolle der Gewerkschaften am Arbeitsplatz im Rahmen von Regeln, die die Regierungen für das Funktionieren der Weltwirtschaft setzen, zu sichern.</p>

## *DIE VERPFLICHTUNGEN DES WELTGIPFELS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG*

- Verpflichtung 1 Wir verpflichten uns, wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die **es den Menschen ermöglichen, eine soziale Entwicklung zu erreichen...**
- Verpflichtung 2 **Wir verpflichten uns dem Ziel der Beseitigung der** Armut in der Welt durch entschiedene innerstaatliche Massnahmen und internationale Zusammenarbeit als moralische, soziale, politische und wirtschaftliche Pflicht der Menschheit...
- Verpflichtung 3 Wir verpflichten uns, dem Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegender Priorität unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik Vorschub zu leisten...
- Verpflichtung 4 Wir verpflichten uns, der sozialen Integration durch die Förderung von Gesellschaften Vorschub zu leisten, die stabil, sicher und gerecht sind und auf der Förderung und dem Schutz **aller Menschenrechte basieren, ebenso wie auf Nichtdiskriminierung, Toleranz, der Achtung der Verschiedenartigkeit, Chancengleichheit, Solidarität, Sicherheit und Mitwirkung aller Menschen, einschliesslich benachteiligter und schwacher** Gruppen und Personen...
- Verpflichtung 5 Wir verpflichten uns, der uneingeschränkten Achtung der menschlichen Würde Vorschub zu leisten und für Frauen und Männer Gleichstellung und Gerechtigkeit zu erreichen...
- Verpflichtung 5 Wir verpflichten **uns, die Ziele eines universellen und gerechten** Zugangs zu qualitativ guter Bildung, eines bestmöglichen körperlichen und **geistigen gesundheitlichen Zustandes und eines** Zugangs aller zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung zu fördern und zu erreichen...
- Verpflichtung 7 Wir verpflichten uns, die wirtschaftliche, soziale und arbeitskräftemässige Entwicklung Afrikas und der am wenigsten entwickelten Länder zu beschleunigen...
- Verpflichtung 8 Wir verpflichten uns, dafür zu sorgen, dass vereinbarte Strukturanpassungsprogramme soziale Entwicklungsziele beinhalten, insbesondere die Ausmerzung der Armut, die Förderung produktiver Vollbeschäftigung und die Begünstigung einer sozialen Integration...
- Verpflichtung 9 Wir verpflichten **uns, die für die soziale Entwicklung bereitgestellten Ressourcen beträchtlich zu** erhöhen und/oder effizienter zu nutzen...
- Verpflichtung 10 Wir verpflichten uns einem verbesserten und gestärkten Rahmen für die internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit mit Blick auf die soziale Entwicklung...

QUELLE: VEREINTE NATIONEN

## KAPITEL 2: SOLIDARITÄT AUFBAUEN, ARMUT BEKÄMPFEN, ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

### SOZIALE ENTWICKLUNG UND MARKTLIBERALISIERUNG

Regierungen schauen den Finanzmärkten zu, während Milliarden Menschen ohne Arbeit in Armut leben

2.1 Die Weltwirtschaft wächst viel zu langsam, als dass sie genügend Arbeitsplätze schaffen oder eine echte Wirkung auf die Armut haben könnte. Die Aussichten für Afrika sind düster; Russland und viele der mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Republiken der ehemaligen Sowjetunion müssen der Phase des steilen Niedergangs erst noch entkommen; der Aufschwung in Lateinamerika wirkt zerbrechlich; und in den Industrieländern hat sich hohe Arbeitslosigkeit festgesetzt. Allein in den rasch wachsenden asiatischen Volkswirtschaften werden Arbeitsplätze in einem Tempo geschaffen, das die Ausweitung der Armut eingrenzen kann; in den restlichen asiatischen Ländern jedoch leben Millionen hungrige Menschen, Millionen im Elend. Ein neuer Ansatz bei der Weltwirtschaftspolitik wird dringend benötigt - die mächtigsten Regierungen dieser Welt scheinen jedoch im Würgegriff der allmächtigen Finanzmärkte gefangen zu sein.

Sozialgipfel unterstreicht Notwendigkeit politischer Kurswende,...

2.2 Als Reaktion auf diese globale Krise hat der Weltgipfel für Soziale Entwicklung von Kopenhagen, die grösste Versammlung von politischen Führer/innen in der Geschichte der Welt, die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Armut zu bekämpfen, Solidarität aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Was jetzt benötigt wird, ist eine Wirtschaftsstrategie zur Erreichung dieser Ziele, die die Versprechungen über mehr Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken in die Tat umsetzt. Die mexikanische Finanzkrise und der Zusammenbruch der Barings Bank unterstrichen den dringenden Handlungsbedarf zu den Diskussionsthemen des Gipfels. Die Versprechen der Regierungen, sich der dort aufgestellten sozialen Prioritäten anzunehmen, müssen eingelöst werden. Das Dogma des freien Marktes, motiviert durch Habgier, verursacht eine politische Lähmung, die entlarvt werden muss, da sie lediglich den Interessen der Machteliten dient und gleichzeitig die soziale Entwicklung untergräbt.

...aber Liberalisierung und Stabilität dominieren noch immer

2.3 Die Tätigkeit aller grossen Akteure der Weltwirtschaftsszene - die wichtigsten Industriestaaten, der IWF, die Weltbank, die OECD - lässt eine tiefe ideologische Bindung an die Liberalisierung der Märkte und die Geldwertstabilität erkennen. Da die meisten Entwicklungs- und Übergangsländer von den IWF-Programmen abhängig sind, die sich auf diese rigiden Theorien stützen, haben sie sich an diese ideologische Linie zu halten. Hier spiegelt sich zum Teil wider, wie rechtskonservative Politiker und Wirtschaftler die G-7-Staaten seit den späten 70er Jahren geführt haben. Die eigentliche Macht liegt jedoch beim Geldmarkt. Die Regierungen sind darauf reduziert, eine Art Wartungsdienst zu leisten, und die Zinssätze je nach Markterfordernissen zu erhöhen oder zu senken.

## *DER BITTERE PREIS FÜR DAS NIEDERREISSEN DES EISERNEN VORHANGS*

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) rechnet damit, dass es 35 Jahre dauern wird, bis die osteuropäischen Einkommen auch nur halb so hoch sein werden wie die durchschnittlichen westlichen Einkommen. Die Kluft verbreiterte sich, obwohl **die Wachstumsrate in den westeuropäischen Ländern** nicht hoch gewesen ist, denn der Produktions- und Beschäftigungsumfang in Mittel- und Osteuropa sank in sämtlichen Volkswirtschaften in den neunziger Jahren beträchtlich. **Durch den Niedergang der alten Zentralplanwirtschaften in den achtziger Jahren war die Wachstumsrate bereits deutlich eingebrochen.** Nach den demokratischen Revolutionen von 1989 bis 91 und der Einleitung des Übergangs zur Marktwirtschaft ist der Lebensstandard des Gros der Bevölkerung aufgrund des Zusammenbruchs der alten Mechanismen und des schmerzhaft langsamen Aufbaus neuer Institutionen und Organisationen noch weiter zurückgefallen.

Die IAO **schätzt, dass die reale Arbeitslosenquote in Russland** mit Sicherheit über 10% liegt. In Bulgarien, wo der reale Mindestlohn 1991 halbiert wurde, verfügten Mitte 1992 73% der Haushalte über ein Einkommen, das unter dem sozialen Mindesteinkommen lag. In Polen verfügen mehr als 50% der Bevölkerung nur über Einkommen, die unter der Armutsgrenze liegen. Der Mindestlohn deckt heutzutage 20% des Mindestüberlebensbedarfs in Russland ab, 24% in Albanien, 61 % in Estland, 64% in Ungarn und 70% in Polen. Die Produktion wird in den Übergangsländern 1994 um 8,3% und 1995 schätzungsweise um 2,1 % gefallen sein. In den meisten Übergangsländern werden die enormen Probleme der Arbeitslosigkeit und der Armut weitenteils von der nationalen Regierung und den internationalen Organisationen ignoriert. Laut Angaben der UNICEF sind von 1989 bis 1993 aufgrund der Verbreitung von Krankheiten und der Zunahme von Todesfällen durch Unfälle, Vergiftungen und Mord die Sterberaten in Bulgarien um 12% und in Russland um 32% gestiegen.

Das Realeinkommen der russischen Bevölkerung verfiel um weitere 5% in der ersten Jahreshälfte 1995, so dass die Zahl der Russinnen und Russen, die mittlerweile unter die Überlebensmindestgrenze fallen, auf 46,5 Millionen geklettert ist - 31 % der Bevölkerung bzw. jede/r dritte/r Russin bzw. Russe ist heute arm. Der nominale Durchschnittslohn von Anfang 1995 lag nicht über 360.000 Rubel. In diesem Zeitraum gingen 38% **des nationalen Einkommens an die wohlhabendsten 10% der Bevölkerung, während lediglich 2,3% an die 10% der Bevölkerung gingen, die die Gruppe mit geringen Einkommen bilden.**

Die wirtschaftliche Instabilität und der ständig fallende Lebensstandard der riesigen Mehrheit der russischen Bevölkerung hat zur Emigration geführt. Etwa 60% der aus Moskau ins Ausland abwandernden Menschen sind qualifizierte Fachleute. Über 4.000 Wissenschaftlerinnen sind allein in den letzten beiden Jahren in die **Vereinigten Staaten ausgewandert Die Kosten der jährlichen Verluste, die die** Länder der ehemaligen UdSSR durch den Weggang dieser geistigen Kapazität erleiden, werden von den Vereinten Nationen mit etwa US\$ 50 Milliarden veranschlagt

QUELLE: EBNE UND IAO

Kurzfristige Aussichten  
auf den Kapitalmärkten  
fördern Spekulation...

2.4 Die Abhängigkeit von den Zinssätzen ist das Ergebnis der Finanzde- regulierung in den 80er Jahren und der politischen Entscheidung, einer niedrigen Inflation Vorrang vor einer niedrigen Arbeitslosigkeit zu geben. Der radikale Abbau der Kontrolle der Kapitalbewegungen hat den ersten wirklich weltweiten Markt der Welt geschaffen. Etwa eine Billion US- Dollar werden auf diesem Markt täglich bewegt - weit mehr als die ge- meinsamen Reserven aller grossen Zentralbanken. Letztere können nur wenig tun, um die Wechselkurse auf einer Ebene zu halten, die der wirt- schaftlichen Realität entspricht. Das bedeutet, dass selbst Grossunter- nehmen auf diesem Markt aktiv sein müssen, um sicherzustellen, dass sie keine Geldverluste durch Veränderungen bei den Wechselkursen er- leiden. Ihre Finanzstrategie peilt die kurzfristige Spekulation anstelle der langfristigen Investition an.

...und zwingen  
Regierungen zu  
Deflationsmassnahmen

2.5 Auch die Regierungen sind in diesen Zeitzwängen gefangen. Ein rascheres Wachstum würde die Arbeitslosigkeit reduzieren und die Defizite mittelfristig verringern, aber den Regierungen graut vor der Reaktion der Spekulanten auf einen kurzfristigen Boom der Wirtschaft durch Steuerkürzungen oder die Heraufsetzung der öffentlichen Ausgaben. Der Besänftigung der Spekulanten dienten deflationäre Politiken, die den wirtschaftlichen Aufschwung bremsen, die Zunahme von Arbeitsplätzen im Keim ersticken und die Ungleichheit in allen Teilen der Welt anheizen. Verschiedene politische Parteien haben versucht, dies auf unterschiedliche Art und Weise anzugehen; einige haben versucht, die am meisten benachteiligten Gruppen der Bevölkerung vor den härtesten Folgen der Haushaltseinsparungen zu schützen. Niemand konnte jedoch die Zwangsjacke der internationalen Finanzmärkte lockern.

Schuldenkrise  
schwelt weiter

2.6 Der Fortbestand der Aussenverschuldung in riesigem Umfang in vielen Entwicklungsländern, und vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, stellt ein Hindernis für die Bemühungen zur Stabilisierung der Volkswirtschaften dar. Jedes Kind, das in diesen Ländern auf die Welt kommt, wird in die Verschuldung geboren. Der Versuch, die Probleme in diesen Ländern zu lösen, einschliesslich der Folgen der Internationalisierung der Wirtschaft, ist utopisch, wenn nicht Lösungen für das Schuldenproblem gefunden werden.

Konzertierte  
internationale  
Massnahmen  
unerlässlich

2.7 Die Gewerkschaften mussten sich der Tatsache stellen, dass eine geänderte Zusammensetzung der Regierung kaum eine Wirkung auf die makroökonomische Politik hatte. Die wirtschaftliche Globalisierung hat dafür gesorgt; an jedem siebten Aktienkauf weltweit ist ein ausländischer Käufer beteiligt, so dass einzelstaatliche Regierungen die Kontrolle der Kapitalströme nicht wieder einführen können, da dies den Exporten und den Investitionen schaden und Arbeitsplätze vernichten würde. Massnahmen gegen die Wechselkursschwankungen und für ein Wirtschaftswachstum - der einzige Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Reduzierung der Armut - verlangen eine konzertierte Aktion von den drei grossen Wirtschaftsmachtblöcken Nordamerika, Japan und Europa. Darüber hinaus bedarf es einer breiten Unterstützungsbasis in den Entwicklungsländern, wenn die sozialen Prioritäten, die der Gipfel von Kopenhagen definiert hat, nicht von finanziellen Zwängen verdrängt werden sollen.

### *INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPARTNERSCHAFT UNTERSTÜTZT LOKALE ORGANISIERUNG*

Am 22. Juli 1994 setzten die Beschäftigten bei der Bibong Apparel Corporation in der Dominikanischen Republik ihren ersten Tarifvertrag in der langen Geschichte der Freien Exportzonen (FEZ) des Landes durch. Am 22. November 1995 unterzeichneten die Beschäftigten von Bonahan Apparel Company, einer weiteren Fabrik in einer FEZ der Dominikanischen Republik, einen Tarifvertrag, nachdem sie erfolgreich legal gestreikt hatten. Beide Siege wurden durch den Mut und das Durchhaltevermögen der Beschäftigten in den FEZ möglich und durch eine hervorragende, beispielhafte internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Eine internationale Partnerschaft, an der die IBFG-Mitgliedsorganisation in der Dominikanischen Republik, CNTD, und deren Mitglied, der Bund der Beschäftigten in Freien Exportzonen (FENATAZONAS), die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) und ihre Interamerikanische Regionalorganisation FITTCC-ORI, die American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), ihr Amerikanisches Institut für Freie Gewerkschaftsentwicklung (AIFLD) und zwei AFL-CIO-Mitgliedsorganisationen, die sich seither zur UNITE zusammengeschlossen haben, beteiligt waren, entwickelten eine sorgfältig geplante und koordinierte Organisationsstrategie, die sie sodann durchführten.

Die Strategie stützte sich darauf, auf ausgewählte Unternehmen Druck auszuüben, ebenso wie auf die Regierung, um ein aggressives Organisieren vor Ort, das Profiorganisatoren mit entsprechenden gewerkschaftlichen Schulungsveranstaltungen für die neuen Mitglieder begleiteten, ganz direkt zu unterstützen. Die Partnerschaft gewährte den gewerkschaftlichen Organisator(inn)en Unterstützung, bot Rechtsbeihilfe und andere fachliche Ratschläge und Schulung an. Die Organisierungskampagnen wurden ergänzt durch die Ausübung von Druck auf die in den Vereinigten Staaten ansässigen Konzernkunden der ausgewählten Unternehmen und durch den Rückgriff auf Bestimmungen über die Arbeitnehmerrechte im Allgemeinen Zollpräferenzsystem (GSP) des US-amerikanischen Handelsgesetzes. Nachdem damit gedroht worden war, dass der Dominikanischen Republik die Handelsprivilegien aberkannt werden könnten, revidierte die Regierung das Arbeitsgesetz, so dass Gewerkschaften in FEZ zugelassen wurden. Während der Organisierungskampagne bei Bibong zwang die Androhung von GSP-Sanktionen die Regierung, dieses neue Gesetz durchzuführen.

Die Androhung von GSP-Sanktionen in den Kampagnen in der Dominikanischen Republik zeigt, wie Sozialklauseln in Handelsvereinbarungen funktionieren würden. Der Zweck bestand nicht darin, die Exporte zu unterbinden, sondern die Beschäftigten zu schützen. Dort, wo internationale Handelsbestimmungen ein positives Klima für Gewerkschaften schaffen, haben die Basisorganisator(inn)en eine Möglichkeit, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinzuarbeiten. Unter anderem aufgrund des Ergebnisses dieses Experiments haben die ITBLAV und die AFL-CIO in ihren leitenden Strukturen Ausschüsse eingerichtet, über die strategische Ansätze für internationale Organisations- und Solidaritätskampagnen gefördert werden sollen.

QUELLE: AFL-CIO, ITBLAV UND ORIT

## DAS PROGRAMM DER KONZERNE FÜR WELTWEITEN HANDEL UND INVESTITIONEN

- Multis beherrschen Welthandel und Investitionen,...
- 2.8 Da die Unternehmen nun imstande sind, das Kapital und die Produktion beliebig in der ganzen Welt herumzuschieben, werden die meisten Kernentscheidungen über Handel und Investitionen von Privatunternehmen getroffen. Einhundert transnationale Gesellschaften (TNG) tätigen etwa ein Drittel aller ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Sowohl direkt als auch durch eine ganze Kette von Auftragsvergaben und Verteilungssystemen, die sie kontrollieren, haben sie eine enorme Wirkung auf Arbeitsplätze und Einkommen in aller Welt. Ende 1993 betrug der Umsatz ausländischer Tochtergesellschaften von TNG 5,8 Billionen Dollar und lag damit über den 4,7 Billionen Dollar an Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen. Etwa ein Drittel des gesamten internationalen Handels fand zwischen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen desselben Unternehmens statt (innerbetrieblicher Handel). Die ausländischen Direktinvestitionen wuchsen 1993 doppelt so rasch wie der Handel, und seit 1991 übersteigen sie die Inlandsinvestitionen sowohl in den Übergangs- als auch in den Entwicklungsländern.
- ...lassen jedoch die meisten Länder links liegen
- 2.9 Sowohl der aufgelaufene Bestand der ADI als auch ihr jährliches Wachstum ist sehr ungleich verteilt. Auf Gesellschaften mit Sitz in den entwickelten Ländern entfallen 97% des Gesamtbestandes an ADI. Drei Viertel hiervon sind in entwickelten Ländern investiert. 1993 und 1994 nahmen die transnationalen Investitionen in Entwicklungsländern rapide zu - allerdings flossen alleine 80% dieser Zuwachsrate nach China. Von dem Restbetrag floss das Gros in lediglich neun andere Länder (Singapur, Argentinien, Mexiko, Malaysia, Indonesien, Thailand, Hongkong, Taiwan und Nigeria). Die 47 ärmsten Staaten der Welt erhielten lediglich 0,7% des Gesamtbetrages der weltweiten Investitionen von TNG.
- Entwicklungsländer auf Privatinvestoren angewiesen, da Entwicklungshilfe sinkt
- 2.10 Die offizielle Entwicklungshilfe ging 1994 sowohl insgesamt als auch als Anteil des BSP der Industriestaaten zurück. Sie lag bei knapp über 56 Milliarden US-Dollar im Jahr 1993 und beträgt damit etwa drei Viertel der TNG-Investitionen in Entwicklungsländern, wobei die Hälfte in die afrikanischen Staaten südlich der Sahara und nach Südasien fließt. Darüber hinaus machen die ADI lediglich etwa ein Drittel aller privaten Investitionen in den Entwicklungsländern aus. Die Deregulierung und Privatisierung hat einen erheblichen Zuwachs bei den grenzüberschreitenden Investitionen in Aktien nach sich gezogen. Diese Investitionen verändern in dramatischer Weise das Tempo und den Umfang des privaten und häufig spekulativen Kapitalstroms, konzentrieren sich jedoch auf etwa ein Dutzend asiatische und lateinamerikanische Länder mit einem im wesentlichen durchschnittlichen Einkommen. Selbst ein Jahrzehnt nach dem Beginn der Schuldenkrise verleihen die Banken noch immer keine neuen Gelder, und so geben eine kleine Zahl von Staaten und eine grössere Zahl von Gesellschaften in den Entwicklungsländern Obligationen auf den internationalen Finanzmärkten aus. Wie die mexikanische Krise vom Januar 1995 zeigte, kann ein Grossteil dieser Art von Investitionen so rasch verschwinden wie sie gekommen sind, nicht zuletzt, weil darin ein erheblicher Teil zurückfliessenden Fluchtkapitals enthalten ist.

Asiatische Tiger  
schüren Exportwettlauf

2.11 Die Handelsmuster weisen ebenfalls eine ähnliche Konzentration auf die Märkte der grossen Industrieländer und einer Reihe von dynamischen Schwellenländern auf. Die Gesamtausfuhren Afrikas machten etwa 2% der Ausfuhren der Industriestaaten aus und werden 1995 vermutlich um dürftige 2,5% wachsen. Im Gegensatz hierzu sind die jährlichen Ausfuhren von Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan sechsmal so gross wie die von ganz Afrika und wachsen nach zwei Jahrzehnten zweistelliger Zuwachsraten vor dem Komma noch immer um 11 pro Jahr. Die Länder, die Grundstoffe exportieren, konnten ihre Exporteinnahmen nicht erhöhen, und zwar nicht zuletzt wegen der lang anhaltenden Schwäche der meisten Grundstoffpreise. Die Länder mit hohen Sparraten und relativ geringen Auslandsanleihen, die in die verarbeitende Industrie expandierten, und zwar häufig durch den Zustrom von TNG-Investitionen, haben sehr viel besser abgeschnitten. Infolgedessen sind nicht nur ihre Ausfuhren in die Industrieländer gestiegen, sondern auch ihre Einfuhren. So nahmen beispielsweise die US-Ausfuhren in Entwicklungsländer von 1990 bis 1993 jährlich um 12% zu, wuchsen jedoch im gleichen Zeitraum nur um 2% in die von der Rezession betroffenen Industriestaaten.

Märkte und  
Arbeitsplätze ziehen  
gen Osten

2.12 Sowohl der Handel als auch die Investitionen wachsen rascher als die weltweite Produktion, und daher hängen heute immer mehr Arbeitsplätze vom Weltmarkt ab. Die TNG haben die wichtigsten Verbrauchermärkte in den Industrieländern mit einer relativ kleinen Zahl von rasch expandierenden ost- und südostasiatischen Ländern verbunden.

Ursprünglich waren die TNG - Investitionen und die Auftragsvergabe in dieser Region fast ausschliesslich auf die Exportproduktion ausgerichtet. Jetzt expandieren die lokalen Verbrauchermärkte und ziehen eine neue Welle von Investitionen und einen steilen Anstieg der Einfuhren nach sich. Angesichts der Aussicht einer Übertragung dieses Booms auf China, Indien und Vietnam könnte Asien als Brennpunkt auf dem Weltmarkt schon Anfang des nächsten Jahrhunderts ein Rivale Europas und Nordamerikas werden. Die Erholung Lateinamerikas von der Schuldenkrise steht immer noch auf wackligen Füßen und ist in hohem Masse von den Entwicklungen in Nordamerika abhängig. Wie auch Mittel- und

### *DIE ZERSCHLAGUNG VON GEWERKSCHAFTEN IN PAKISTAN*

Die pakistanischen Gewerkschaften, die lediglich 6% der Beschäftigten organisieren, leiden unter der systematischen Verweigerung der Vereinigungsfreiheit durch die Interessengemeinschaft zwischen Regierung und Arbeitgebern. Ein krasser Fall aus der jüngeren Vergangenheit ist der vierjährige Kampf um die Gründung einer Gewerkschaft bei dem Autobahnbauprojekt des multinationalen Unternehmens Daewoo, das Koreanern gehört. Die Behörden räumten Daewoo im Mai 1992 als Bestandteil eines Investitionsanreizpaketes die Ausnahme vom Arbeitsgesetz ein. Gegen Ende des Jahres 1992 unterstützte die IBFG-Mitgliedsorganisation Allpakistanischer Gewerkschaftsbund (APFOL) die Beschäftigten bei Daewoo, die die Awami-Gewerkschaft gründen wollten. Am 21. Dezember 1992 wurde der Antrag auf offizielle Zulassung beim Gewerkschaftsregistrator gestellt. Er stellte die Annahme zurück und rief, die antigewerkschaftliche Haltung von Daewoo unterstützend, das Berufungsgericht für Arbeitsfragen an, damit dieses die Zulassung blockiere.

Daewoo leitete unverzüglich eine niederträchtige Unterdrückungskampagne gegen die Organisierungsbemühungen ein. Es kam zu Festnahmen und Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären. Die inhaftierten Beschäftigten wurden häufig von der Polizei gefoltert, um sie dazu zu bewegen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Ein Gerichtsbeschluss von Anfang 1993 stellte fest, dass Daewoo verpflichtet sei, die Verordnung über die Arbeitsbeziehungen des Landes (von 1969) zu befolgen, worin das Vereinigungsrecht verankert ist, und ordnete die Wiedereinstellung der entlassenen Beschäftigten an. Allerdings erklärte die Regierung von Pakistan im Februar 1993 das Daewoo-Bauprojekt zu einem "grundlegenden Dienst", und damit wurde es erneut aus der gewerkschaftlichen Organisierungssphäre herausgenommen. Die APFOL leitete daraufhin eine Berufungsklage gegen Daewoo ein. Einschüchterung, Unterdrückung und Entlassungen dauerten fort, während der Fall von den Gerichten verschleppt wurde. Bis Ende 1994 waren über 1.000 Beschäftigte entlassen worden, und etliche Dutzend weitere Arbeiter waren der Polizeigewalt zum Opfer gefallen.

1993 reichten der IBFG und der IBBH wegen des Daewoo-Falles beim IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit Klage ein und warfen der Regierung von Pakistan die Verletzung von Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und Übereinkommen 98 über Tarifverhandlungen vor. Im Juni 1994 ersuchte der (AA-Verwaltungsrat die Regierung von Pakistan, die Awami-Gewerkschaft unverzüglich offiziell einzutragen. Ausserdem wurde eine Untersuchung der antigewerkschaftlichen Taktiken des Daewoo-Konzerns verlangt.

Ein lang erwarteter Gerichtsbeschluss vom November 1994 nahm den APFOL-Fall gegen Daewoo wieder auf und ersuchte das örtliche Arbeitsgericht, die Zulassung erneut zu prüfen. Neuerliche juristische Verzögerungen und Einsprüche brachten den Fall erneut zum Stillstand. Am 27. März 1995 beschloss das Arbeitsgericht von Punjab die rechtliche Anerkennung und erklärte, dass "die Gewerkschaft binnen der kürzestmöglichen Frist zugelassen werden soll". Erneut brachte Daewoo Verzögerungstaktiken ins Spiel, die von den Behörden stillschweigend geduldet wurden. Seither arbeiten von Daewoo gedungene Schläger und die Polizei gemeinsam an der Verhinderung der Vereinigungsfreiheit, indem sie drohen und prügeln. Anfang 1996 stand noch immer die spezifische gerichtliche Anordnung aus, mit der die Gewerkschaft für die Daewoo-Beschäftigten rechtsgültig würde. Die Gewerkschaften fürchten, dass Daewoo und die Behörden auch weiterhin diese "Hindernisse" aufbauen werden, bis das Autobahnbauprojekt abgeschlossen ist. Sie beabsichtigen jedoch nicht, ihren Kampf um die Gewerkschaftsfreiheit aufzugeben.

QUELLE: ALL PAKISTAN FEDERATION OF LABOUR (APFOL),  
INTERNATIONALER BUND DER BAU- UND HOLZARBEITER UND IBFG

Osteuropa hat diese Region nicht im gleichen Umfang wie Asien private Investitionen anziehen können. Trotz einer kurzen Phase des Optimismus nach dem Friedensabkommen zwischen Israel und der PLO bleibt der Nahe Osten ein Randseiter für alles, was ausserhalb der globalen Pläne der Erdöl-TNG steht. Und die ärmsten afrikanischen Länder mit ihrer grossen Zahl von Selbstversorger-Bauern laufen Gefahr, völlig auf der Strecke zu bleiben.

Handelsagenda von  
Grosskonzernen  
bestimmt

2.13 Viele dieser Änderungen auf dem Weltmarkt sind eingetreten, bevor die multilateralen Handelsvereinbarungen der Uruguay-Runde unterzeichnet wurden oder unabhängig von diesen Verhandlungen. In vielerlei Hinsicht waren die GATT-Verhandlungen der Versuch der grossen TNG, ihre kommerziellen Verbindungen zu den neuentstehenden Märkten der Entwicklungsländer zu sichern und die offeneren weltweiten Arbeitsmärkte zu nutzen. Noch bevor die Bestimmungen der Uruguay-Runde durchgeführt worden wären, finden bereits Gespräche über neue Vereinbarungen in den Bereichen Finanzdienstleistungen und Rechte ausländischer Investoren statt. Die Wirtschaftsagenda wird kräftig von ganzen Heerscharen professioneller Lobbyisten und "think tanks" (Denkfabriken) in den wichtigsten Hauptstädten und bei der neuen Welthandelsorganisation (WTO) vorangetrieben. Die TNG drängen die Regierungen auch, den Prozess der Liberalisierung von Handel und Investitionen durch regionale Pakte wie APEC, ASEAN, Mercosur und NAFTA und durch bilaterale Vereinbarungen zwischen den grössten Industrieländern und ihren wichtigsten Partnern in den Entwicklungsländern zu beschleunigen. Diese von TNG betriebene globale Integration vertieft die sozialen Gräben in und zwischen den Ländern - und schadet dem Investitionsklima, das die Gesellschaften verbessern wollen. Nach dem erfolgreichen Einsatz des IBFG für die Aufnahme einer weltweiten Sozialagenda beim Gipfel von Kopenhagen stellt sich nun die Frage, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung dafür sorgen kann, dass die Anliegen der Beschäftigten ein fester Bestandteil des internationalen rechtlichen Rahmens für Handel und Investitionen werden.

## INTERNATIONALE ARBEITSNORMEN UND DER WELTMARKT

Rückbesinnung auf  
soziale Prioritäten

2.14 In den seit der Verabschiedung der UN-Charta vergangenen 50 Jahren haben die Regierungen offensichtlich vergessen, wozu die internationale Zusammenarbeit gut ist. In San Francisco wurde 1945 bei der Formulierung der Charta viel tiefgreifender darüber reflektiert, welche Grundsätze die Regierungen dazu ermutigen würden, auf internationaler Ebene zur Bewältigung der Weltprobleme zusammenzuarbeiten. Die Charta nennt als Ziele der Vereinten Nationen:

"grundlegende Menschenrechte";  
"Gleichberechtigung von Mann und Frau"; und  
"sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei  
grösserer Freiheit".

Schlüsselrolle für IAO

2.15 Im System der Vereinten Nationen hat die Internationale Arbeitsorganisation, das einzige weltweite Forum mit dreigliedriger Vertretung, einen internationalen Kodex von Arbeitsnormen für die Mitgliedsstaaten zur Verwendung als Leitsätze für ihre eigene Gesetzgebung erarbeitet. Für den IBFG sind die Kernübereinkommen der IAO von grundsätzlicher Bedeutung für die Gewährleistung, dass der Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt nicht zu einem verheerenden, abwärtsgerichteten Teufelskreis bei den Arbeits- und Lebensbedingungen führt.

Eigentlicher Inhalt der Sozialklausel

2.16 Die Frage der Kopplung dieser Normen an den Prozess einer weiteren Handelsliberalisierung, der durch das neue multilaterale Handelsabkommen in Gang gesetzt wurde, durch eine Sozialklausel, gehört zu den kontroversesten, mit denen sich die neue Welthandelsorganisation befassen muss. Allerdings war die Debatte über die Sozialklausel bisher von jenen beherrscht, die ein eindeutiges Interesse daran haben, die Normen niedrig zu halten. Es ist die Aufgabe des IBFG, sich zu bemühen, die wahre Botschaft über die Sozialklausel zu vermitteln:

- i) Bestimmte internationale Arbeitsnormen stellen grundlegende Menschenrechte für die Beschäftigten dar und sollten in die Sozialklausel aufgenommen werden. Wir propagieren keinen weltweiten Mindestlohn - aber wir wollen die Regierungen davon abhalten zu versuchen, einen Wettbewerbsvorteil aus der Unterdrückung, der Diskriminierung und der Ausbeutung zu ziehen.
- ii) Eine solche Sozialklausel wird Märkte öffnen; Wachstum steigern; Arbeitsplätze schaffen; und die Vorteile des Handels gerechter verteilen.
- iii) Die Verbindung der Arbeitnehmerrechte und des Handels durch eine Sozialklausel ist ein schrittweises Verfahren, das offen, fair und multilateral sein muss; und das die Lösung von Problemen auf dem Verhandlungswege zulässt.
- iv) Sanktionen sollten allein jenen Ländern vorbehalten bleiben, die die Bedingungen der Klausel oder deren Durchführung ablehnen.

## GRUNDLEGENDE INTERNATIONALE ARBEITSNORMEN

Die für den IBFG unerlässlichen Kernarbeitsnormen...

2.17 Der IBFG strebt eine Sozialklausel an, die auf den sieben Kernübereinkommen der IAO fusst:

- Übereinkommen 29 und 105 über die Abschaffung von Zwangsarbeit;
- Übereinkommen 87 und 98 über das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen;
- Übereinkommen 111 und 100 über die Verhinderung von Diskriminierung bei der Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für gleichwertige Arbeit; und
- Übereinkommen 138 über das Mindestbeschäftigungsalter (Kinderarbeit).

...sind weitenteils anerkannt...

2.18 Diese Normen zählen zu den meiststratifizierten Normen der IAO. Nahezu 100 Staaten haben mindestens fünf der sieben Übereinkommen ratifiziert. Sie sind keine Industrieländernormen; sie sind aus folgenden Gründen die weltweit am meisten akzeptierten Normen:

- i) Sie verbriefen das Recht der Beschäftigten, Gewerkschaften zu gründen, ihnen beizutreten und Tarife auszuhandeln, die für den Entwicklungsstand ihres Landes gerecht und angemessen sind.
- ii) Sie verbieten Zwangs- oder Sklavenarbeit, die es den Beschäftigten unmöglich machen, ein Mitspracherecht über ihren Arbeitsort und die Arbeitsbedingungen wahrzunehmen.
- iii) Sie sind bestrebt, die Diskriminierung in der Beschäftigung zu beenden, die bestimmte Gruppen von Beschäftigten, wie Frauen, von den Vorteilen des wachsenden Handels ausschliesst.
- iv) Sie sind bestrebt, die kommerzielle Ausbeutung von Kindern zu beenden und werden die Grundlage eines Hilfsprogrammes für Gemeinwesen und Familien bilden, die zu Überlebenszwecken auf Kinderarbeit angewiesen sind.

...und werden dauerhaftes, ausgewogenes, weltweites Wachstum begünstigen

2.19 Die universelle Einhaltung der sieben grundlegenden IAO-Normen würde die extremsten Formen der Ausbeutung und einen mörderischen Wettbewerb verhindern. Die komparativen Vorteile der Entwicklungsländer würden dadurch nicht aufgehoben; es würde vielmehr ein Prozess in Gang kommen, in dem das Entgelt und die Arbeitsbedingungen mit einem sich ausweitenden Handel allmählich verbessert werden könnten. Dies würde das Wachstum der Verbrauchermärkte anregen und somit sowohl inländische als auch ausländische Investitionen und, was am wichtigsten ist, die Beschäftigung ankurbeln. Es würde zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Expansion des Welthandels und eines reibungsloseren Prozesses der Anpassung an die Veränderungen in der weltweiten Arbeitsteilung beitragen.

IBFG-Vorschlag zum Wortlaut der Sozialklausel

2.20 Der IBFG muss sich dafür einsetzen, die Aufnahme einer Sozialklausel in die WTO und ähnliche internationale Vereinbarungen zu erreichen. Sie sollte etwa wie folgt formuliert sein:

"Die Vertragsparteien kommen überein, Massnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der von einem von der WTO und der IAO einzurichtenden Beratungsausschuss im einzelnen festgelegten Mindestarbeitsnormen sicherzustellen, einschliesslich derjenigen zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Tarifverhandlungen, zum Mindestbeschäftigungsalter, zur Diskriminierung, zum Entgelt und zur Zwangsarbeit".

## **DIE WELTÖFFENTLICHKEIT VON DER SOZIALKLAUSEL ÜBERZEUGEN**

Überzeugende Argumente

2.21 Das Ziel der Sozialklausel ist die Gewährleistung der Förderung eines Handels, der Hand in Hand mit der Möglichkeit der Ausübung der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmerschaft geht. Sie würde die politische Autorität der WTO stärken und Welthandelshemmnisse eher durchbrechen statt aufbauen. Sie wäre ein Mittel zur Lösung von Streitigkeiten, die, falls sie ungelöst fortbeständen, den protektionistischen Druck vergrössern können. Und sie würde dazu dienen, den Zugang von Entwicklungsländern zu den Weltexportmärkten zu fördern.

Verantwortungsbewussten Unternehmen helfen

2.22 Die Sozialklausel befasst sich unmittelbar mit dem Verhalten jener transnationalen Gesellschaften (TNG, die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften und geringen Normen ein Land gegen ein anderes auspielen. Die IBS haben auf die wachsende Nachfrage der Gewerkschaften in den Gastländern nach Unterstützung im Umgang mit diesen unverantwortlichen TNG reagiert. Eine Reihe von beachtlichen Durchbrüchen konnten IBS erzielen, die durch Verhandlungen mit TNG im Herkunftsland in der Lage waren, neue und bessere Arbeitsformen, auch Schulung, bessere Löhne und sogar bessere Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen einzuführen, die zu einer Produktivitätssteigerung führten. Solche Gesellschaften sehen sich jedoch dem unlauteren Wettbewerb von antigewerkschaftlich eingestellten, die Normen umgehenden TNG ausgeliefert. Im Zuge ihrer Kampagne für eine Sozialklausel muss die internationale Gewerkschaftsbewegung eine verbesserte Zusammenarbeit mit verantwortungsbewussten TNG entwickeln, um beiderseitig annehmbare Normen, wie sie in einer Sozialklausel festgeschrieben wären, zu fördern.

WTO/IAO-Zusammenarbeit

2.23 Ein gemeinsames WTO/IAO-Beratungsgremium könnte die Umsetzung der Sozialklausel überwachen. In regelmässigen Abständen, oder falls es Klagen geben sollte, würde dieses gemeinsame Gremium prüfen, ob die sieben Kernübereinkommen der IAO eingehalten werden. Aus dem Bericht würde je nach Sachlage hervorgehen, dass die Normen eingehalten werden, oder dass bestimmte Änderungen im Arbeitsgesetz und in der Praxis erforderlich sind. Im letzteren Fall würde der Bericht Empfehlungen an das betroffene Land zu den erforderlichen Änderungen enthalten, und im Bedarfsfall würde die IAO anbieten, den Ländern dabei zu helfen, diese Ziele zu erreichen.

Förderung des Wandels durch Dialog...

2.24 Es würde dann ein weiterer Bericht folgen, nachdem die Regierung ausreichend Zeit hatte, um die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Dieser zweite Bericht könnte aufzeigen, dass das Land sich nunmehr an die festgelegten Normen hält oder dass das Problem zwar noch nicht gelöst wurde, Fortschritte jedoch erzielt wurden oder aber, dass die Regierung keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit in dieser Hinsicht gezeigt hat.

2.25 Sollten Fortschritte gemacht worden sein, wäre nach Ablauf von ein oder zwei weiteren Jahren erneut ein Bericht zu erstellen.

2.26 Falls die betroffene Regierung eindeutig die Empfehlungen der IAO missachtet, sollte sie gewarnt werden, dass sie noch eine Frist von einem Jahr zur Zusammenarbeit gewährt bekäme.

...Sanktionen den notorisch Uneinsichtigen vorbehalten

2.27 Sollte weiterhin kein Fortschritt eintreten, würde die Angelegenheit dem WTO-Rat zur Erwägung von Massnahmen zur Gewährleistung einer konstruktiven Reaktion der betroffenen Regierung überstellt werden.

Klares und gerechtes Verfahren

2.28 Ein solches schrittweises Verfahren enthält alle Elemente der Transparenz, der Vorhersehbarkeit und der Objektivität, die ein wirksames multilaterales System benötigt. Es baut auf der anerkannten Kompetenz der IAO auf. Es räumt ferner genügend Zeit ein, um Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Es vermeidet die Gefahr, dass grosse Handelsnationen versuchen könnten, kleineren Ländern die Bedingungen für einen Marktzugang zu diktieren. Und es ist unparteiisch. Alle Länder würden vor den universellen Normen der gleichen sorgfältigen Prüfung unterzogen. In allen Fällen würden ganz und gar transparente Verfahren

angewandt, die keinen Spielraum für Missbrauch zu protektionistischen Zwecken lassen würden. Eine international anerkannte Sammlung von Mindestnormen, die durch eine Sozialklausel durchgeführt würden, würde eine sehr viel sicherere Methode zur Vermeidung des Protektionismus darstellen als der wachsende Rückgriff auf bilaterale Vereinbarungen.

### *KONZERNVERHALTENSKODEXE: DIE GLAUBWÜRDIGKEITSLÜCKE SCHLIESSEN*

Eines der Merkmale der neuen internationalen Arbeitsteilung sind die Bemühungen von grossen Herstellern und Vertreibern, jegliche Verantwortung für die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bei Subunternehmern, die Erzeugnisse herstellen, die anschliessend ihren Markennamen tragen werden, abzulehnen bzw. zu dementieren. Die wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und der Druck von den Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen hat ihnen dies erschwert. In den letzten Jahren haben mehrere Gesellschaften, vor allem im Bekleidungs-, Schuh- und Einzelhandelssektor und vorwiegend in den Vereinigten Staaten ansässig, Verhaltenskodexe über die Behandlung der Beschäftigten in den Fabriken verabschiedet. Sie nehmen für sich in Anspruch, dass diese Kodexe nicht nur in den Fabriken, die dem Unternehmen direkt gehören, gelten, sondern auch in den Fabriken ihrer Zulieferer und Subunternehmer. Viele der Kodexe scheinen lediglich PR-Übungen zu sein, und es mangelt ihnen an Glaubwürdigkeit.

In den meisten Kodexen wird versprochen, international anerkannte Arbeitsnormen wie das Verbot der Kinderarbeit und der Zwangsarbeit zu achten. Andere Normen, wie das Recht der Beschäftigten, Gewerkschaften beizutreten, werden gewöhnlich ausgelassen. Allerdings versprechen die Kodexe ausdrücklich, das nationale Arbeitsgesetz zu achten. Da in vielen Ländern, in denen die Herstellung erfolgt, sehr schwache Gesetze gelten oder Freie Exportzonen existieren, in denen die Gesetze nicht zur Anwendung kommen, kann dies eines der ganz wesentlichen Schlupflöcher sein, das es den Gesellschaften ermöglicht, die Anwendung international anerkannter Normen und bester Praktiken zu umgehen. Abgesehen davon sind solche Verhaltenskodexe nicht in einen glaubwürdigen Plan für deren Umsetzung eingebunden, und es mangelt an unabhängigen Möglichkeiten zur Überprüfung der Anwendung. Vielfach haben die Beschäftigten, die durch diese Kodexe geschützt werden sollten, noch nie von ihnen gehört. Ob sie nun Kodexe haben oder nicht, jene Unternehmen, die entschlossen sind, um ihre Verantwortung herumzukommen, werfen unverändert all jenen, die ein Ende der Ausbeutung fordern, vor, Protektionisten zu sein.

Der Vorwurf des Protektionismus zieht nach einer kürzlich von Gewerkschaften angeführten Kampagne nicht mehr, die dazu führte, dass ein Unternehmen sich bereit erklärte, wirklich die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen, unter denen seine Produkte hergestellt werden, zu übernehmen. Als die Beschäftigten bei der Koreanern gehörenden Bekleidungsfabrik Mandarin in El Salvador versuchten, sich gegen die harte und entwürdigende Behandlung zu wehren, zu der es zum Beispiel gehörte, dass man während der Arbeit nicht sprechen durfte, zu der Prügel und sexueller Missbrauch gehörten, wurden ihre Versuche, eine Gewerkschaft zu gründen, brutal unterdrückt. Im Zuge einer niederträchtigen antigewerkschaftlichen Kampagne wurden über 350 der grösstenteils weiblichen Arbeitskräfte entlassen.

In den Vereinigten Staaten baute sich eine Druckkampagne auf, und zwar gegen den grössten Kunden von Mandarin, die US-Ladenkette GAP. Die Kampagne stand unter der Regie von Gewerkschaften, kirchlichen, Verbraucher-, Frauen- und Studentenorganisationen. Zunächst versuchte GAP, einer der grössten Bekleidungsanbieter der Welt, zu dementieren, dass sein Subunternehmen sich der Ausbeutung und der Verletzungen von Menschenrechten schuldig mache. Angesichts der stichhaltigen Belege für den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe und angesichts des wachsenden Drucks, der nun auch von den Aktionären und Politikern kam, kündigte GAP den Rückzug aus El Salvador an. Die Kampagnenführer forderten daraufhin jedoch, dass GAP seinen Beschluss revidiere und statt dessen seinen Einfluss geltend machen sollte, um für den Schutz der Arbeitnehmerrechte zu sorgen.

GAP ist in El Salvador geblieben, hat den bis dato unbekanntem Verhaltenskodex in die Sprachen der 47 Länder übersetzen lassen, in denen Kleidungsstücke für das Unternehmen gefertigt werden, und sorgt nun dafür, dass der Kodex gut sichtbar in jeder Fabrik ausgehängt wird. GAP hat auch die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen in den Fabriken übernommen, in denen seine Produkte hergestellt werden, und sich mit einer unabhängigen Überprüfung der Subunternehmer durch Dritte einverstanden erklärt.

QUELLE: INTERNATIONALE TEXTIL-, BEKLEIDUNGS- UND LEDERARLEITER-VEREINIGUNG

## UNIVERSELLE ARBEITSNORMEN UND DIE KULTURELLE VIELFALT

Gemeinsame  
Grundsätze  
unterschiedlicher  
Kulturen

2.29 Den IAO-Übereinkommen ist die Flexibilität inhärent, so dass sie auf alle Länder, ungeachtet ihres Entwicklungsstandes, anwendbar sind. Die IAO versucht nicht, eine weltweite Harmonisierung der Arbeitsgesetze aufzuzwingen, sondern sie prüft vielmehr, ob Gesetz und Praxis dazu führen, dass die wesentlichen Grundsätze angewandt werden. Das

### *DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE ZUKUNFT DER ASIATISCH-PAZIFISCHEN ZUSAMMENARBEIT*

1989 wurde in Canberra das Forum für Asiatish-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) gegründet. Es ist beschrieben worden als die regionale Wirtschaftsorganisation, die die am raschesten wachsende Region der Welt vertritt. Die Einzigartigkeit und die potentielle Einflusskraft auf die Weltwirtschaft liegen in dem gigantischen Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Region begründet. Die APEC-Mitgliedsstaaten stehen für 46% der Weltexporte (vor zehn Jahren waren es 37%), 38% der Weltbevölkerung, 53% der Weltproduktion und 42% der Reserven.

APEC erstreckt sich auf 18 Länder und Hoheitsgebiete Asiens und des pazifischen Raums, einschliesslich einiger Länder Amerikas, die ebenfalls Pazifikanrainer sind. Seine Bedeutung ist seit 1989 stetig gewachsen. Zunächst als beratendes Forum zur Förderung einer engeren regionalen Zusammenarbeit gedacht, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Indonesien die APEC-Erklärung von Bogor, in der Pläne für eine völlige Handels- und Investitionsfreiheit in der Region bis zum Jahr 2020 enthalten sind. Allerdings wirft die wirtschaftliche und politische Verschiedenheit der APEC-Staaten ein grosses Fragezeichen auf die Verwirklichung einer solchen APEC-Freihandelszone. Die Befürchtungen, dass APEC zu einem Handelsblock werden könnte, könnten sich durchaus als übereilt erweisen, da es unter den APEC-Mitgliedern äusserst unterschiedliche Vorstellungen von der APEC-Rolle gibt. Was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft, so erstreckt sich die APEC-Region über einige der am höchsten entwickelten Länder der Welt bis zu einkommensschwachen und eher landwirtschaftlich ausgerichteten Ländern. Ausserdem sind darin sowohl langjährige Demokratien vertreten, die nachgewiesenermassen Gewerkschafts- und andere Menschenrechte unterstützen, als auch Diktaturen wie China, in denen freie Gewerkschaften effektiv gesetzlich verboten sind.

Im September 1995 organisierte der IBFG in Australien eine Konferenz für die Mitgliedsorganisationen in der APEC-Region. Dabei wurde das IBFG-Gewerkschaftsnetzwerk Asien/Pazifik eingerichtet. Dessen Ziel ist es, sich für eine soziale Dimension in den APEC-Prozessen mit Vorkehrungen auf verschiedensten Ebenen für regelmässige Beratungen mit den Gewerkschaften einzusetzen. In der Konferenzzerklärung mit dem Titel "Die Rolle der Gewerkschaften in der Region Asien und Pazifik" wurde betont, dass das APEC-Ziel eines breiten gemeinsamen Wirtschaftswachstums erreicht werden kann, vorausgesetzt, APEC bemüht sich um die Beseitigung der Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung am Arbeitsplatz und räumt dem Beitrag, den erwerbstätige Menschen und ihre frei gewählten Gewerkschaften zum Wachstum und zu einer besseren internationalen Zusammenarbeit leisten können, breiteren Raum ein. Die Rengo organisierte im Anschluss daran eine Zusammenkunft von einer Delegation des IBFG-Gewerkschaftsnetzwerks Asien/Pazifik mit dem japanischen Ministerpräsidenten Murayama, dem Gastgeber des APEC-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs 1995. Dieses Treffen fand im Oktober 1995 statt. Ministerpräsident Murayama sagte bei dieser Zusammenkunft zu, sich darum zu bemühen, die Gewerkschaftsvorschläge bei dem APEC-Gipfel in Soak im November 1995 **einzubringen**.

Es wird zweifelsohne eines langjährigen Einsatzes bedürfen, um die Rolle der Gewerkschaften und eine soziale Dimension in den APEC-Prozess zu integrieren. Die nächsten Gipfeltreffen werden in den Philippinen (1996), in Kanada (1997) und in Malaysia (1998) stattfinden. Der IBFG wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften in den gastgebenden Ländern darum bemühen, sicherzustellen, dass Arbeits- und Sozialfragen auf die Tagesordnung dieser Sitzungen gesetzt werden und dass in den kommenden Jahren das IBFG-Gewerkschaftsnetzwerk Asien/Pazifik eine einflussreiche Position entwickelt.

QUELLE: IBFG UND APRO

gleiche würde für die Normen gelten, die der IBFG zur Aufnahme in die Sozialklausel vorschlägt. Abstriche können bei den Grundsätzen, die in diesen Normen verankert sind, nicht gemacht werden; wie sie jedoch in Gesetz und Praxis übertragen werden, wird je nach Institutionen und Gepflogenheiten des jeweiligen Landes unterschiedlich sein. Der Gedanke, dass die Sozialklausel nationale Kulturen bedroht, ist ein Mythos, der von einschlägigen Interessensvertretern geschaffen wurde. In Wirklichkeit ist es der allgegenwärtige Kommerzialisierung des freien Marktes, der die wahre Gefahr darstellt. Nationale Kulturen können nicht überleben, wenn die Menschen nicht befugt sind, den Markt zu ihrem eigenen Nutzen und zum Nutzen ihrer Gemeinwesen zu kontrollieren. Die Sozialklausel würde die Menschen und ihre Gemeinwesen effektiv dazu ermächtigen, ihre kulturelle Identität zu bewahren.

## DIE ROLLE DER HANDELSPOLITIK BEI DER AUSMERZUNG DER KINDERARBEIT

Helfen, damit Kinder  
nicht in Fabriken,  
sondern in die Schule  
gehen

2.30 Die internationale Staatengemeinschaft ist verpflichtet, den armen Ländern zu helfen, sich von der Armut zu befreien, die ihre Kinder zwingt zu arbeiten; und ihnen zu helfen, Bildungsprogramme zu finanzieren, die diese Kinder wieder in die Schule zurückkehren lassen. Der erste Schritt müssen jedoch strenge Gesetze sein, die es den Arbeitgebern verbieten, Kinder als billige Arbeitskräfte einzusetzen. Die Sozialklausel wird gewährleisten, dass jene Länder, die wirklich einen Reformkurs eingeschlagen haben und versuchen, ihre Kinder vor Ausbeutung und Missbrauch zu schützen, nicht von Ländern, die weniger Skrupel haben, ausgebootet werden.

## ENTWICKLUNGSLÄNDER WÄREN HAUPTNUTZNIESSER DER SOZIALKLAUSEL

Demokratische  
Entwicklungsländer  
würden am meisten  
gewinnen

2.31 Die Position des IBFG - und die aller unabhängigen und demokratischen Gewerkschaften - besagt, dass die Absenkung der Normen, die Verweigerung der Rechte und die Ausbeutung am Arbeitsplatz verboten werden sollten und dass dieser Grundsatz die Interessen der Beschäftigten in den Industrie- und den Entwicklungsländern widerspiegelt.

Und ihr Voran-  
kommen...

2.32 Wir glauben, dass die letztendliche Stärke einer international verabschiedeten Sozialklausel darin besteht, dass jene Entwicklungsländer geschützt würden, die versuchen, den Lebensstandard der Beschäftigten in ihrem Lande zu verbessern, und zwar vor dem Wettbewerb von Ländern, die die Ausbeutung von Beschäftigten unverändert weiter zulassen.

...erleichtert den  
Industrieländern die  
Anpassung

2.33 Auch die Industrieländer würden von einer Sozialklausel profitieren. Eine ausgewogenere Entwicklung der Verbrauchermärkte weltweit würde weiteres Wachstum erzeugen, jedoch nicht bedeuten, dass keine Arbeitsmarktanpassungen mehr erforderlich sind. Diese Anpassungen wären jedoch vor dem Hintergrund einer gemeinschaftlichen Sammlung von Kernprinzipien für die Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter zu rechtfertigen. Durch ein weiteres Wachstum des Welthandels würden sich ferner sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben.

## REFORM DES INTERNATIONALEN FINANZSYSTEMS

Finanzsystem  
reparieren, bevor es  
zerbricht

2.34 Es läuft eine grosse Debatte über das internationale Finanzsystem. Die zweite mexikanische Schuldenkrise; der Fortbestand der Anpassungsprobleme in Afrika; die Notwendigkeit, die mittel- und osteuropäischen Länder ebenso wie die Republiken der ehemaligen UdSSR zu unterstützen; das gestiegene Risiko grosser Bankenkrähe und die Gefahr, dass die Wechselkursschwankungen einen nachhaltigen Aufschwung in den Industrieländern schwächen könnten - all dies weist auf die klare Notwendigkeit der drastischen Reform hin. Bisher haben die G-7-Finanzminister dem Ruf nach Wandel getrotzt, aber aufgrund der Gefahr, dass es noch zu weiteren grossen Schocks kommen könnte, steigt auch der Druck.

### *BESEITIGUNG VON KINDERARBEIT IN PAKISTANS PROVINZ NORTH-WEST FRONTIER*

Für die Zwecke einer Studie über Kinder, die in Ziegeleien am Rande von Haripur in Pakistan arbeiten, befragte der Allpakistanische Gewerkschaftsbund (APFOL) 40 Kinder und deren Eltern am Arbeitsplatz. Unter Bewachung der Fabrikeigner leben die Familien in abgeschotteten Lagern, weit entfernt von der übrigen Bevölkerung. Sie alle stecken in der Schuldknechtschaft - mit anderen Worten: der Fabrikbesitzer zählt auch sie zu seinem Eigentum, und sie müssen so lange arbeiten, bis sie die bei ihm gemachten Schulden plus Zinsen zurückgezahlt haben. Die Familien werden so streng überwacht, dass der APFOL-Vertreter bei Versuchen, in das Lager hineinzukommen, dreimal angeschossen und am Bein verletzt wurde.

Schuldknechtschaft ist in der Verfassung von Pakistan verboten, und 1992 wurde ein besonderes Gesetz über das System der Schuldknechtschaft verabschiedet. Und trotzdem besteht die Schuldknechtschaft fort, und die feudalen Landbesitzer und Fabrikeigentümer wenden dieses System weiterhin ganz ungeniert an. Nur wenigen Menschen ist es gelungen, ihre Schulden abzutragen und sich aus der Schuldknechtschaft zu befreien. So werden häufig Kinder in die Sklaverei hineingeboren.

Die APFOL ist gegen die Schuldknechtschaft und die Ausbeutung von Kindern und organisiert ein Projekt mit den 40 befragten Kindern. Die finanzielle Unterstützung hierfür stellen die Rengo (Japan) und die LO (Norwegen) zur Verfügung. Über das Projekt sind die Schulden der Kinder beglichen worden, so dass sie nicht mehr länger gezwungen sind zu arbeiten, und sie gehen zur Schule. Die APFOL hofft, dass die Zahl der Kinder, die in das Projekt einbezogen werden können, 1996 auf 100 ausgeweitet werden kann.

Obwohl das Hauptziel des Projektes darin besteht, sicherzustellen, dass die Kinder eine Schulerziehung erhalten, wird damit auch die Hoffnung verbunden, dass die Kinder und ihre Familien sich ihrer Situation in der Schuldknechtschaft bewusst werden und dass sie ermutigt werden, Organisationen für Ziegeleiarbeiter zu gründen.

*QUELLE: APFOL UND rBFG*

Das Neun-Punkte-  
Programm des IBFG für  
eine Reorientierung  
von IWF und Weltbank

2.35 Der IBFG verfolgt das Ziel, den IWF und die Weltbank dahingehend zu beeinflussen, folgendes einzuführen:

- i) neue Kriterien für die Auswertung des Nutzens von Investitionen in soziale Programme für die Gesellschaft und die Wirtschaft, damit die Ausgaben in diesen Bereichen Priorität eingeräumt bekommen, statt dass sie die Zielscheibe für schadenbringende Kürzungen sind;
- ii) eine internationale Besteuerung der Devisenkäufe für kurzfristige Spekulationszwecke und die Verwendung des Ertrags zur Heraufsetzung der Hilfsleistungen für Entwicklungsländer;
- iii) neue Bestimmungen zur Beschneidung der "Casino-Kultur" des Derivatemarktes und anderer Märkte mit hohen Risiken;
- iv) eine Heraufsetzung der IWF-Quoten für die Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen, so dass Marktformen eher schrittweise eingeführt werden können, ohne zu sozialen Verwerfungen zu führen, und gleichzeitig das Wachstum erhalten bleibt;
- v) eine Erhöhung der Sonderziehungsrechte des IWF, gekoppelt mit einem neuen System der Anleihe bei Ländern mit starken Währungen, so dass die Entwicklungs- und Übergangsländer Reserven aufbauen können, um sich vor kurzfristigen Schocks zu schützen;
- vi) eine stärkere Überwachung der Steuer- und Geldpolitik der grössten Überschuss- und Defizitländer, um Problemen vorzugreifen, die andernfalls schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und den sozialen Schutz haben könnten, verbunden mit gestärkten Verfahren zur Förderung der Koordinierung von Wachstumspolitiken;
- vii) einen neuen Ansatz bei der Konditionalität, der darauf abzielt, jenen Ländern, die die Menschen- und Gewerkschaftsrechte achten, die Militärausgaben verringern und die Mittel in Investitionen in die Bildung und Gesundheit sowie in andere produktive oder arbeitsplatzschaffende Aktivitäten hineinstecken, eine höhere und längerfristige finanzielle Unterstützung zu gewähren;
- viii) eine engere und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem IWF, der Weltbank und anderen wichtigen internationalen Entwicklungsorganisationen wie der IAO und dem UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen); und
- ix) einen verbesserten Dialog zwischen dem IWF und der Weltbank und den Gewerkschaften sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Wachstumspotential  
ausschöpfen

2.36 Das Versäumnis bei der Koordinierung hat alle Länder in die Zurückhaltung hineingepresst, obwohl es keineswegs so wäre, dass es weltweit an Kapazitäten mangelte oder die Inflation wieder aufkäme. Die IBFG-Vorschläge sollen erstens dazu dienen, die einzelstaatlichen Regierungen davon abzuhalten, ihre Probleme zu exportieren und sich darauf zu verlassen, dass andere Länder die Führungsrolle auf dem Weg zum raschen und stetigen Wirtschaftswachstum übernehmen. Die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen den Ländern ist wesentlich für die Gewährleistung einer breit angelegten Expansion, die umfangreiche und untragbare Zahlungsbilanzungleichgewichte und Wechselkurschwankungen vermeidet.

Spekulanten sollen zahlen...	2.37 Ein zweites Ziel ist die Dämpfung der Spekulation, indem sie für die Finanzmakler kostspieliger gemacht wird und so das Risiko eines weitreichenden finanziellen Zusammenbruchs reduziert wird.
...und soziale Prioritäten verfolgt werden	2.38 Drittens würde das IBFG-Paket die Regierungen und die internationalen Organisationen darin bestärken, die eigentlichen sozialen Probleme, die gewöhnlich die Wurzel finanzieller Spannungen sind, anzupacken. Es würde demokratische Regierungen unterstützen, die eine Strukturanpassung mit sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen anstreben.
Der Weltmarkt braucht weltweite Regeln als Stütze koordinierter Politiken	2.39 Demokratische Regierungen können sich um ihre Verantwortung nicht drücken und ihre Bürgerinnen und Bürger den rohen und willkürlichen Kräften des freien Marktes ausliefern. In einer sehr viel offeneren Weltwirtschaft und bei einem ebenfalls weltweiten Arbeitsmarkt müssen die Regierungen einen neuen institutionellen Rahmen für die staatlichen Politiken schaffen, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse des Marktes sozial gerecht sind. Ein solcher neuer Ansatz muss auf einer viel engeren internationalen Koordinierung und der Erkenntnis fassen, dass die Stärkung und Ausweitung der Demokratie für die nachhaltige Entwicklung wesentlich sind.

## DIE INTEGRATION DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIKEN

- Aufbau weltweiter  
Solidarität...
- 2.40 Der Sozialgipfel der Vereinten Nationen zeigte, dass die Gewerkschaften nicht die einzigen sind, die die Richtung in Frage stellen, in die die Weltmarktkräfte die Welt führen. Zu einer Zeit, in der viele Regierungen von Industriestaaten und ihre Wählerinnen und Wähler mit ihren eigenen sozialen Problemen beschäftigt sind, ist es besonders wichtig zu zeigen, dass die weltweite Solidarität ein unerlässlicher Bestandteil von Massnahmen ist, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ausmerzung der Armut im eigenen Land, aber auch in den Entwicklungsländern, erforderlich sind. Die Marktlösung für die Wohlhabenden angesichts der zunehmenden Armut besteht darin, private Wachdienste anzuheuern und riesige Zäune um ihre Anwesen zu ziehen. Eine ähnliche Abschottungstaktik angesichts der globalen Sozialkrise der Welt wäre verheerend.
- ...beginnt am  
Arbeitsplatz
- 2.41 Sicherzustellen, dass die Grundsätze der demokratischen Regierung nicht vom Markt ausgehöhlt werden und dass die erwerbstätigen Männer und Frauen in der Lage sind, ihre eigene Zukunft zu beeinflussen, erweist sich als Nagelprobe. Nirgends ist dies akuter als am Arbeitsplatz. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erleben hautnah die Wirklichkeit des Weltmarktes. Sie erleben die Spannungen und die Gefahren genauso wie das Potential, das er für die Verbesserung der Aussichten von Millionen von Menschen birgt, die ein Randseiterdasein führen und um die einfachsten Dinge kämpfen, derer es für ein menschenwürdiges Leben bedarf. Eine Weltwirtschaft, die allein von den freien Marktkräften gesteuert wird, muss zugunsten wirtschaftlicher Zusammenarbeit und sozialer Solidarität abgelehnt werden.
- Ungezügelter Märkte  
sind sozial destruktiv
- 2.42 Unsere Erfahrung zeigt, dass Gesetze erforderlich sind, um zu verhindern, dass Mächtige und Wohlhabende die weniger Privilegierten ausbeuten. Private Investitionen können die Mängel des Marktes nicht beheben, können den Grundbedarf der grossen Mehrheit der Bevölkerung nicht decken. Menschen sind keine Güter, die man kaufen und verkaufen kann. Sie verlangen, über ihr Leben und die Zukunft ihrer Gemeinwesen mitzubestimmen. Die Märkte müssen innerhalb eines institutionellen Rahmens operieren, der im wesentlichen von Regierungen, aber auch von Organisationen der Zivilgesellschaft, wie den Gewerkschaften, geschaffen wird, und dieser Rahmen muss eine Vielzahl von sozialen Wünschen mit den kommerziellen Interessen der Wirtschaft in Einklang bringen. Der rasche Fortschritt der Globalisierung und die Dominanz des Dogmas vom freien Markt haben eine riesige Kluft zwischen der Fähigkeit einzelstaatlicher Regierungen, den negativen Folgen des Marktes entgegenzutreten und sich gleichzeitig dem ständigen Anpassungsdruck an den erbitterten Wettbewerb um Investitionen zu stellen, entstehen lassen.
- Prioritäten des IBFG  
für Massnahmen
- 2.43 Die Antwort des IBFG auf den wachsenden Druck, der durch diese Unausgewogenheit zwischen der Sozial- und der Wirtschaftspolitik entsteht, ist sein Programm für den Aufbau der globalen Solidarität.

Die Kernelemente hiervon sind:

- i) die Verknüpfung des Handels mit den Arbeitnehmerrechten durch die WTO und die IAO;
- ii) die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsbünden zur Schaffung eines nationalen Konsenses über die Umsetzung der Schlussfolgerungen des Sozialgipfels der Vereinten Nationen;
- iii) die Reform des internationalen Finanzsystems, so dass Geld in Entwicklungsprogramme gesteckt werden kann, die darauf ausgerichtet sind, Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut abzubauen;
- iv) eine Kampagne, damit mehr Hilfsgelder in Entwicklungsländer fließen, insbesondere in Programme zur Ausweitung der Primarschulerziehung und der Gesundheitsversorgung;
- v) die Stärkung der IAO, der internationalen Arbeitsnormen und der Grundsätze der Dreigliedrigkeit;
- vi) der Kampf um eine soziale Dimension beim wirtschaftlichen Umbau der Übergangsländer;
- vii) die Ausmerzungen der Kinderarbeit; und
- viii) die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen zur Gewährleistung einer aktiven Beteiligung der Gewerkschaften an der Durchführung des bei der Pekinger UN-Weltfrauenkonferenz verabschiedeten Aktionsprogramms.

### ***BAHNBRECHENDE VEREINBARUNG MIT MULTI ÜBER GLEICHSTELLUNG UND ARBEITNEHMERRECHTE***

1988 unterzeichneten der Generalsekretär der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union (IUL) und der Direktor für Humanressourcen von Danone einen "Gemeinsamen Standpunkt", in dem das Management der transnationalen Gesellschaft (TNG) und die Gewerkschaften, die die Beschäftigten bei Danone vertreten, ihre Bereitschaft erklärten, in vier Bereichen zusammenzuarbeiten: Schulung und Weiterbildung, Zugang zu Unternehmensinformationen für die Gewerkschaften, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Gewerkschaftsrechte.

Seit der Unterzeichnung dieser Neuland erschliessenden Vereinbarung hat die Gesellschaft sich alljährlich mit den Gewerkschaften getroffen, und zwar unter der Ägide der IUL. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Management ist in jedem einzelnen der vier Bereiche durch eine Reihe von "Rahmenabkommen" vorangekommen, die international getroffen wurden, deren Durchführung jedoch in Verhandlungen auf nationaler oder lokaler Ebene genauer vereinbart wird. In den Rahmenvereinbarungen von 1989 wurde ein Minimum an sozialen und wirtschaftlichen Informationen aufgeführt, die den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften vermittelt werden müssen, damit sie die unterschiedlichen Unternehmenssparten verstehen können. Abgesehen davon enthielten sie eine Vereinbarung über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, in der die Formulierung eines Aktionsplans und gemeinsamer Initiativen zur Erreichung dieses Ziels zugesagt wurden, 1991 kündigten die IUL und Danone die Erarbeitung eines gemeinsamen Schulungsprogramms an, und im Mai 1994 unterzeichneten die IUL und Danone eine historische Charta über Gewerkschaftsrechte, mit der Danone sich verpflichtete, die volle Wahrnehmung der Gewerkschaftsrechte und deren Anerkennung in all seinen Betrieben zu garantieren.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass das örtliche Management nicht immer bereit ist, alle diese Innovationen der Rahmenvereinbarungen in die Praxis umzusetzen, und dass Fortschritte, die auf lokaler Ebene erzielt werden, nicht immer der IUL berichtet werden. Auch haben nicht alle Gewerkschaften die Gelegenheiten genutzt, die solche Rahmenvereinbarungen ihnen geboten haben. So sind zum Beispiel trotz der Tatsache, dass das Unternehmen eine sehr hohe Zahl von Frauen in der Produktion beschäftigt, nur sehr wenige Frauenausschüsse auf Betriebsebene eingerichtet worden, und sehr wenige sind von den Gewerkschaften geschaffen worden. Dennoch haben die Vereinbarungen zu konkreten Programmen hinsichtlich der Gleichstellung und der Schulung auf lokaler Ebene geführt, und sie sind Schritte zum Aufbau internationaler Arbeitsbeziehungen, auf die die Gewerkschaften wiederum angewiesen sind, um sich der Herausforderung der TNG zu stellen. Die Lehre, die man aus der Erfahrung ziehen kann, lautet, dass Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und TNG auf internationaler Ebene die Bedeutung der lokalen Gewerkschaftsorganisationen steigern, statt sie zu mindern.

QUELLE: INTERNATIONALE UNION DER LEBENSMITTEL-, LANDWIRTSCHAFTS-, HOTEL-, RESTAURANT-, CAFÉ- UND GENUSSMITTLARBEITER-GEWERKSCHAFTEN (IUL)

# KAPITEL 3: DER STIMME ERWERBSTÄTIGER MÄNNER UND FRAUEN DURCH INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSSOLIDARITÄT NACHDRUCK VERLEIHEN

## DER ANHALTENDE KAMPF UM DIE ARBEITNEHMERRECHTE

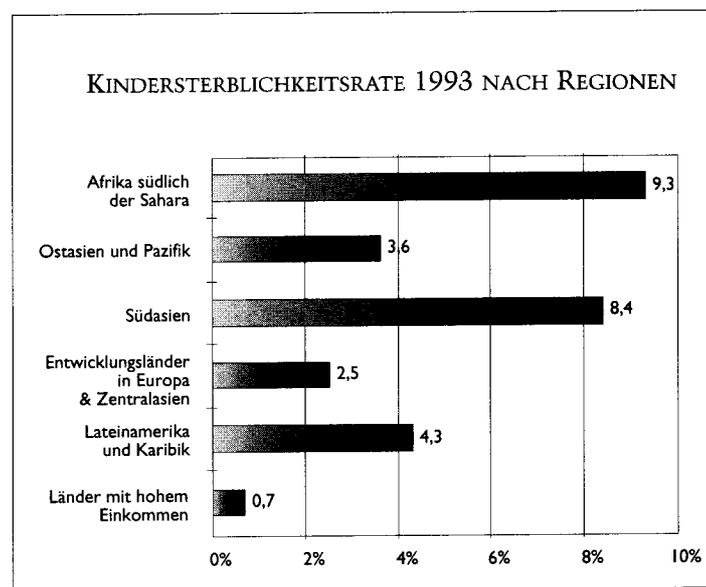
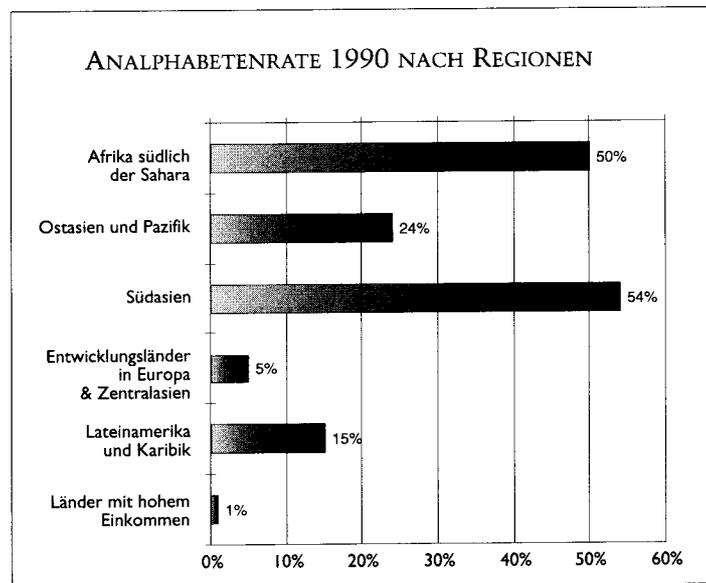
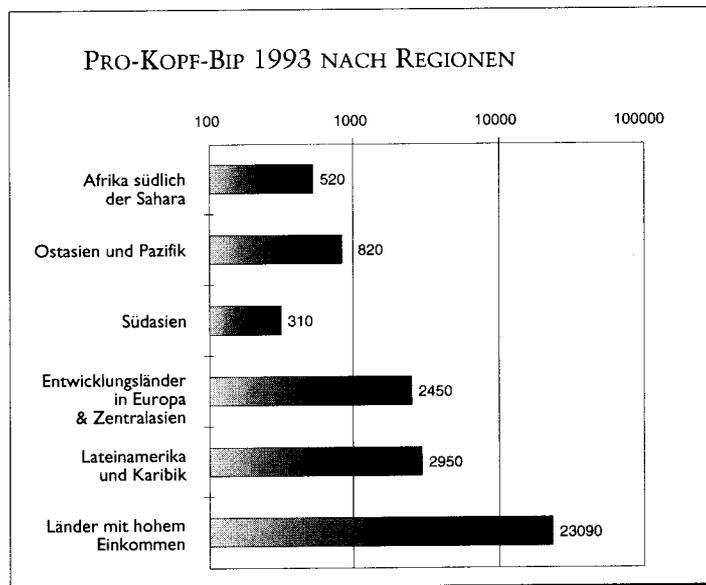
Die Rolle der Gewerkschaften als Wegbereiter der Demokratie...

3.1 Die politische Landschaft der Welt hat sich in den letzten zehn Jahren dramatisch gewandelt, und die Gewerkschaften haben eine bedeutende Rolle bei diesem Wandel gespielt. In vielen Ländern bot die über den IBFG organisierte internationale Solidarität in den Jahren der totalitären Herrschaft eine lebenswichtige Unterstützung für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Kampf um die Freiheit. Die IBFG-Mitgliedsorganisationen können auf die von ihnen geleistete Arbeit stolz sein. Das Ausmass des Wandels, zu dessen Herbeiführung wir beitragen, ist enorm: etwa ein Viertel der Beschäftigten der Welt lebt jetzt in Ländern, in denen vor zehn Jahren noch Militärdiktatoren oder totalitäre Einparteienregime die Herrschaft innehatten.

...ist von ideologischen Opportunisten bedroht

3.2 Während die unabhängige und demokratische Gewerkschaftsbewegung jedoch darum kämpfte, die Tyrannen zu entmachten, standen die Freimarktkler Schlange, um Geschäfte mit ihnen zu machen, wodurch der Durchbruch der Demokratie hinausgezögert wurde. Jetzt bejubeln sie den Zusammenbruch des kommunistischen Systems und dessen Imitaten in den Entwicklungsländern als Sieg des freien Marktes, obwohl es sich in Wirklichkeit um einen Triumph der Fähigkeit der Demokratie handelte, eine Freiheit zu schaffen, die der sich rasch wandelnden Welt gewachsen war, über die totalitäre Starre, die ihr nicht gewachsen war. Die Freimarktkler versuchen nun, neue Regierungen, die dringend auf Auslandsinvestitionen angewiesen sind, davon zu überzeugen, dass starke Gewerkschaften eine Gefahr für die Entwicklung sind. Als unmittelbares Ergebnis dieses Drucks sehen sich viele Gewerkschaften gesetzlichen Hindernissen, der Einschüchterung und der Schikanierung in genau den Demokratien ausgesetzt, zu deren Einführung sie beigetragen haben und die sie erpicht sind zu schützen - zuweilen ist gleichzeitig der Kampf gegen die Diktatur selbst keineswegs abgeschlossen. Wirtschaftliche und soziale Unsicherheit nährt autoritäre Trends. Die oberste Priorität für den IBFG bleibt daher die Förderung und Verteidigung der Gewerkschaftsrechte.

## Fortbestehende Disparitäten zwischen den Regionen der Welt



QUELLE: UNDP, HUMAN DEVELOPMENT REPORT 1995; WELTBANK, WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995

## DIE VISION DER GEWERKSCHAFTEN

Gemeinschaftswerte  
und -aktionen  
bereichern die Freiheit  
der Menschen

3.3 Unsere Vision der Gesellschaft ist grundlegend anders als die der Ideologen des freien Marktes. Unser Ziel besteht darin, dazu beizutragen, den Einsatz der wichtigsten Ressource der Welt - ihrer Menschen - zu organisieren, um das allgemeine Wohlergehen der Gesellschaft und insbesondere das der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Die marktgestützten Systeme der Produktion, des Handels und des Vertriebs können dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen, aber nur, wenn sie innerhalb eines Rahmens von Gesetzen und Regierungspolitiken operieren, der gewährleistet, dass die Ziele der Gesellschaft nicht von mächtigen privaten Interessen beeinträchtigt werden. In den letzten Jahren hat die wieder erstarkende Philosophie des enggesteckten Individualismus einen starken Einfluss auf die politische Debatte gewonnen, nicht zuletzt als Ergebnis der Bemühungen aus Wirtschaftskreisen, die Rolle der Regierungspolitiken und der Gesetze zur Eindämmung der entzweienenden Wirkung der Verfolgung des privaten Gewinns zu reduzieren. Die Gewerkschaften glauben, dass diese Philosophie grundsätzlich fehlerhaft ist. Der Identitätssinn und die Selbstachtung des Individuums hängen davon ab, wie das Individuum mit anderen in der Gesellschaft interagiert, und ganz entscheidend hierfür ist die ausgeübte Tätigkeit und nicht einfach nur die Frage, wieviel Wohlstand man erreichen kann. Der materielle Wohlstand ist wichtig, insbesondere für jene, die nicht über die Mittel verfügen, um ein menschenwürdiges Leben leben zu können. Die Menschen haben jedoch eine darüber hinausgehende Wertvorstellung, die sich nur verwirklichen lässt, wenn man gemeinsam an der Verbesserung des Gemeinwesens und damit, in der Tat, für die Menschheit als solche arbeitet.

Das Ziel heisst  
Menschenwürde

3.4 Gewerkschaften, da arbeiten Menschen zusammen. Eine soziale Organisation auf der Grundlage gemeinsamer Arbeitserfahrungen ist eine natürliche Reaktion auf das Bedürfnis des einzelnen, den eigenen Beitrag und den Beitrag der Kolleginnen und Kollegen zu einer besseren Gesellschaft noch zu verbessern. Im Herzen unserer Bewegung steht das Ziel der Menschenwürde - das Gefühl, ein wertgeschätztes Mitglied der Gesellschaft zu sein, weil die Arbeit anerkannt und wichtig ist, gerecht entgolten wird, beständig und sicher ist und Menschen am Arbeitsplatz mit Respekt behandelt werden. Massenarbeitslosigkeit und Armut sind eine

### *GEWERKSCHAFTSFÜHRER IN SWASILAND SOLLTE STERBEN - - ER LEBT JEDOCH UND KÄMPFT WEITER*

Unter der autoritären Herrschaft von König Mswati III von Swasiland kam in den letzten Jahren eine systematische Kampagne zur Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung des Landes zum Tragen. Die Unterdrückung der Swasiland Federation of Trade Unions (SFTU) von seiten der Regierung begann, nachdem eine Gewerkschaftskonferenz im Oktober 1993 ein 27-Punkte-Programm vorgeschlagen hatte, das darauf abzielte, die Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmerschaft zu verbessern und die Demokratisierung der Gesellschaft in Swasiland zu fördern.

Um den Bedarf am Dialog über das Programm zu unterstreichen, organisierte die SFTU am 21. und 22. Februar 1994 einen Massenausstand. Die Polizei griff die Beschäftigten vor zahlreichen Fabriken an und verletzte dabei viele Menschen schwer. Die offizielle Einschüchterung und Gewalt hielt das ganze Jahr durch an. Der SFTU-Generalsekretär, Jan Sithole, wurde am 22. Juli inhaftiert und verhört. Der Druck auf Sithole wurde mit telefonischen Morddrohungen verstärkt. Polizeibeamte in Zivil begannen mit der Überwachung der Gewerkschaftssitzungen und boten Bestechungsgelder für SFTU-Dokumente an.

Am 13. und 14. März 1995 rief die SFTU erneut zu einer Massenarbeitsniederlegung auf, um die Behandlung des Gewerkschaftsprogramms im dreigliedrigen Forum zu erzwingen. Ein zweiter Streik wurde für den 17. Juli angekündigt. Die Regierung erneuerte ihren Angriff auf den SFTU-Generalsekretär und verlangte, dass Sithole seinen Reisepass am Vorabend seiner Abreise zur Internationalen Arbeitskonferenz der IAO in Genf abgäbe. Ihm wurde vorgeworfen, kein Bürger Swasilands zu sein, und es wurde ein Ausweisungsverfahren eingeleitet. Am 14. Juli 1995, drei Tage vor dem Generalstreik, warnte der Ministerpräsident die Beschäftigten davor, neue Massenaaktionen durchzuführen, da diese ab sofort in Swasiland gesetzlich verboten wären. Am selben Tag wurde im Eilverfahren ein Gesetz durchgebracht, das eine zehnjährige Haftstrafe oder 100.000 Rand (US\$ 27.300) Bussgeld für jeden vorsieht, der zu einem Streik aufruft. Ein neues Gesetz über die Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen, das die Gewerkschaftsrechte scharf beschneiden würde, wurde dem Vernehmen nach erörtert. Am 29. August 1995, nur einen Tag vor Ablauf des SFTU-Ultimatums für das dreigliedrige Forum, wurde Jan Sithole von einer Gruppe bewaffneter Männer entführt. Ihm wurden persönliche Gegenstände und Gewerkschaftsdokumente abgenommen. Danach wurde er im Kofferraum seines Autos an einer Stelle zurückgelassen, wo ein Auffahrunfall ihn ohne weiteres das Leben hätte kosten können. Einige Stunden später hörten Passanten seine Hilferufe, und er konnte aus der Todesfalle befreit werden. Trotz der offiziellen Demütigung wird die Polizei verdächtigt. Am 4. September bat der IBFG um das persönliche Einschreiten des IAA-Generaldirektors, um das Leben von Gewerkschaftsführern in Swasiland zu schützen.

Sechs führende SFTU-Funktionäre wurden am 27. November 1995 festgenommen und für kurze Zeit inhaftiert, nachdem sie an einer Sitzung mit politischen Oppositionsführern teilgenommen hatten, um ein gemeinsames Programm zu prüfen. Das in Swasiland lange erwartete Gesetz über die Arbeitsbeziehungen wurde am 7. Dezember 1995 vom Parlament verabschiedet. Seither ist der Aufruf zu Streiks oder deren Organisation eine Straftat.

Den Beschäftigten wird das Streikrecht vorenthalten, aber sie kämpfen noch immer gegen die offizielle Unterdrückung, die darauf abzielt, ihre Bewegung zu zerschlagen. Im Januar 1996 wurden Sithole und eine Reihe anderer SFTU-Führer wieder festgenommen. Nach einer Woche Haft in einem entlegenen Gefängnis wurden sie jedoch aufgrund von internationalen Protesten, die der IBFG und seine Regionalorganisation AFRO koordiniert hatten, freigelassen.

QUELLE: JÄHRLICHE ÜBERSICHT DES IBFG ÜBER DIE VERLETZUNGEN VON GEWERKSCHAFTSRECHTEN

nicht hinnehmbare Vergeudung von Ressourcen, eine gefährliche Bedrohung des sozialen Zusammenhalts und sogar der friedlichen internationalen Beziehungen.

Hemmungslose  
Verfolgung privater  
Profite entzweit  
Gesellschaft

3.5 Wenn die Verfolgung des privaten Gewinns durch ungebremste Mechanismen des Marktes zum obersten Ziel der staatlichen Politik erhoben wird, dann werden dadurch zwangsläufig die Ziele der Verbesserung des Wohlergehens der Gesellschaft allgemein und insbesondere der schwächsten Bevölkerungsschichten in Mitleidenschaft gezogen. Die Menschenwürde und die soziale Gerechtigkeit werden zugunsten der Eliten von Reichen und Mächtigen geopfert. Und die grundlegenden demokratischen Rechte, vor allem die Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaften eigener Wahl zu gründen und ihnen beizutreten, werden ausgehöhlt.

Kristallisationspunkt  
für die neue Vision  
der Gewerkschaften:  
der IBFG

3.6 Unser Eintreten für die Gewerkschaftsrechte ist daher ein fester Bestandteil einer breit angelegten Debatte über die Identifizierung der Mängel des Marktes und die Behebung dieser Mängel durch die Massnahmen von demokratisch rechenschaftspflichtigen staatlichen Behörden. Wir glauben, dass viele andere soziale Organisationen, einschliesslich einiger Gruppen aus Wirtschaftskreisen, unsere Werte und Anliegen teilen, weil sie die Bedeutung eines ausgewogenen Verhältnisses von innovativer Dynamik und privatem Unternehmergeist zu den weiterreichenden Zielen der Fairness, Gerechtigkeit und Demokratie erkennen. Durch das Entstehen der weltweiten Marktwirtschaft ist diese Debatte nunmehr ebenfalls weltweit zu führen. Der IBFG ist die Anlaufstelle für Gewerkschaften, die darum bemüht sind sicherzustellen, dass eine alternative Vision nachdrücklich in die Diskussion darüber eingebracht wird, wie die internationale Gemeinschaft sich selbst organisieren sollte, um zu gewährleisten, dass das menschliche Streben auf die Bedürfnisse vieler und nicht auf die Bedürfnisse einiger weniger ausgerichtet ist.

## STÄRKUNG DER GEWERKSCHAFTLICHEN EINFLUSSNAHME AUF INTERNATIONALER EBENE

Den  
Gewerkschaftsrechten  
und der Rolle der IAO  
Respekt verschaffen

3.7 Die Stärkung des Systems für die Durchführung der bestehenden IAO-Normen bleibt daher ein zentrales Anliegen der Arbeit des IBFG im Bereich der Verteidigung der Gewerkschaftsrechte. 1995 erwies sich als ein Jahr, in dem die beständigen Bemühungen der Gewerkschaften Früchte trugen. Unsere Kampagne für eine internationale Sozialklausel hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf den Skandal der fortdauernden Missachtung der Arbeitnehmerrechte zu lenken. Aufgrund des Drucks von seiten ihrer Arbeitnehmergruppe leitete die IAO eine Kampagne für die weltweite Ratifizierung der Schlüsselübereinkommen über Menschenrechte am Arbeitsplatz als zentraler Bestandteil des Beitrags der IAO zum Sozialgipfel der Vereinten Nationen ein. Die Arbeit, die der IBFG leistete, um den Staats- und Regierungschefs der Welt beim Gipfel die Verpflichtung abzurufen, die Achtung der IAO-Übereinkommen zu fördern, trug hierzu bei. Die Weltbank, die häufig als das Symbol der freien Weltmarktordnung angesehen wird, schockierte ihre Anhänger, als sie in ihrem Bericht von 1995 erklärte, dass das Recht auf Beitritt zu einer Gewerkschaft ein Eckpfeiler der Demokratie sei und dass Tarifverhandlungen positive Ergebnisse für die Beschäftigten und die Arbeitgeber hervorbringen. Bei einer Sitzung auf höchster Ebene erklärten die Vereinten

Nationen unmissverständlich, dass die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte ein wesentliches Element für eine erfolgreiche soziale Entwicklung ist. Die Aufgabe, vor der der IBFG und seine Mitgliedsorganisationen nun stehen, besteht darin, auf diesen erzielten Fortschritten aufzubauen und sicherzustellen, dass die Ratifizierung der IAO-Normen und die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen tatsächlich erfolgen.

Gewerkschaften  
brauchen eine Stimme  
auf Weltbühne

3.8 Der IBFG muss und wird weiterhin sein Netzwerk der Kontakte sowie die Verfahren in Bezug auf die IAO, andere UN-Sonderorganisationen und die UN selbst ausbauen, so dass es sich so weit ausweitet, dass auch das Denken und Handeln des IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) erfasst und beeinflusst werden. Zum Teil kann dies erreicht werden, indem gewährleistet wird, dass die Ansichten der Gewerkschaften in einem frühen Stadium der Vorbereitung von wichtigen politischen Initiativen eingebracht werden. Die Empfänglichkeit der internationalen Organisationen für diese Ansichten verbessert sich infolge der Beteiligung des IBFG an den Vorbereitungen für den Weltsozialgipfel und der Arbeit beim Gipfel selbst sowie durch die unablässige Lobbyarbeit beim IWF und der Weltbank. Letztendlich ist unser Einfluss auf internationaler Ebene ein Spiegelbild der Beziehungen der nationalen Mitgliedsorganisationen zu deren Regierungen und insbesondere derer der führenden Wirtschaftsmächte, die die Siebenergruppe (G-7) bilden. Es besteht eine direkte Verbindung zwischen der Stärke der Gewerkschaften am Arbeitsplatz und im Lande und dem Einfluss, den der IBFG auf internationaler Ebene nehmen kann. Die Frage, wie die Gewerkschaften sich entwickeln und sich an die neue Verhandlungssituation anpassen, die durch die Internationalisierung entstanden ist, und die Fähigkeit ihrer internationalen Organisation, des IBFG, den Rahmen der Politiken und Regeln, die die Funktionsweise des Weltmarktes bestimmen, mitzugestalten, hängen eng miteinander zusammen.

## ORGANISIERUNGSSTRATEGIEN - PRIORITÄT NR. 1

Global denken und  
lokal organisieren

3.9 Jede Gewerkschaft muss ständig ihre Organisationsstrategien aktualisieren, um den sich wandelnden Bedürfnissen und Hoffnungen der Beschäftigten und dem rapiden Fortschritt des Wandels auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Es gibt kein Einheitsmodell für den Erfolg, aber einige von den IBFG-Mitgliedsorganisationen identifizierte, wesentliche Elemente sind:

- die Steigerung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Betrieben und Einrichtungen, in denen die Gewerkschaften bereits organisiert und vom Arbeitgeber anerkannt sind;
- die Anwerbung von Mitgliedern in anderen Zweigniederlassungen oder bei Subunternehmern eines bereits organisierten Arbeitgebers;
- die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, die den Arbeitsplatz und Arbeitgeber wechseln;
- die Schulung von Gewerkschaftsfunktionär(inn)en in Organisierungstechniken;

- eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Informationsdienste für Mitglieder und potentielle Mitglieder, so dass Beschäftigte mehr über ihre Gewerkschaft und darüber erfahren, was diese für sie erreichen kann;
- eine Konzentration bei den gewerkschaftlichen Forschungsstellen auf die Frage, was Beschäftigte von ihrem Arbeitsplatz erwarten und was die Gewerkschaft tun kann, um ihnen zur Erreichung ihrer Ziele zu verhelfen;
- Gespräche mit Arbeitgebern, um die Vorteile der gewerkschaftlichen Vertretung für die Verbesserung der Beziehungen mit den Beschäftigten und für den Erfolg ihres Unternehmens zu erläutern und um die Vorurteile gegen Gewerkschaften abzubauen, die dazu geführt haben, dass die Feindseligkeit gegenüber Tarifverhandlungen auf seiten des Managements gestiegen ist;
- der Aufbau von Allianzen mit lokalen Bürgerverbänden, politischen Parteien und anderen, die ein Interesse an der Verbesserung des Wohlergehens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben; und
- Lobbyarbeit zugunsten von Verbesserungen in der Gesetzgebung und deren Durchführung zum Schutz von Gewerkschaftsmitgliedern vor Diskriminierung, zur Sicherstellung der rechtlichen Anerkennung von Gewerkschaften und zur Förderung der Vertretungs- und Tarifverhandlungsrechte von Gewerkschaften.

## DIE ORGANISIERUNG DER BASIS MIT SCHWERPUNKT FRAUEN UND JUGENDLICHE

Mit dem Wandel  
der Arbeitswelt Schritt  
halten

3.10 Die Stärke und Glaubwürdigkeit einer Gewerkschaft gründet sich auf ihre Fähigkeit, einen signifikanten Teil der nationalen, Industrie- oder Unternehmensbeschäftigten gewerkschaftlich zu organisieren und zu halten und über die Vertretung und Organisation gute Entgelt- und Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern und ein starkes Rahmenwerk des sozialen Schutzes von den Regierungen zu erhalten. Die Struktur der Industrie, die Struktur der Arbeit und die Wünsche und Einstellungen der Beschäftigten verändern sich jedoch. Die Gewerkschaften müssen sich modernisieren, um mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten. Das bedeutet, dass sie prüfen müssen, wie sie sich auf Tarifverhandlungen vorbereiten, die Beteiligung an Gewerkschaftsaktivitäten fördern, mit ihren Mitgliedern kommunizieren und die Dienstleistungen für die Mitglieder verbessern können. Es bedeutet auch, dass unter den Gewerkschaften mehr Zusammenarbeit bei der Organisation der gewerkschaftlich nicht Organisierten erreicht und untersucht werden muss, welche neuen Einflussmöglichkeiten zur Ergänzung der traditionelleren Rolle der Führung von Tarifverhandlungen und der Lobbyarbeit gefunden werden können. Zwei Kerngruppen, die für die Zukunft unserer Bewegung von besonderer Bedeutung sind, sind die Frauen und die Jugend.

Gewerkschafterinnen  
sind der Schlüssel zum  
künftigen Wachstum

3.11 Frauen bilden in allen Ländern die grösste Gruppe von marginalisierten Bürgern und Beschäftigten, und wenngleich es auch eine stetige Zunahme von weiblichen Mitgliedern in den Gewerkschaften zu verzeichnen gibt, waren letztere nicht in der Lage, Arbeitnehmerinnen auch

nur annähernd in dem gebotenen Masse als Mitglieder zu werben. Da der Arbeitsplatz der Schlüssel zur Verbesserung der Lebensaussichten von Frauen ist, müssen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen. Die Beendigung der Diskriminierung bei der Arbeit ist ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit. Anliegen, wie das des gleichwertigen Lohns für gleichwertige Arbeit, Bekämpfung der sexuellen Belästigung, Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Erziehungsurlaub werden immer stärker in die Kernarbeit der Gewerkschaften aufgenommen. In einigen Ländern haben die Gewerkschaften eine beachtliche Zahl von Verbesserungen der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen von Frauen durchsetzen können.

### *GEWERKSCHAFTEN SETZEN RECHTE FÜR ERWERBSTÄTIGE ELTERN IN EUROPA DURCH*

Immer mehr Frauen arbeiten, haben jedoch nach wie vor die Hauptlast der Familienpflichten zu tragen. Der Elternurlaub zielt darauf ab, die beiden Ziele einer flexibleren Arbeitszeitorganisation und einer gerechteren Aufteilung der Familienpflichten zwischen Männern und Frauen zu ermöglichen, indem der Vater oder die Mutter die Betreuung eines kleinen Kindes für einen relativ langen Zeitraum übernehmen kann. Im Interesse der Eltern, der Kinder und der Gesellschaft experimentieren die meisten Industrieländer jetzt mit verschiedenen Systemen des Elternurlaubs und unterschiedlichen Bedingungen, was die Dauer und den finanziellen Ausgleich betrifft. In Verbindung mit dem Mutterschaftsurlaub beläuft sich der Elternurlaub jetzt in einem Viertel der Industrieländer auf ein Jahr, kann jedoch auch drei Jahre betragen, wie in Deutschland, Finnland und Frankreich.

Nachdem die Europäische Union keine Gesetze verabschiedete, die Mindestbedingungen für den Elternurlaub geschaffen hätten, weil die britische Regierung ein Veto einlegte, beschloss die Europäische Kommission, einen neuen Weg auszuprobieren, den die Verabschiedung des Sozialprotokolls des Vertrags von Maastricht außerhalb des zwischenstaatlichen Rahmens eröffnet hatte. Auf europäischer Ebene vereinbarten der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und sein Gegenstück auf Arbeitgeberseite (UNICE), hinsichtlich der Verabschiedung einer Vereinbarung über Elternurlaub als wichtiges Mittel zur Aussöhnung von beruflichen und familiären Pflichten, die letztendlich europäisches Recht werden könnte, in Verhandlungen einzutreten.

Nach sechsmonatigen Verhandlungen wurde eine Rahmenvereinbarung verabschiedet, die die Mindestanforderungen beschreibt, die die Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten für erwerbstätige Eltern erleichtert. Demnach sind männliche und weibliche Beschäftigte berechtigt, einen mindestens dreimonatigen unentlohnten Elternurlaub zu nehmen, der zu einem jeglichen Zeitpunkt bis zur Vollendung des B. Lebensjahres eines Kindes in Anspruch genommen werden kann, und zwar sowohl in voller Länge als auch teilweise. Dies ist eine Verbesserung des zur Zeit in den meisten europäischen Ländern geltenden Systems, wonach der Elternurlaub unmittelbar nach dem Mutterschaftsurlaub oder zumindest binnen einer relativ kurzen Frist danach genommen werden muss. Die neue Vereinbarung ist auf jedes Unternehmen anwendbar, gleichgültig welcher Grösse, und garantiert den Sozialversicherungsschutz (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung). Den Beschäftigten wird der eigene Arbeitsplatz oder ein äquivalenter Arbeitsplatz bei Rückkehr nach der Beurlaubung garantiert. Es besteht die Möglichkeit, aus "dringenden Familiengründen" zusätzlichen Urlaub zu beantragen, dessen Dauer auf einzelstaatlicher Ebene festzulegen ist.

Die Vereinbarung kann auf nationaler Ebene entweder per Gesetz oder über Tarifverträge durchgeführt werden. Es bleibt den einzelnen Regierungen überlassen zu entscheiden, ob der Urlaub entlohnt und wie das System finanziert wird. Die ersten Nutzniesser der Vereinbarung werden Eltern in drei Ländern sein, in denen der Elternurlaub noch nicht existiert: Irland, Luxemburg und Belgien. In Ländern, in denen es zu diesem Thema bereits Gesetze gibt, wird es erweiterte Vorteile geben,

Wenngleich die Bestimmungen über den Elternurlaub nicht so weit gehen, wie der EGB dies gewünscht hätte, hat er die Vereinbarung als einen Teil der Entwicklung einer echten Strategie für Chancengleichheit, Gleichbehandlung und die Verteilung der Familienpflichten begrüsst. Im Sinne der Zielsetzung darf es dem EGB zufolge nicht mehr länger ein Automatismus sein, dass der Elternurlaub von der Mutter in Anspruch genommen wird; was vor allem etabliert werden muss, ist der Gedanke der individuellen Rechte beider Elternteils auf Elternurlaub,

QUELLE: EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND (EGB)

Verbindung von Arbeit und Familienpflichten: neuer Schwerpunkt in Verhandlungen

3.12 Die Notwendigkeit, die Berufstätigkeit mit den Familienpflichten in Einklang zu bringen, ist eine Kernfrage für Frauen und Männer. Die Zahl der Doppelverdiener und Ein-Eltern-Familien steigt beständig. Die meisten Eltern sind gezwungen, die Haushalts- und Familienpflichten mit einem Engagement im Bereich der entlohnten Tätigkeit auf der Grundlage männlicher Beschäftigungsmuster zu bewältigen. Es ist notwendig, die Haushalts- und Familienpflichten umzuverteilen, um der Neuverteilung von Beschäftigungspflichten auf Frauen und auf Männer gerecht zu werden. Ausserdem ist es notwendig, arbeitnehmerfreundliche flexible Arbeitszeitsysteme zu entwickeln, die sowohl für Männer als auch für Frauen attraktiv sind. Die Teilzeitbeschäftigung hat wenig dazu beigetragen, um den Wünschen der Frauen nach Berufstätigkeit gerecht zu werden oder die Rollenverteilung der Geschlechter zu verändern. Neue Beschäftigungsmodelle müssen eingeführt werden, die es Frauen und Männern gestatten, eine Berufslaufbahn mit Familienpflichten zu verbinden und gleichzeitig die Lebensqualität beizubehalten; hierzu gehören auch Unterbrechungen der Berufstätigkeit und Elternurlaub.

Der IBFG bringt Frauen an die Spitze der Gewerkschaften

3.13 Auf der Ebene des Arbeitsplatzes müssen die Gewerkschaften ihre Bemühungen steigern, um Arbeitnehmerinnen als Mitglieder zu werben. Innovative Methoden der Anwerbung müssen verstärkt werden durch organisatorische Änderungen in den Gewerkschaften selbst, um den weiblichen Mitgliedern zu zeigen, dass ihnen garantiert die Gelegenheit

geboten wird, sich an den Gewerkschaftsaktivitäten zu beteiligen und gewählt zu werden, um als Gewerkschaftsvertreterinnen in politischen Entscheidungsorganen und auf Führungsebene ein Amt zu übernehmen. Der IBFG hat eine Vielzahl von positiven Aktionsstrategien entwickelt, um die Vertretung von Frauen in der Politik und in den Entscheidungsgremien zu verbessern. So sind im IBFG-Vorstand zum Beispiel jetzt fünf Sitze Vertreterinnen des Frauenausschusses vorbehalten.

Organisierung  
jugendlicher  
Arbeitnehmer/innen  
zur Gegenwehr

3.14 Die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in aller Welt ist eine unverantwortliche Vergeudung der Ambitionen, Talente und Hoffnungen junger Menschen und einer der schwerwiegendsten Vorwürfe gegen das System des freien Marktes. In Lateinamerika können fünf Millionen der 50 Millionen jungen Menschen in der Erwerbsbevölkerung keinen Arbeitsplatz finden. Die IAO erwartet, dass diese Zahl im Jahre 2000 auf 6,5 Millionen gestiegen sein wird. In Afrika finden die meisten jungen Menschen keine formelle Beschäftigung bis sie 25 Jahre alt sind. In den meisten OECD-Ländern liegt die Rate der jugendlichen Arbeitslosen bei über 15%.

Integration der ärmsten  
Bevölkerungsschichten  
in die Gewerkschaften

3.15 Die Gewerkschaftsbewegung muss die Bekämpfung dieser Geißel anführen und zu diesem Zweck ihre Bemühungen um die Anwerbung und den Erhalt der Mitgliedschaft junger Menschen verdoppeln. Die Gewerkschaften müssen in den Wettstreit um die Aufmerksamkeit der jungen Menschen mit einer Vielzahl von Alternativangeboten eintreten. Es gibt jedoch eine Fülle von Belegen dafür, dass junge Menschen noch immer bereit sind, sich einer Sache zu verschreiben. Und die Gewerkschaften haben den Vorteil, die neue Generation der jungen Frauen und Männer am Arbeitsplatz zu treffen und ihre Hoffnungen und Wünsche verstehen zu lernen. Die Bewegung muss einen Kader junger Aktivistinnen und Aktivisten aufbauen, die die Sprache der heutigen Jugend sprechen, um sie für die Sache des Gewerkschaftswesens einzunehmen.

### *WENN IN NORWEGEN DIE SCHULE AUS IST, BEGINNT DIE GEWERKSCHAFT ZU ORGANISIEREN*

"In meinen Sommerferien habe ich gejobbt. Ein Kioskbesitzer hat mich eingestellt, mir aber für einen zehnstündigen Arbeitstag nur 50% des Mindestlohns gezahlt. Ich hatte keinen Vertrag und auch keine schriftliche Vereinbarung über meine Arbeitsbedingungen. Ich weiss, dass dies eine gravierende Verletzung der Arbeitsnormen meines Landes ist, aber was sollte ich denn machen? Ich brauchte doch das Geld, um mein Studium zu finanzieren."

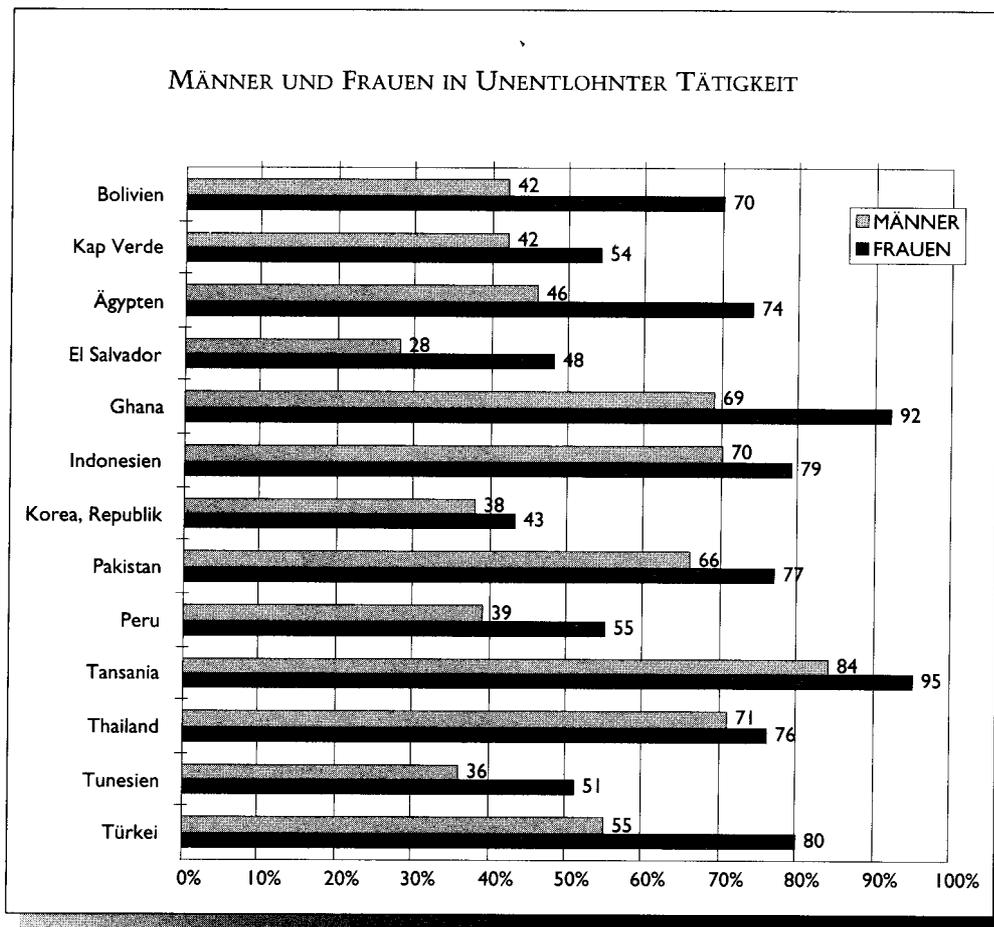
Dies erfuhr Wenche aus einem Gespräch mit einem jungen Studenten. Wenche gehört zur "jobstreife" in ihrer Stadt, die der Jugendausschuss der örtlichen Gewerkschaften organisiert hat. Zusammen mit anderen Streifenmitgliedern ist sie in der Anwendung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes und der Tarifverträge geschult worden. Unmittelbar vor den Sommerferien zog sie mit einer Gruppe jugendlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durch die Schulen, um den Schülerinnen und Schülern zu erklären, welche Rechte sie als künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten.

Jetzt, mitten in den Sommerferien, besucht die "Jobstreife" jugendliche Beschäftigte an ihren Arbeitsplätzen und klärt sie über ihre Rechte auf, verteilt Standardarbeitsverträge und hilft jenen, die wie der junge Mann im Kiosk von ihren Arbeitgebern ausgebeutet werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dazu ermutigt, einer Gewerkschaft beizutreten. Mittlerweile sind auf diese Art und Weise schon fast 90 neue Mitglieder angeworben worden. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Situation ist äusserst wichtig, und deshalb wird zeitgleich eine Medienkampagne durchgeführt, bei der die "Jobstreife" der Öffentlichkeit über Fälle von Ausbeutung von jugendlichen Beschäftigten berichtet.

Aktionen wie diese und ähnliche, die von Mitgliedsorganisationen in anderen Ländern durchgeführt werden, werden vom IBFG Jugendausschuss unterstützt.

QUELLE: LO NORWEGEN

## Hohe Konzentration von Arbeitnehmerinnen im informellen Sektor



QUELLE: WELTBANK, WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995

### ORGANISIERUNG IM INFORMELLEN SEKTOR

jenseits des Weltmarktes anarchische Verhältnisse

3.16 Die meisten Gewerkschaftsmitglieder sind Beschäftigte, die einen Arbeitsvertrag haben. Ein Grossteil der Arbeit der Gewerkschaften ist darauf ausgerichtet, die Regeln aufzustellen und zu verbessern, die für solche Verträge gelten. Dies geschieht entweder durch Vereinbarungen mit den Arbeitgeber(inne)n oder per Gesetz. Abermillionen Beschäftigte, vor allem in den Entwicklungsländern, arbeiten jedoch im sogenannten "informellen Sektor", wo es weder rechtsverbindliche private Verträge gibt, noch das Gesetz durchgeführt wird. Für solche Beschäftigten ist die Sicherheit eines Vertrages, der ihnen ein Entgelt für die Arbeit, die sie leisten, garantiert, ein ferner Traum. Landlose Landarbeiter, Bauarbeiter und Hausangestellte bilden ein Millionenheer von Menschen, die sich unter erbärmlichen Bedingungen abschuften und ihren Arbeitgebern oder den Bossen von Gruppen, die diesen völlig gesetzlosen Dschungel des Arbeitsmarktes kontrollieren, ausgeliefert sind. Welchen Lohn sie erhalten, wann sie ihn erhalten, ob sie ihre Arbeit behalten, wie lange sie arbeiten, darauf haben sie keinen Einfluss.

Mutige Organisator(inn)en brauchen Hilfe

3.17 Einige mutige Gewerkschaften haben es geschafft, den Anfang für eine Organisation im informellen Sektor zu machen und einen beschränkten Grad an Sicherheit und Rückhalt für solche Beschäftigten

geschaffen, oftmals, indem-sie kleine Genossenschaften aufbauten. Sie stehen vor den grössten und gefährlichsten Problemen bei der Organisation und brauchen die Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern im formellen Sektor, sowohl in ihren eigenen Ländern als auch aus dem Ausland. Am meisten benötigen sie jedoch die Unterstützung der örtlichen und der nationalen Behörden, die die Arbeitgeber verpflichten müssen, sich offiziell eintragen zu lassen und damit einen schrittweisen Prozess einzuleiten, über den grundlegende Mindestarbeitsbedingungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten der Welt gesichert werden können.

### *FRAUEN LEITEN ORGANISIERUNGSKAMPAGNEN IN BURKINA FASO*

95% der Frauen in Burkina Faso sind des Schreibens und Lesens unkundig. Es ist für die Frauen sehr schwer, einen Zugang zur Bildung und zur entlohnten Beschäftigung zu erhalten; sie sind auch nicht berechtigt, selbst einen Bankkredit aufzunehmen. Die Beschneidung von Frauen und die Polygamie sind übliche Praktiken. Die Sterblichkeitsrate für Kinder im Alter unter fünf Jahren beläuft sich auf 50% und ist damit eine der höchsten der Welt. Ausserdem ist die Müttersterblichkeitsrate bei der Geburt eines Kindes sehr hoch.

Die IBFG-Mitgliedsorganisation Organisation nationale des syndicats libres (ONSL) glaubt an den Slogan "gebildete Frauen heisst gerettete Kinder" und organisiert seit 1984 Lese- und Rechtschreibkurse im gesamten Land. Der ONSL-Frauenausschuss hat jetzt mit Unterstützung internationaler Hilfsgelder in der Hauptstadt Ouagadougou ein Zentrum mit Klassenzimmern für die Lese- und Rechtschreibkurse und mit Werkstätten für die Weberei, die Herstellung von Seife sowie Räumlichkeiten für einen Gesundheitsdienst gebaut und eingerichtet. Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Verarbeitung und dem Vertrieb von landwirtschaftlichen Produkten. Ihre Haupttätigkeiten sind Weben, Töpfern und Handel in kleinem Umfang.

Lese- und Rechtschreibkurse sowie Schulung und Organisation von Frauen im informellen Sektor zählen zu den Prioritäten des ONSL-Frauenausschusses. Er betrachtet die Bildung von Frauen als das beste Mittel zur Bewusstseinsweiterung über die Notwendigkeit, sich zu organisieren und Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Die Lese- und Rechtschreibkurse ermöglichen es den Frauen, Notizen über die Entwicklung der Gesundheit ihrer Kinder zu machen. Ausserdem werden sie über Familienplanung und die Gefahren der Beschneidung von Frauen aufgeklärt

QUELLE: ONSL UND PREIE GEWERKSCHAFTSWELT

Der informelle Sektor  
ist eine  
Entwicklungssackgasse

3.18 Auch internationale Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank müssen den Ratschlag jener Wirtschaftswissenschaftler entschieden zurückweisen, die daran glauben, dass der informelle Sektor eine Art Wunderheilmittel für die Arbeitslosigkeit und die negativen Auswirkungen der Strukturanpassung ist. Er ist eine Armutsfalle, aus der nur wenige kleine Unternehmen, von deren Beschäftigten einmal ganz zu schweigen, je entkommen. Das Fehlen eines rechtlichen Rahmenwerks für das Funktionieren der Märkte schafft ein Klima der Unsicherheit, in dem Korruption, Einschüchterung und ein Gangstermodell einer Geschäftskultur florieren. Heutzutage hat sich weitenteils die Einschätzung durchgesetzt, dass eine gute Führung der Schlüssel zur erfolgreichen Entwicklung ist. Der informelle Sektor wird ein ständiger Bremsklotz bei Bemühungen zur Reformierung und Modernisierung der Rolle des Staates in den Entwicklungsländern sein, sofern nicht die immense Herausforderung der Einführung gesetzlicher Grundrechte für die Beschäftigten und die Durchführung dieser Gesetze angegangen wird. Die Schaffung von Bedingungen, die es den Gewerkschaften ermöglichen, im informellen Sektor zu organisieren, ist einer der entscheidenden Schritte einer solchen Strategie.

Multis in die Pflicht  
nehmen

3.19 Ignoriert man die Probleme der Beschäftigten im informellen Sektor beim Streben nach der Schaffung einer weltweiten Marktwirtschaft, so verschlimmert dies die Probleme der wachsenden Ungleichheit in und zwischen den Ländern. Die internationale Geschäftswelt muss daher auch mit den Regierungen und Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die grundlegenden Arbeitsnormen auch für die Beschäftigten bei den Millionen Subunternehmen zu garantieren, die am Ende der häufig langen

und internationalen Produktionskette stehen, über die die grossen Verbrauchermärkte der Industrieländer versorgt werden. Eine Reihe von verantwortungsvollen TNG verabschieden jetzt Verhaltenskodizes, in denen grundlegende Mindestarbeitsbedingungen spezifiziert sind. Der IBFG, die IBS und ihre Mitgliedsorganisationen werden zunehmend aktiv bei der Aushandlung und Durchführung solcher Kodizes. Dies ist eine willkommene Entwicklung, die ein beträchtliches Potential birgt, nicht zuletzt, weil zwischen den wachsenden Sorgen der Verbraucherinnen über die Ausbeutung von Beschäftigten und den praktischen Massnahmen, damit der Welthandel den ärmsten Bürgerinnen und Bürgern aus Entwicklungsländern einen Nutzen bringt, eine Verbindung besteht. Solche Kodizes sind ein innovativer Ansatz zur Organisation in den Schattenbereichen der Weltwirtschaft.

## STÄRKUNG DER INTERNATIONALEN ARBEITSNORMEN

Die IAO muss verteidigt...

3.20 Die IAO hat sichergestellt, dass die Arbeitsbedingungen und die Sozialpolitik als ein Bollwerk gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung gefördert werden. Nun wird sie von den Propagierern des neoliberalen freien Marktes erbittert angegriffen. Die internationalen Normen der IAO und die zur Förderung von deren Durchführung entwickelten Systeme wurden sorgfältig durch eine einzigartige dreigliedrige Zusammensetzung unter Beteiligung der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierungen ausgehandelt. Dies ist das Weltparlament, in dem Wirtschafts- und Sozialprobleme ausführlich erörtert und Lösungen erarbeitet werden können, um die verschiedenen Ziele der Träger der Organisation zu erreichen.

...und ihre Autorität gestärkt werden

3.21 Der IBFG ist beständig dafür eingetreten, dass die Rolle der IAO in der Familie der internationalen Institutionen aufgewertet werden muss, um den wachsenden Spannungen innerhalb und zwischen den Ländern entgegenzutreten, zu denen es durch den intensivierten weltweiten Wettbewerb gekommen ist. Im Mittelpunkt der IAO-Arbeit steht deren internationaler Arbeitskodex, den die Übereinkommen und Empfehlungen bilden. Sie stellen eine starke Sammlung von Grundsätzen dar, die alle Regierungen verwenden sollten, um ihre Gesetze und Praktiken im sozialen und Arbeitsbereich davon leiten zu lassen. Immer wieder hat die IAO ihren Wert bewiesen als der Ort, an dem die internationale Gemeinschaft Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern dabei helfen kann, eine Grundlage für die Beilegung von Konflikten zu finden, die im Extremfall die soziale Stabilität bedrohen und eine schädliche Wirkung auf die internationalen Beziehungen eines Landes haben können. Die Rolle der IAO in Polen und in Südafrika, um nur zwei Fälle anzuführen, zeigt, dass sie für die internationale Gemeinschaft und insbesondere für erwerbstätige Menschen nach wie vor Bedeutung trägt. Der IBFG wird nach Kräften für die Verteidigung der IAO und ihrer internationalen Arbeitsnormen kämpfen.

## AUFBAU VON STARKEN GEWERKSCHAFTEN IN ENTWICKLUNGS- UND ÜBERGANGSLÄNDERN

Die Beseitigung von Entwicklungshindernissen geht Hand in Hand mit...

3.22 Die meisten Entwicklungs- und Übergangsländer stehen vor enormen Hindernissen auf dem Weg zur Entwicklung. Die Erwerbsbevölkerung nimmt vor allem in den Entwicklungsländern zu, da mehr junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen, die dann jedoch lediglich im informellen Sektor landen. Viele Länder fallen immer weiter hinter einer Weltwirtschaft zurück, die sich auf Wissen und Fertigkeiten stützt, weil die hohe Aussenverschuldung und der stagnierende Umfang der Entwicklungshilfe zu Kürzungen bei den Investitionen in Schulung und Bildung geführt haben. Der Einfluss von IWF und Weltbank auf die Wirtschaftspolitik führt zu immensen und unmittelbaren sozialen Kosten, jedoch ungewissen und stark verzögerten Erträgen. In vielen Fällen

### *AKTION BASISDEMOKRATIE IN TANSANIA*

Kurz nach der Unabhängigkeit von Tansania wurden freie Gewerkschaften verboten. Der nationale Bund wurde verpflichtet, sich der herrschenden Partei anzuschliessen und hochgradig zentralisiert. Tarifverhandlungen wurden weitgehend abgeschafft. Gewerkschaftswahlen wurden von den Spitzengewerkschafts- und Parteifunktionären kontrolliert - Kandidaten mussten von ihnen genehmigt werden. So wurden Politiker und Personen aus Managementpositionen hochrangige Gewerkschaftsführer. Der Generalsekretär des nationalen Gewerkschaftsbundes war gleichzeitig auch Arbeitsminister.

1991 wurde bei einem Sondergewerkschaftstag beschlossen, den nationalen Bund aufzulösen und eine neue demokratische Struktur, organisiert in einem nationalen Bund, aufzubauen. Die neuen Gewerkschaften führten ein international unterstütztes Bildungsprogramm für die Reform und die Förderung der Demokratie durch. Die Aktivitäten begannen mit einer Studienkreiskampagne für die neugewählten Ortsausschussmitglieder. Die Studienkreise (d.h. die Ortsausschüsse) diskutierten über Gewerkschaftsdemokratie und die erwarteten Veränderungen im Strukturaufbau der Gewerkschaft. Sie erörterten ausserdem einen ersten Entwurf ihrer jeweiligen Gewerkschaftssatzungen und wurden darin unterstützt, ihren Gründungskongressen Entschliessungen vorzulegen. Eine beträchtliche Arbeit wurde ausserdem geleistet, um Haushalte für die verschiedenen Gewerkschaften zu erstellen und festzustellen, welche Struktur für eine spezifische Gewerkschaft aus Kostengründen sinnvoll wäre. Das Projekt organisierte ausserdem mehrere Workshops mit der Gewerkschaftsführung, um die neuen Gewerkschaftssatzungen zu erarbeiten.

1.897 Studienkreisleiter wurden in 83 Seminaren ausgebildet. Über 20.000 Studienkreisteilnehmer erörterten und präsentierten insgesamt 816 Kongressentschliessungen. Die in diesen Entschliessungen enthaltenen Vorschläge wurden in die Satzungsentwürfe aufgenommen. Das Projekt umfasste auch die Vorbereitungen für Kreis- und Gemeindegemeinschaften, bei denen die **Kongressdelegierten der verschiedenen Gewerkschaften gewählt werden sollten, da eine Grundvoraussetzung für demokratische Wahlen darin bestand sicherzustellen, dass die neuen** Wahlverfahren auch gänzlich verstanden wurden. All diese Bemühungen führten zur Gründung von elf demokratischen Gewerkschaften.

Eine zweite Studienkreiskampagne wurde mit dem Ziel durchgeführt, die Mitglieder insgesamt darüber zu informieren, wie die neuen Gewerkschaften arbeiten sollten. 284 örtliche Anleiter wurden geschult, die anschliessend 3.300 Studienkreisleiter in örtlichen Seminaren ausbildeten. Mindestens 31.000 Mitglieder (von denen 43% Frauen waren) haben Berichten zufolge an diesen Studienkreisen teilgenommen. Mit dieser dezentralisierten Methode konnten die Gesamtkosten pro Studienkreisteilnehmer, einschliesslich Lehrhandbuch, Anleiter und Studienkreisleiterseminaren sowie Nachbereitungsaktivitäten, bei knapp \$4,50 gehalten werden.

Im August 1995 veranstaltete der nationale Bund seinen Gründungskongress, und fortan bestand die Tanzania Federation of Free Trade Unions (TFFTU). Weiterführende Projektaktivitäten werden von der Afrikanischen Regionalorganisation des IBFG durchgeführt.

QUELLE: AFRO UND TFFTU

monopolisieren Diktatoren und korrupte Eliten die Erträge eines jeglichen Wirtschaftswachstums und behalten ihre privilegierte Position durch Korruption und die Unterdrückung von Gewerkschaften bei, wobei sie auch vor Gewalt und Mord nicht zurückschrecken.

...dem Aufbau freier  
Gewerkschaften

3.23 Die Beschäftigten in den Entwicklungsländern werden einen stetig wachsenden Anteil an der Welterwerbsbevölkerung ausmachen und potentiell auch an der Gesamtmitgliedschaft in den Gewerkschaften. Der IBFG muss weiterhin mit Gewerkschaften in Entwicklungs- und Übergangsländern zusammenarbeiten, um deren unabhängige Strukturen und demokratische Entscheidungsverfahren zu entwickeln sowie eine effektive Mitgliederbasis aufzubauen, und zwar unter Einhaltung der in der IBFG-Satzung genannten Kriterien. Wir müssen mit den Mitgliedsorganisationen in den Industrieländern gemeinsam Kampagnen für eine Heraussetzung und eine bessere Zielorientierung der internationalen Entwicklungshilfe führen, indem wir die Menschen davon überzeugen, dass Armut in egal welchem Teil der Welt eine Bedrohung für den Wohlstand in allen anderen Teilen der Welt ist. Und wir müssen Lobbyarbeit betreiben, um die Politiken des IWF und der Weltbank menschlicher zu gestalten, und eine Kampagne für ein offenes Welthandelssystem führen, das auf der Achtung der fundamentalen Arbeitsnormen gründet.

## DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE TRANSNATIONALEN

Gewerkschaften  
mit Multis am  
Konferenztisch

3.24 Die Entwicklung der Gewerkschaftsbeziehungen zu TNG, auch auf der Ebene der Weltkonzerne, ist ein wichtiges Element neuer Gewerkschaftsstrategien zur Förderung der Arbeitnehmerinteressen.

3.25 Die Gewerkschaften und TNG haben mit der Entwicklung eines internationalen Systems für den Informationsaustausch und Beratungen begonnen. Eine wachsende Zahl von TNG tagt jetzt regelmässig mit IBS, hauptsächlich auf europäischer, aber auch auf Weltebene. Dies ist eine logische Entwicklung für die Gewerkschaften und die Unternehmen, die gefördert werden sollte. TNG spielen häufig die führende Rolle auf dem Arbeitsmarkt, und andere Arbeitgeber folgen dem Beispiel. Der Aufbau einer internationalen Dimension der Gewerkschaftsbeziehungen zu solchen Unternehmen ist ein lebenswichtiges Element für die Gewährleistung der Gewerkschaftsrolle auf einem sich wandelnden Weltmarkt. Der IBFG wird daher auch in der Lage sein müssen, auf die IBS und deren Bemühungen um den Aufbau internationaler Informations- und Beratungsräte und um die Stärkung der gewerkschaftlichen Vertretung in TNG zu reagieren. Als führende Akteure bei der weltweiten Integration tragen auch TNG eine weiterreichende soziale Verantwortung. Die internationalen Regeln zur Klärung und Harmonisierung der Handelsbestimmungen für TNG, wie zum Beispiel die Initiative der OECD, ein multilaterales Abkommen über Investitionen zu entwickeln, und denkbare ähnliche Schritte im Rahmen der WTO, müssen von einer Stärkung der IAO-Erklärung und der OECD-Leitsätze begleitet werden.

## DEN WANDEL BEWERKSTELLIGEN

Solide  
Arbeitsbeziehungen  
unerlässlich

3.26 Auf einem Weltmarkt müssen alle Länder die Fähigkeit zur Handhabung des Wandels entwickeln, insbesondere, was die Anpassung von Arbeitsprozessen und der Beschäftigungsstruktur betrifft. Wir wissen, wovon wir andere jedoch noch überzeugen müssen, dass solide Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen und ein gut funktionierendes dreigliedriges System für die Beratungen die geeignetsten Methoden sind, um:

- sicherzustellen, dass der Arbeitsmarkt reibungslos und effizient mit der geringstmöglichen sozialen Verwerfung auf den Wandel reagiert;
- ein stetiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen; und
- unbequeme Entscheidungen über die Verteilung der knappen Mittel zu treffen, und zwar ohne eine Destabilisierung der Staatshaushalte und innerhalb der Grenzen des weltweiten Wettbewerbsdrucks.

3.27 Die Gewerkschaften müssen sich dafür einsetzen zu beweisen, dass ein Ansatz, der sich auf die Beteiligung von unabhängigen und demokratischen Gewerkschaften stützt, ungleich produktiver und gewinnbringender ist als ein gewerkschaftsfeindlicher, auf Konflikten aufbauender Ansatz.

## ORGANISIEREN UND VERHANDELN AUF EINEM WELTMARKT

Gewerkschaften  
bereiten sich auf das  
21. Jahrhundert vor

3.28 Die wichtigsten Faktoren, die die Fähigkeit der Gewerkschaften beeinflussen werden, im 21. Jahrhundert die Arbeitnehmerrechte und den Lebensstandard effektiv zu verteidigen, sind:

- i) das Ausmass, in dem die Gewerkschaften erfolgreich Mitglieder anwerben und halten können, insbesondere Frauen und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowohl in den traditionellen als auch in den neuen Berufen und Sektoren;
- ii) die Fähigkeit der Gewerkschaften sicherzustellen, dass die grundlegenden internationalen Arbeitsnormen anerkannt und durchgeführt werden;
- iii) die Fähigkeit der Gewerkschaften, die Beschäftigten im informellen Sektor zu organisieren und ihnen zu helfen;
- iv) die Bemühungen der Gewerkschaften, die Beschäftigten in aller Welt davon zu überzeugen, dass sie ein positives Sprachrohr sind, das bereit und fähig ist, sich ihrer Probleme anzunehmen;
- v) die Fähigkeit der Gewerkschaften, die eigene Stärke so zu entwickeln, dass eine Gegenkraft zur Macht der TNG aufgebaut und sichergestellt wird, dass die TNG die internationalen Verhaltenskodizes durchführen; und
- vi) die Frage, ob die Gewerkschaften von der Arbeitnehmerschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit als Förderer des wirtschaftlichen Fortschrittes aufgrund ihrer Reaktionen auf die Veränderungen bei der Technologie und den Techniken am Arbeitsplatz in einer Welt, in der die Marktkräfte, die Privatisierung und die Deregulierung Anspruch darauf erheben, die Antriebskräfte des Wandels zu sein, wahrgenommen werden.

## HERAUSFORDERUNG DER GLOBALISIERUNG: STÄRKUNG DES IBFG

Der IBFG muss  
spezifische Ziele  
festlegen,...

3.29 Dies sind die Kernprioritäten für die Gewerkschaften im 21. Jahrhundert, die der IBFG in seiner Arbeit als Sprachrohr der erwerbstätigen Menschen auf Weltebene und als die führende Gewerkschaftsorganisation für die Mobilisierung von internationaler Solidarität innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verfolgen muss. Unser 16. Weltkongress wird sich darauf konzentrieren müssen, wie unsere Aktivitäten und Arbeitsmethoden neugestaltet werden können, um sich dieser Themen anzunehmen.

... um Gewerkschaften  
bei der Organisation  
zu helfen

3.30 Die Hauptrolle für den IBFG zur Unterstützung der Gewerkschaften, Mitglieder anzuwerben und zu halten, besteht darin, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass das in den letzten zwei Jahrzehnten entstandene Klima der Feindseligkeit gegenüber den Gewerkschaften sich ändert. Dieser Bericht begründet, warum die kollektive Vertretung von Beschäftigten sowohl auf Betriebsebene als auch in internationalen Konferenzräumen entscheidend ist, wenn die spaltenden Wirkungen ungezügelter freier Märkte davon abgehalten werden sollen, das soziale Gewebe unserer Länder und die demokratischen Grundsätze, auf denen eine gute Führung und friedliche internationale Beziehungen aufbauen, zu zerstören.

Verteidigung von  
Gewerkschaftsrechten

3.31 Der IBFG wird daher auch weiterhin Widerstand gegen die noch übrigen antidemokratischen Regime leisten, die die Ausübung des freien Gewerkschaftswesens unterbinden. Wir werden die Unterstützung für Gewerkschaften verstärken müssen, die versuchen müssen, unter Gesetzen zu operieren, die die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen verbieten. Wir werden unsere Aufmerksamkeit darauf lenken müssen, Gewerkschaftsorganisator(inn)en und Gewerkschaftsmitglieder vor der Verfolgung zu schützen.

Unterstützung der  
Gewerkschaftsbildung

3.32 Die Gewerkschaftsbildung ist eine äusserst wichtige Komponente beim Aufbau der Stärke von Gewerkschaften. Ein grosser Teil der von den IBFG-Mitgliedern angebotenen internationalen Solidaritätshilfe wird an die entstehenden Gewerkschaften weitergeleitet, damit sie ihre eigenen Bildungsdienste aufbauen können. Das Gros dieser Unterstüt-

### *GEWERKSCHAFTEN MACHEN ZUR RETTUNG DER UMWELT UND VON ARBEITSPLÄTZEN MOBIL*

In den vier Jahren, die vergangen sind, seit im Juni 1992 in Rio der Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung stattfand, ist der Umweltschutz für die Gewerkschaftsbewegung eine Priorität geworden. Einige Gewerkschaften haben Bahnbrechendes mit Initiativen erreicht, die eindrücklich beschreiben, wie Beschäftigte und ihre Gewerkschaften sich einbringen können. Mit solchen Initiativen haben sie die traditionellen Beziehungen am Arbeitsplatz verändert und ihre Rolle in der Gesellschaft erweitert. Beispiele wie die folgenden illustrieren einige der Erfolge:

die Chemiearbeiter in Deutschland haben über 60 Betriebsvereinbarungen geschlossen, die über das Mandat der Betriebsräte hinausgehen und den Beschäftigten Informationen, Schulung, Mitspracherechte und gar die Mitbestimmung in Umweltfragen garantieren;

eine Initiative von zwei Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in Simbabwe, unterstützt von der IAO, bezog ganze Dörfer in einen umfassenden sozialen Forschungs- und Konsultationsprozess mit ein, in dessen Mittelpunkt Umweltprobleme und Dienstleistungen standen. Die Follow-up-Aktivitäten mit den örtlichen Behörden, der Regierung und nichtstaatlichen Organisationen (NGO) bilden nun die Grundlage für die Problemlösung und künftige Programme;

ein Öko-Audit-Projekt, das in zehn Touristikbetrieben in Finnland durchgeführt worden ist, fördert die nachhaltige Entwicklung. Es zeigte sich, dass die Einbeziehung der Angestellten über ihre Gewerkschaften dem wirtschaftlichen Ertrag ebenso wie der Umwelt zuträglich ist;

die Laborers' International Union in den Vereinigten Staaten hat ein Modell für Schulung und Partnerschaften mit Auftragnehmern und Regierungsämtern für Projekte zur Beseitigung von gefährlichem Material entwickelt, das jetzt in Mittel- und Südamerika sowie in Mittel- und Osteuropa zur Anwendung kommt;

die TCO hat in Schweden "6E" herausgebracht, einen Leitfaden für die Einbeziehung von ökologischen und auf die Arbeitsumwelt bezogenen Überlegungen in die Alltagsentscheidungen, die von jedermann in einem Betrieb zu fällen sind. 6E zielt auf die direkte Beeinflussung des Marktes ab, statt den Erfolg von den Behörden **und der Gesetzgebung abhängig zu machen; und**

der ACTU hat sich mit der führenden Umweltorganisation in Australien zusammengetan, um ein landesweites Programm der Partnerschaften mit der Industrie, den Regierungen und den Kommunen einzuleiten, in dessen Zuge "grüne" Arbeitsplätze festgestellt und entwickelt werden sollen, die entweder der Umwelt direkt zuträglich sind oder eine weniger schädliche Alternative zu den aktuellen Praktiken bieten.

Auf internationaler Ebene hat der IBFG aktiv mit NGO und internationalen Organisationen bei Kampagnen zusammengearbeitet, die die Gesundheit, Sicherheit und Umwelt in solchen Bereichen wie chemische Stoffe, Öko-Audits, Kinderarbeit, Spielzeug und internationale Normen verbinden. Er arbeitet mit internationalen Wirtschaftsinteressenverbänden bei der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) zusammen, um die Rolle des Arbeitsplatzes bei der Erreichung von Umweltzielen ins Rampenlicht zu rücken.

QUELLE: IBFG

zung erfolgt durch direkte Kontakte zwischen den Gewerkschaften, und ein beträchtlicher Beitrag wird über den IBFG und die IBS organisiert. Wir müssen Mechanismen entwickeln, um ständig die Wirksamkeit dieser Solidarität zu prüfen, so dass gewährleistet ist, dass erfolgreiche Techniken verbreitet und an die spezifischen Bedürfnisse der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern und Sektoren angepasst werden.

Frauen in  
Gewerkschaften  
hineinbringen

3.33 Ein wichtiger Teil der Solidaritätsarbeit des IBFG und seiner Mitgliedsorganisationen konzentriert sich auf die Anpassung der Gewerkschaftspolitik, um den Bedürfnissen von erwerbstätigen Frauen gerecht zu werden. Dies zeitigt bereits erfolgreiche Ergebnisse im Sinne der Erweiterung der gewerkschaftlichen Organisierung und der Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, Frauen den Vorteil der gewerkschaftlichen Vertretung zu verschaffen. Gut ausgerichtete internationale Aktivitäten sind ein wichtiges Mittel zur Förderung der Arbeit von Gewerkschaften für erwerbstätige Frauen und mithin zur Erweiterung unserer Mitgliederbasis.

Gewerkschaften für  
jugendliche  
Arbeitnehmer/innen  
attraktiv machen

3.34 Um ihre Stärke im 21. Jahrhundert zu bewahren, müssen die Gewerkschaften sicherstellen, dass junge Beschäftigte jetzt als Gewerkschaftsmitglieder aufgenommen werden. Die Organisierung von jungen Beschäftigten unterstreicht die Bedeutung, die es für die Gewerkschaften hat, mit der Zeit zu gehen und ihre Methoden für die neuen Themen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft relevant zu machen. Auch hier ist die internationale Zusammenarbeit und Solidarität ein wichtiges Mittel, damit die Gewerkschaften die erfolgreichsten Techniken für die Organisierung von jungen Beschäftigten verbreiten und voneinander lernen, was neue strategische Reaktionen auf das weltweite Problem der Jugendarbeitslosigkeit betrifft.

Verbindung von  
Gewerkschaftsrechten  
mit Handel und  
Entwicklung

3.35 Die internationalen Arbeitsnormen sind ein wesentlicher Angelpunkt für die Gewerkschaften in aller Welt, da sie danach trachten, das soziale und politische Klima, in dem sie arbeiten, zu verändern. Die Stärkung der IAO und die Abwehr von Angriffen, die deren nackte Existenz bedrohen, stehen daher im Mittelpunkt der gesamten Arbeit des IBFG. Wir müssen den Gewerkschaften helfen, die IAO-Normen zu nutzen und neue Mechanismen zu schaffen, mit denen Druck auf die Regierungen ausgeübt werden kann, damit sie die Normen achten. Die Kampagne des IBFG für die Sozialklausel ist ein wesentliches Element dieser Arbeit, neben den Bemühungen des IBFG, die Regierungen nicht von den Verpflichtungen, die sie beim UN-Sozialgipfel eingingen, abweichen zu lassen und sicherzustellen, dass Hilfs- sowie IWF- und Weltbankprogramme die Regierungen dazu bewegen, ihre Entwicklungsstrategien auf soliden Systemen der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen, gestützt auf die IAO-Normen, aufzubauen.

Den ärmsten  
Bevölkerungsschichten  
der Welt neue  
Chancen geben

3.36 Eine Gewerkschaftsstrategie mit drei Komponenten wird benötigt, um die Fähigkeit der Gewerkschaften bei der Organisierung und der Unterstützung von Beschäftigten im informellen Sektor zu verbessern. Die Komponenten sind:

- ein Grosseinsatz für die Erweiterung der Primarschulerausbildung, insbesondere für Mädchen, so dass die Fertigkeiten und die Einkommenschancen der ärmsten Erwerbstätigen der Welt verbessert werden;
- öffentliche Auftragsarbeiten, um die grundlegende Infrastruktur für die Entwicklung ländlicher Gebiete und der Elendsviertel aufzubauen, Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten, so auch für kleine Unternehmer/innen, und ein Basiseinkommen zu gewährleisten, das den Beschäftigten hilft, die unregelmäßige oder saisonale Tätigkeiten ausüben;
- die progressive Erweiterung der Anwendung von Arbeitsgesetzen.

Kinderarbeit beenden

3.37 Der IBFG wird diese Strategie bei den internationalen Entwicklungshilfeorganisationen fördern und den Mitgliedsorganisationen helfen, die Unterstützung von ihren Regierungen hierfür zu gewinnen. Die Strategie liegt auch unserer Kinderarbeits-Kampagne zugrunde, die sich mit einem der schlimmsten Aspekte der Armutsfalle des informellen Sektors befasst.

Wandel mit mehr  
Sicherheit durch  
gewerkschaftliche  
Vertretung

3.38 Die deutliche Botschaft der Mitgliedsorganisationen aus aller Welt an den IBFG lautet, dass die Beschäftigten sich immer unsicherer und besorgter angesichts der Frage fühlen, ob sie ihre Arbeitsplätze behalten und welches Entgelt sie erhalten werden. Sie erleben einen raschen und ständigen Wandel überall um sie herum und suchen nach Hilfe, um einen Weg nach vorne für sich selbst, ihre Familien und ihre Gemeinwesen zu finden. Häufig wünschen sie einen Wandel, da er die Aussichten auf ein besseres Leben birgt; sie möchten jedoch auch ein Mitspracherecht in diesem Prozess haben. Und sie wenden sich an die Gewerkschaften in der Erwartung, dass ihnen dies die Sicherheit bietet, ein Sprachrohr gefunden zu haben, das ihre Befürchtungen und Hoffnungen zum Ausdruck bringt und sicherstellt, dass jeder Wandel zu verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen führt.

Gewerkschaftsvor-  
schläge zur sozialen  
Dimension der  
Strukturanpassung

3.39 Die Gewerkschaften reagieren auf diese Botschaft und wenden sich mit der Erwartung an den IBFG, dass ihnen geholfen wird, ein Mitspracherecht in einem Prozess zu erhalten, der eindeutig von internationalen Kräfteverhältnissen bestimmt wird. In vielen Ländern steht die Sorge im Mittelpunkt, welche Richtung der Wandel durch das Strukturanpassungsprogramm und die Reform aus der Feder des IWF und der Weltbank nehmen wird. Der IBFG und seine Regionalorganisationen haben daher mit den Mitgliedsorganisationen eine Reihe von grossen Konferenzen zum Thema der sozialen Dimensionen der Strukturanpassung und der regionalen Integration veranstaltet. Deren Hauptzweck bestand darin, für die Gewerkschaften ein Forum zu schaffen, in dem sie mit der Regierung und den internationalen Organisationen die Ausrichtung der nationalen Entwicklungsstrategie und die Notwendigkeit stärkerer sozialer Politiken debattieren konnten. Sie lieferten ein erfolgreiches Beispiel dafür, dass die Gewerkschaften die Führungsrolle übernehmen, um weitverbreitete Sorgen der Bevölkerung über die Folgen nationaler und

internationaler Politiken zum Ausdruck zu bringen und neue Politiken einzufordern, mit denen die sozialen Konsequenzen des Wandels abgefedert werden. Diese Veranstaltungen mit grosser Öffentlichkeitswirkung haben den Gewerkschaften geholfen, neue Strategien zu entwickeln, um ihre Bedeutung für die Beschäftigten zu steigern und neue Mitglieder und Sympathisanten zu werben. Der IBFG wird daher jetzt systematisch mit den Mitgliedsorganisationen und seinen Regionalorganisationen prüfen müssen, wie die Dienste, die er anbieten kann, mit den nationalen Strategien verbunden werden können, die die Gewerkschaften entwickeln, um ihre Organisationen zu modernisieren und ihnen einen neuen Platz zu verschaffen, so dass sie die Herausforderungen der Internationalisierung angehen können.

Die Stimme der Gewerkschaften in transnationalen Gesellschaften

3.40 Eine ähnliche Prüfung ist ausserdem erforderlich, um den Einfluss der Gewerkschaften auf die Konzernstrategien von TNG zu erweitern. In den vergangenen Jahren haben die IBS ihre Fähigkeit erheblich ausgeweitet, Gewerkschaften von verschiedenen Tochter- und Zweiggesellschaften der grossen TNG zusammenzubringen, um untereinander zu beraten und zuweilen auch mit der Betriebsleitung darüber zu diskutieren, wie die Unternehmen sich verändern und welche Folgen das für die Beschäftigten hat. Die Gewerkschaften sind sich auch zusehends bewusster, welchen Wert eine wohlgeplante internationale Solidaritätsunterstützung für die Organisierung und die Tarifverhandlungen hat. In einigen Fällen sind neue Methoden der Einflussnahme entwickelt worden, um die Gewerkschaftsziele zu fördern, wie zum Beispiel Kampagnen unter den Aktionären und den Verbrauchern. Der Durchbruch in Europa, mit dem ein Rechtsanspruch auf Information und Konsultation gegenüber den TNG durch die Europäischen Betriebsräte eingeführt worden ist, wird ein weiterer Katalysator für den Wandel sein. Gemeinsam mit den IBS, ihren europäischen Gewerkschaftsausschüssen und dem EGB wird der IBFG untersuchen, wie dieser Fortschritt weiterentwickelt werden kann, um ein neues Gegengewicht durch die gewerkschaftliche Einflussnahme in der Welt der internationalen Wirtschaft durchzusetzen.

Soziale Gerechtigkeit in einer Wettbewerbswelt...

3.41 Sowohl im Sinne einer Gewerkschaftsrolle bei den nationalen Strategien für die wirtschaftliche Entwicklung als auch am Arbeitsplatz und in den Unternehmen bringen die Gewerkschaften konstruktive Vorschläge ein, um zu zeigen, wie die gewerkschaftliche Vertretung und Tarifverhandlungen als ein Schlüsselement für die Erreichung eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses zwischen dem Wettbewerb und den breiter angelegten sozialen Zielen wirken.

... wird durch den konstruktiven Dialog mit Arbeitgebern erzielt

3.42 Die Gewerkschaften fordern ein Mitspracherecht in der Bewerksstelligung des Wandels. Wo dies abgelehnt wird, müssen die Gewerkschaften selbstverständlich bereit sein, ihre Stärke zu nutzen und Widerstand gegen einen Wandel zu mobilisieren, der die Probleme, die er für die Beschäftigten verursachen kann, nicht berücksichtigt und nicht behandelt. Dennoch zeichnet sich eine neue Rolle für den IBFG, gemeinsam mit den IBS, ab, die darin besteht, Gewerkschaften zusammenzubringen, Meinungen auszutauschen und gemeinsame Politiken dazu zu entwickeln, wie der Einsatz von neuen Technologien und neuen Managementtechniken gestaltet werden kann, und insbesondere, wie die Gewerkschaften sich selbst organisieren können, um eine Beteiligung der Beschäftigten in den Unternehmen zu fördern. Der Ausgangspunkt für diese Arbeit ist natürlich die Anerkennung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte; es gibt jedoch einen Spielraum für den IBFG, in Zusam-

## *EUROPÄISCHE BETRIEBSRÄTE: BEGINN EINER NEUEN ENTWICKLUNG?*

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat einen wesentlichen Durchbruch bei den internationalen Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen erzielt, **als er den langjährigen Kampf um einen internationalen, gesetzlich verankerten Zugang zum Management von TNG gewann**, was im September 1994 mit der Verabschiedung der Richtlinie "über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen" durch den Rat der Minister für soziale Angelegenheiten der Europäischen Union (EU) geschah. Dieses europaweite Gesetz gilt für Gesellschaften, die wenigstens 1.000 Beschäftigte haben und davon mindestens jeweils 154 in zwei EU-Staaten sowie in den drei übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes - Norwegen, Liechtenstein und Island. Allerdings ist das Vereinigte Königreich nicht eingeschlossen, das die Richtlinie jahrelang blockiert hatte und das Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrages von 1993 nicht ratifizierte. Das Sozialprotokoll sieht Mehrheitsbeschlüsse der EU-Mitgliedsstaaten zur Sozialpolitik vor.

Schon bevor das neue Gesetz verabschiedet wurde, hatten eine Reihe von europäischen TNG, allen voran Volkswagen, europaweite Betriebsräte ausgehandelt. Ober 1.200 Unternehmen fallen unter die Richtlinie, und darunter befinden sich mindestens 187 mit Geschäftssitz in den USA, 32 mit Geschäftssitz in Japan und 109 TNG, die ihren Geschäftssitz im Vereinigten Königreich haben. Nun haben die EU-Mitgliedsstaaten bis zum 22. September 1996 Zeit, um die Bestimmungen dieser Richtlinie in das einzelstaatliche Gesetz zu integrieren. Die TNG müssen binnen drei Jahren nach Beginn der in der Richtlinie vorgesehenen Verhandlungsverfahren Vereinbarungen abschliessen; danach kann die Einsetzung eines Betriebsrats eingeklagt werden.

Viele TNG haben die Verhandlungen bereits aufgenommen, und bis Anfang 1996 sind schätzungsweise 80 Betriebsräte eingerichtet worden. Darin sind auch Vertreter aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz eingeschlossen, obwohl es keine rechtliche Verpflichtung hierzu gibt. Die Aufnahme von Delegierten aus mittel und osteuropäischen Ländern hat sich als strittiger erwiesen. Der erste weltweite Betriebsrat der Welt ist im schwedischen Metallverarbeitungskonzern SKF eingerichtet worden. Gewöhnlich sehen die geschlossenen Vereinbarungen vor, Betriebsräte mit etwa 30 Mitgliedern einzurichten, die jährlich einmal tagen, wobei auch zusätzliche Sitzungen in der Richtlinie geregelt sind. Viele Vereinbarungen erstrecken sich über sämtliche Teile der Muttergesellschaft, manche sehen die Betriebsräte jedoch je nach Produktgruppe oder Division vor. **Über die europäischen Gewerkschaftsverbände des EGB und die IBS** sind in den Verhandlungen Gewerkschaften zusammengekommen, die in einigen Ländern rivalisierenden nationalen Dachverbänden angehörten.

Obwohl die EU finanziell zur Einrichtung der Betriebsräte beiträgt, werden, sobald diese einmal eingerichtet sind und funktionieren, die regulären Kosten der Räte von den TNG übernommen, aber es müssen auch Gewerkschaftsmittel hierfür bereitstehen. Etwa 36.000 Arbeitnehmervertreter werden an Europäischen Betriebsräten teilnehmen und benötigen Schulung und fachliche Unterstützung. Einige wenige TNG versuchen, den Gewerkschaftseinfluss bei den Verhandlungen über Betriebsrätevereinbarungen zu umgehen oder zu reduzieren, und so ist die Rolle der internationalen Gewerkschaftsorganisationen bei der Aufrechterhaltung enger Beziehungen zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaftsstrukturen enorm wichtig. Die Richtlinie führt nicht Tarifverhandlungen ein, aber die Verpflichtung zur Konsultation bedeutet sehr wohl, **dass das Management die Standpunkte der Beschäftigten beizeiten berücksichtigen muss**, und dies könnte ein Schritt zu ähnlichen Vorkehrungen auf Weltebene sein. Wenn eine TNG erst einmal den Dialog mit den Gewerkschaften in den neuen Räten aufgenommen hat, könnten Rahmenvereinbarungen wie die zwischen der IUL und Danone Schule machen.

QUELLE: EGB

menarbeit mit den Mitgliedsorganisationen und den IBS eine positive Botschaft von der Bedeutung starker und unabhängiger Gewerkschaften für die Bewältigung der Herausforderung des Weltmarktes zu propagieren.

### **Enorme Aufgaben und beschränkte Mittel...**

3.43 Nach über einem Jahrzehnt, in dem die Habgier der Philosophie des entfesselten Marktes die ganze Welt erreicht hat, Jahre, in denen die De-regulierung und die Privatisierung Einzug in die Politik jeder Regierung gehalten haben, hat keiner mehr Zweifel daran, dass die Aufgabe, die wir

	zu erfüllen haben, umfangreich ist. Die Mitgliedsorganisationen, die in vorderster Front stehen und denen immer deutlicher wird, dass ihre Probleme dergestalt sind, dass sie mit anderen Gewerkschaften in anderen Ländern zusammenarbeiten müssen, wissen auch, dass die Mittel knapp sind. Die Einnahmen von vielen dieser Gewerkschaften sind durch die Rezession, genau in einer Zeit, in der neue Dienste angeboten werden mussten, geschrumpft.
...heisst Verbesserung der Effektivität der Gewerkschaften	3.44 Der Vorstand und die Erfahrung sagen den Gewerkschaften, dass die Mitgliedsbeiträge angehoben werden müssten, um der Inflation Rechnung zu tragen. Solche Anhebungen mussten mit einer wohldurchdachten Reorganisation einhergehen, die sowohl eine sorgfältige Kontrolle der Kosten gewährleistete, als auch die Effektivität der Gewerkschaftsarbeit radikal verbesserte.
Auch der IBFG...	3.45 Der IBFG arbeitet im selben rauen und anspruchsvollen Klima.
...muss Prioritäten setzen	3.46 Auch er muss sich einer rigorosen Prüfung jedes Aspektes seiner Struktur unterziehen. Es ist jedoch wichtig, dass dies vor dem Hintergrund eines politischen Auftrages geschieht, der dem IBFG eine klare Orientierung gibt.
Der Kongress muss Ziele vorgeben...	3.47 Die heutigen erklärten Ziele des IBFG und die politischen Ambitionen des Kongresses 1996 müssen in Form einer klar umrissenen Sammlung von Zielvorgaben aufgelistet werden, und der Vorstand sowie der nächste Kongress überprüfen den Fortschritt.
...für die Reorganisation und Koordinierung...	3.48 Die Reorganisation und die Neuausrüstung des IBFG müssen eine Zielvorgabe für sich sein, die über einen vertretbaren Zeitraum erreicht werden muss. Das Ziel würde darin bestehen, sicherzustellen, dass der IBFG die Politik- und Kampagnenziele durch eine bessere Koordinierung der Informationen und der Bemühungen innerhalb und zwischen allen Ebenen der internationalen Gewerkschaftsbewegung erreichen kann.
...die im Hauptbüro beginnt...	3.49 Jede Reorganisation beginnt mit der Prüfung der Verfahren, durch die die Arbeit im Hauptbüro in Brüssel mit den nationalen Gewerkschaftsbünden, den Regionalorganisationen, den IBS, dem TUAC, dem WVA und dem EGB verbunden ist.
	3.50 Die Stärkung dieser, obschon sehr wesentlichen, Kontakte allein wird nicht die Verwirklichung unserer politischen Ziele erreichen.
	3.51 Die nationalen Gewerkschaftsbünde und Einzelgewerkschaften haben gezeigt, dass sehr stark zielgerichtete Kampagnen erforderlich sind, um in dem heutigen widrigen Klima Gewerkschaftskämpfe gewinnen zu können.
...und sich in den Regionen fortsetzt	3.52 Es ist unerlässlich, die Rolle der Regionalorganisationen des IBFG so zu stärken, dass <ul style="list-style-type: none"> <li>• internationale Kampagnen eine regionale Dimension bekommen;</li> <li>• regional eingeleitete Kampagnen internationale Unterstützung finden; und</li> <li>• die Entwicklung einer Regionalpolitik vermieden wird, die der Kongresspolitik nicht gerecht wird.</li> </ul>

Stärkung der Partnerschaft	3.53 Um Erfolg zu haben, müssen die internationalen Kampagnen des IBFG die Sachkenntnis und die Erfahrung der IBS, des TUAC, des WVA und des EGB nutzen.
Aufbau von Allianzen	3.54 Eine neuere Entwicklung, die die Gewerkschaften nicht übersehen sollten, ist die Zunahme von international und national immer stärker werdenden Interessengruppen, und zwar den nichtstaatlichen Organisationen (NGO). Der IBFG sollte bereit sein, Beziehungen und Allianzen mit jenen NGO aufzubauen, deren Grundsätze und Praxis nicht im Widerspruch zum Gewerkschaftsgedanken stehen.
Einsatz der Informationstechnologie...	3.55 Wenn unsere Kampagnen erfolgreich sein sollen, muss der IBFG die Kommunikationszentrale eines internationalen Gewerkschaftsnetzwerks werden. Um diese Aufgabe wirksam bewältigen zu können, müssen wir alle die neue Informationstechnologie erschöpfend ausnutzen.
...zum Austausch von Informationen	3.56 Darüber hinaus kann der IBFG mit dem dieser Technologie inwohnenden Potential den Austausch über erfolgreiche Organisations- und Kampagnenideen und -verfahren von Gewerkschaftsorganisationen fördern.  3.57 Auch in diesem Falle müsste der Ansatz sich auf jene Bereiche konzentrieren, die den Gewerkschaften heute die grössten Anliegen sind, wie die Mitgliederwerbung und die Frage, wie mehr Frauen und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Bewegung einbezogen werden können.
Die Erreichung der Hauptziele...	3.58 Welche Formen auch immer unsere Kampagnen annehmen werden, welche Ziele auch immer unsere Priorität werden, im Kern all unseres Handelns stehen die fundamentalen Ziele der Gewerkschaftsbewegung:  Verteidigung der Gewerkschaftsrechte; Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation; Kampagnenführung für die Erreichung der Vollbeschäftigung und eine soziale Dimension in allen Wirtschaftspolitiken.
... in der Ära der Globalisierung ist die grösste Herausforderung, vor der wir je standen	3.59 Die Ideale des Gewerkschaftswesens sind zeitlos, und es ist über ein Jahrhundert vergangen, ohne dass die Einsatzbereitschaft der Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten abgenommen hätte. Es hat allerdings Zeiten gegeben, in denen alles, wofür wir stehen und uns einsetzen, in Gefahr geriet. Jetzt befinden wir uns in einer solchen Zeit. Und die Kräfte der Habgier, die über die Jahrhunderte versucht haben, den Gedanken des Gewerkschaftswesens auszurotten, sind heute mächtiger denn je in unserer Geschichte. Sie verfolgen globale Absichten, in die die Gewerkschaften nicht eingeschlossen sind. Dies ist die grösste Herausforderung, vor der die Gewerkschaften je standen.

## ANHANG

### LISTE DER ABKÜRZUNGEN

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AFRO	Afrikanische Regionalorganisation des IBFG
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
APRO	IBFG-Regionalorganisation für Asien und den pazifischen Raum
ASEAN	Verband Südostasiatischer Staaten
BSP	Bruttosozialprodukt
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGI	Europäisches Gewerkschaftsinstitut
EU	Europäische Union
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
G-7	Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika
IaDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
IBS	Internationale(s) Berufssekretariat(e): 14 internationale Organisationen von Industrie- und Berufsgewerkschaften, u.a.:
	IBBH    Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter
	ICEM    Internationale Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeiter-Gewerkschaften (ICEM) Zusammenschluss zwischen der ehemaligen ICEF und dem ehemaligen IBV)
	IMB    Internationaler Metallgewerkschaftsbund
	IPTT    Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephon-Betriebe
	ITBLAV  Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter- Vereinigung
	IUL    Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften
IWF	Internationaler Währungsfonds
MERCOSUR	Gemeinsamer Markt im Süden Lateinamerikas
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NGO	Nichtstaatliche Organisation(en)
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ORIT	Interamerikanische Regionalorganisation des IBFG
TNG	Transnationale Gesellschaft(en)
TUAC	Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNICE	Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände in Europa
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
WTO	Welthandelsorganisation
WVA	Weltverband der Arbeitnehmer